

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1977

MONTAG, 14. FEBRUAR 1977

Nr. 7

Seite		Seite		Seite
	Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei			
	Wiederbesetzung des Brasilianischen Konsulats in Frankfurt am Main; hier: Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung an Herrn Clovis Correa Palmeiro da Fontoura ..	418		
	Konsularbezirk des Honorarkonsulats der Republik Sierra Leone in Hamburg ..	418		
	Verlust eines Konsularausweises	418		
	Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 1. 1977 bis 28. 1. 1977	418		
	Der Hessische Minister des Innern			
	Zahlung von Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz an Angehörige des öffentlichen Dienstes; hier: Einkommensgrenze nach § 2 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 BKGG (Unterhaltsgeld) u. a. m.	418		
	Maßgebliche Einwohnerzahl für die Kommunalwahl 1977; hier: Gemeinde Wöllstadt, Weiteraukreis	419		
	Gemeinsamer Runderlaß betr. Vergabe öffentlicher Bauaufträge; hier: Einführung des Ergänzungsbandes 1976 zu Teil C der VOB-Ausgabe 1973	419		
	Vergabe öffentlicher Bauaufträge; hier: 7. Bekanntmachung nach § 30 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung betr. Verbindlichkeit des Ergänzungsbandes 1976 zu Teil C der VOB-Ausgabe 1973 — für Gemeinden und Gemeindeverbände	420		
	Ingenieurleistungen bei öffentlichen Bauaufträgen	420		
	Organisation und örtliche Zuständigkeit der Landräte und der Polizeipräsidenten als Vollzugspolizeibehörden	420		
	Der Hessische Minister der Finanzen			
	Vergabehandbuch; hier: Änderung der Preismessungsklausel für Nicht-eisenmetalle	421		
	Der Hessische Kultusminister			
	Umpfarrung der evangelischen Einwohner des Ortsteils Unterneurode der Gemeinde Philippsthal, Landkreis Hersfeld-Rotenburg	421		
	Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik			
	Bekanntmachung über die Errichtung und den Betrieb des Kernkraftwerkes Biblis, Block C, der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Ak-			
	tiengesellschaft (RWE), Essen, Kruppstraße 5, bei Biblis/Rhein	421		
	Richtlinien für die Förderung der Erschließung von Industriegelände	421		
	Hessisches Landesvermessungsamt			
	Amtliche Karten	423		
	Der Hessische Sozialminister			
	Jugendarbeitsschutzgesetz; hier: Unterrichtung der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter über die Ausstellung von Lohnsteuerkarten an Kinder	424		
	Kriegsopferfürsorge; hier: Feststellung des Einkommens aus Hausbesitz und der Kosten der Unterkunft bei eigenem Hausbesitz	424		
	Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt			
	Allgemeine Befreiung von Warmblut- und Araberhengsten von der Eigenleistungsprüfung nach § 2 Abs. 1 der Vierten Durchführungsverordnung zum Tierzuchtgesetz über die Körnung von Hengsten am 17. 7. 1953	425		
	Personalnachrichten			
	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	425		
	Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen	425		
	Im Bereich des Hessischen Kultusministers	427		
	Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik	432		
	Im Bereich des Hessischen Sozialministers	432		
	Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt	432		
	Verschiedenes			
	Bilanz zum 31. Dezember 1975 der Hessischen Brandversicherungskammer Darmstadt	433		
	Regierungspräsidenten			
	DARMSTADT			
	Verordnung über die Feststellung des Überschwemmungsgebietes im Bereich der Hochwasserrückhalteanlage Fürth—Ellenbach des Weschnitzverbandes, Sitz in Heppenheim, in der Gemarkung Fürth, Landkreis Bergstraße	435		
	Benennung von Gemeindeteilen	435		
	Vorhaben der Firma Hoechst AG, Frankfurt am Main	435		
	Vorhaben der Firma Kalle — Niederlassung der Hoechst AG, Wiesbaden-Biebrich	436		
	Vorhaben der Firma W. Gail'sche Tonwerke KG aA, Lahn-Gießen	436		
	Verordnung über die Bestimmung von Ortsmittelpunkten gemäß § 2 Abs. 2 und 3 Güterkraftverkehrsgesetz für die Landeshauptstadt Wiesbaden	436		
	KASSEL			
	Verordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes in der Stadt Kassel vom 14. Januar 1977	436		
	Verordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes in der Gemeinde Twistetal vom 14. Januar 1977	437		
	Einziehung von Teilstrecken der Kreisstraße 6 in der Gemarkung Wohra der Gemeinde Wohratal, Landkreis Marburg-Biedenkopf	437		
	Buchbesprechungen	437		
	Öffentlicher Anzeiger			
	Wahl des Verbandstags des Umlandsverbandes Frankfurt am 20. März 1977	445		
	Wahl des Verbandstags des Umlandsverbandes Frankfurt am 20. März 1977	445		
	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs innerhalb Baunatal	445		
	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Espenau/Ortsteil Schäferberg nach Espenau/Ortsteil Auf der Heide	446		
	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Ronshausen/Ortsteil Machtlos nach Bebra	446		
	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Fulda nach Eichenzell/Ortsteil Büchenberg	446		
	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs innerhalb der Stadt Allendorf	446		
	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Bebra nach Sontra	446		
	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Frankenberg nach Kassel	446		
	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Eschwege nach Ringgau/Ortsteil Lüderbach	446		
	Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Fulda nach Heringen	447		

Seite 417

Das Inhaltsverzeichnis zum Staatsanzeiger, Jahrgang 1976

ist dieser Ausgabe des Staatsanzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt

238

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Wiederbesetzung des Brasilianischen Konsulats in Frankfurt am Main;

hier: Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung an Herrn Clovis Correa Palmeiro da Fontoura

Die Bundesregierung hat dem zum Brasilianischen Konsul in Frankfurt am Main ernannten Herrn Clovis Correa Palmeiro da Fontoura am 19. Januar 1977 die vorläufige Zulassung erteilt.

Der Konsularbezirk des Konsulats umfaßt die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

Wiesbaden, 24. 1. 1977

Der Hessische Ministerpräsident

Staatskanzlei

I A 1 — 2 e 10/03

StAnz. 7/1977 S. 418

239

Konsularbezirk des Honorarkonsulats der Republik Sierra Leone in Hamburg

Der Konsularbezirk des Honorargeneralkonsulats der Republik Sierra Leone in Hamburg ist ab sofort auf die Bundesländer Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein beschränkt.

Wiesbaden, 25. 1. 1977

Der Hessische Ministerpräsident

Staatskanzlei

I A 1 — 2 e 10/07

StAnz. 7/1977 S. 418

240

Verlust eines Konsularausweises

Der weiße Konsularausweis Nr. 01673, ausgestellt am 28. 11. 1974, für Fräulein Esma Serhat Samlioglu, Tochter des Konsuls Servet Samlioglu beim Türkischen Generalkonsulat in Frankfurt am Main, ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 26. 1. 1977

Der Hessische Ministerpräsident

Staatskanzlei

I A 1 — 2 e 10/09

StAnz. 7/1977 S. 418

241

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 1. 1977 bis 28. 1. 1977**Statistische Berichte**

A I 2/S — 76

Fläche und Wohnbevölkerung der hessischen Gemeinden am 30. 6. 1976 — Gebietsstand 1. 1. 1977 —

Preis
DM

3,—

B III 1 — hj 2/75

Die Studenten an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester 1975/76

3,—

E I 1 — m 11/76

E I 2 — m 11/76

Die Industrie in Hessen im November 1976

2,—

F I 1 — m 11/76

F I 3 — m 11/76

Das Bauhauptgewerbe in Hessen im November 1976

Preis
DM

1,50

G III 1 — m 11/76

Die Ausfuhr in Hessen im November 1976 (vorläufige Zahlen)

1,50

G III 3 — m 11/76

Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im November 1976 (vorläufige Zahlen)

1,50

G IV 1 — m 11/76

Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im November 1976

2,50

G IV 1 — Shj/76

Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im Sommerhalbjahr 1976

3,50

H I 1 — m 11/76

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im November 1976

1,—

H II 1 — m 11/76

Binnenschifffahrt in Hessen im November 1976

1,50

L I 1 — m 12/76

Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im Dezember 1976

1,—

M I 7 — j/75

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 1974 und 1975 — Gebietsstand 1. Juli 1974 —

1,50

M I 2 — m 12/76

Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im Dezember 1976

3,—

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 1 — Januar 1977 — 32. Jahrgang

2,—

Inhalt:

Beschäftigte Arbeiter und Angestellte Ende 1975

Bilanz der Verbraucherpreisentwicklung 1976

Kaufwerte für landwirtschaftlichen Grundbesitz 1974 und 1975

Die Landwirtschaft im Dürrejahr 1976

Kommunalfinanzen 1974

Immer weniger, aber größere landwirtschaftliche Betriebe (1975/76)

Hessischer Zahlenspiegel

Ausgewählte Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Buchbesprechungen

Wiesbaden, 28. 1. 1977

Hessisches Statistisches Landesamt

Z A 231 — 77 a 241/77

StAnz. 7/1977 S. 418

242

Der Hessische Minister des Innern

Zahlung von Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz an Angehörige des öffentlichen Dienstes;

hier: Einkommensgrenze nach § 2 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 BKGG (Unterhaltsgeld) u. a. m.

Bezug: Meine Rundschreiben

1. vom 28. August 1975 (StAnz. S. 1707),

2. vom 5. März 1976 (StAnz. S. 524),

3. vom 8. Juli 1976 (StAnz. S. 1362),

4. vom 22. September 1976 (StAnz. S. 1826)

Durch die am 1. Januar 1977 in Kraft getretene Verordnung über die Leistungssätze des Unterhaltsgeldes, des Kurzarbeitergeldes, des Schlechtwettergeldes, des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe für das Jahr 1977 (AFG — Leistungsverordnung 1977) vom 17. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3590) sind u. a. die Leistungssätze des Unterhaltsgeldes nach § 44 Abs. 2 und Abs. 2 a des Arbeitsförderungsgesetzes für das Jahr 1977 festgesetzt worden.

Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG) und der Bundesminister des Innern (BMI) haben

deshalb im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Satz 5 der Nr. 2.3.1 ihres Gemeinsamen Rundschreibens vom 18. Februar 1976 (Anlage zu meinem Bezugsrundschreiben vom 5. März 1976 i. d. F. des Abschnitts I Nr. 2 des Gemeinsamen Rundschreibens vom 11. Juni 1976 (Anlage zu meinem Bezugsrundschreiben vom 8. Juli 1976) mit Wirkung vom 1. Januar 1977 wie folgt geändert:

Zu Buchstabe a):

Bei der Leistungsgruppe D tritt an Stelle von 265,— DM der Betrag von 270,— DM.

Zu Buchstabe b):

Bei der Leistungsgruppe D tritt an Stelle von 505,— DM der Betrag von 520,— DM,

bei der Leistungsgruppe E tritt an Stelle von 590,— DM der Betrag von 600,— DM.

Zu Buchstabe c):

Bei der Leistungsgruppe D tritt an Stelle von 345,— DM der Betrag von 360,— DM.

Ich bitte, die geänderten Leistungssätze bei der Anwendung des § 2 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 BKGG zu beachten. Auf die Erläuterungen unter Nr. 2.3.1 a. a. O. nehme ich Bezug.

Ergänzende Hinweise zum Gemeinsamen Rundschreiben des BMJFG und des BMI vom 13. September 1976 (erste Anlage zu meinem Bezugsschreiben vom 22. September 1976)

Zu Abschnitt Nr. 4 Buchst. a) bb)

Nach Abs. 3 der Nr. 2.216 des Runderlasses 375/74.4 (Band 1 der Broschüre „Bundeskindergeldgesetz“) der Bundesanstalt für Arbeit ist vor einer Entscheidung über die Frage, ob Zeiten außerhalb der Schutzfristen nach § 3 Abs. 2 und § 6 Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) berücksichtigt werden können, in denen bei Fortführung der Ausbildung während der Schwangerschaft eines kindergeldberechtigenden Kindes nach ärztlichem Zeugnis Leben oder Gesundheit von Mutter oder Kind gefährdet sind (§ 3 Abs. 1 MuSchG), der „Ärztliche Dienst“ einzuschalten.

Da im Bereich des Landes eine mit dem bei den Arbeitsämtern eingerichteten „Ärztlichen Dienst“ vergleichbare Einrichtung nicht besteht, kann grundsätzlich nur auf Grund des ärztlichen Zeugnisses, aus dem sich die Gefährdung ergeben muß, entschieden werden. Zweifelsfälle sind mir unter Einhaltung des Dienstweges vor der Entscheidung vorzulegen.

Fundstellenhinweise:

Das unter Abschn. I Nrn. 2, 3 und 6 des vorstehenden Gemeinsamen Rundschreibens des BMJFG und des BMI zitierte Rundschreiben vom 11. Juni 1976 ist zu meinem Bezugsrundschreiben vom 8. Juli 1976 und das unter Abschn. I Nr. 4 a. a. O. zitierte Gemeinsame Rundschreiben des BMJFG und des BMI vom 15. August 1975 zu meinem Bezugsrundschreiben vom 28. August 1975 veröffentlicht.

Ergänzende Hinweise zum Runderlaß 182/76.4 der Bundesanstalt für Arbeit vom 11. Juni 1976 (zweite Anlage zu meinem Bezugsschreiben vom 22. September 1976)

Zu Abschnitt I Nr. 1 Buchst. g Abs. 1 Satz 1

Die hier zitierte Nr. 17.23 des Runderlasses 375/74.4 der Bundesanstalt für Arbeit ist in deren Broschüre „Bundeskindergeldgesetz“ nicht abgedruckt; sie hat folgenden Wortlaut:

„17.23

Können anspruchsbegründende Tatsachen nicht festgestellt werden, so geht dies zu Lasten des Antragstellers. Falls nach Ausschöpfung aller Ermittlungsmöglichkeiten feststeht, daß eine Beweisurkunde vom Antragsteller nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten beschafft werden kann, bestehen jedoch keine Bedenken, wenn in solchen besonders gelagerten Einzelfällen die festzustellenden Tatsachen durch eine Erklärung, deren Richtigkeit zu versichern ist, glaubhaft gemacht werden.“

Zu Abschnitt I Nr. 1 Buchst. g Abs. 2 Satz 1

Der hier genannte Vordruck KG 4 der Bundesanstalt für Arbeit entspricht dem Textmuster der Anlage 7 zu deren Runderlaß 375/74.4 (s. Band 1 der Broschüre „Bundeskindergeldgesetz“). Ich empfehle, Auskunftsersuchen an die jeweils örtlich zuständige Behörde in der DDR nach dem Muster a. a. O. abzufassen oder aber den entsprechenden Vordruck, der vom örtlich zuständigen Arbeitsamt bezogen werden kann, zu verwenden.

Zu Abschnitt II Nr. 1 Abs. 2 Satz 4

An die Stelle der „Hauptstelle“ (der Bundesanstalt für Arbeit) tritt für den Bereich des Landes meine Behörde. Die Richtlinien über den amtlichen Verkehr in das Ausland und mit ausländischen Dienststellen im Inland, bekanntgegeben mit meinem Rundschreiben vom 21. Juni 1956 (StAnz. S. 685) i. d. F. meines Rundschreibens vom 1. April 1970 (StAnz. S. 1090) sind zu beachten.

Zu Abschnitt II Nr. 2

Die hier zitierte Nr. 17.24 des Runderlasses 375/74.4 der Bundesanstalt für Arbeit ist in der Broschüre „Bundeskindergeldgesetz“ nicht abgedruckt; sie hat folgenden Wortlaut:
„17.24

Der Antragsteller hat auch die anspruchvernichtenden und anspruchshemmenden Tatsachen anzugeben. Reichen die Angaben im Antrag und die vorliegenden Beweismittel für die Feststellung nicht aus, daß in der Person eines Dritten ein Ausschußatbestand erfüllt wird oder diesem Kindergeld nach § 45 BKGG zusteht und können die erforderlichen Feststellungen auch nicht auf Grund amtlicher Ermittlungen getroffen werden, so trifft die Feststellungslast nicht den Antragsteller. Auch wenn das Vorliegen solcher Tatsachen weiterhin möglich erscheint, ist dem Antrag zu entsprechen; die Entscheidung trifft der zuständige Gruppenleiter, sofern sich der Abteilungsleiter oder der Abschnittsleiter diese nicht vorbehalten hat.“

Im Landesbereich trifft die für die Anordnung des Kindergeldes zuständige Stelle die Entscheidung.

In einer vom Deutschen Bundestag am 6. Mai 1976 aus Anlaß der Verabschiedung des Adoptionsgesetzes (verkündet am 2. Juli 1976, BGBl. I S. 1749) gefaßten Entschließung wurde die Bundesregierung aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß die Unterscheidung zwischen ehelichen und adoptierten Kindern sowie zwischen leiblichen und Adoptiveltern in allen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und den darauf beruhenden Formularen beseitigt wird, soweit für die Unterscheidung kein zwingendes Bedürfnis besteht.

Ich bitte, hiervon Kenntnis zu nehmen. Soweit danach Rechts- und Verwaltungsvorschriften des Kindergeldrechts und des Besoldungsrechts zu ändern sind, ist die Zuständigkeit des Bundes gegeben; soweit sich Auswirkungen auf Vordrucke ergeben, die von der Landesbeschaffungsstelle Hessen bezogen werden können, werden diese bei der Neuaufgabe berücksichtigt werden.

Wiesbaden, 28. 1. 1977

Der Hessische Minister des Innern

I B 21 — P 1500 A — 447

StAnz. 7/1977 S. 418

243

Maßgebliche Einwohnerzahl für die Kommunalwahl 1977;

hier: Gemeinde Wöllstadt, Wetteraukreis

Bezug: Mein Erlaß vom 15. 12. 1976 (StAnz. S. 2283).

Gemäß § 148 Abs. 1 Satz 2 HGO stelle ich fest, daß die Einwohnerzahl der Gemeinde Wöllstadt für die Kommunalwahl am 20. März 1977 mehr als 5 000 beträgt.

Wiesbaden, 28. 1. 1977

Der Hessische Minister des Innern

IV A 11 — 3 k 02 — 80/77

StAnz. 7/1977 S. 419

244

Vergabe öffentlicher Bauaufträge;

hier: Einführung des Ergänzungsbandes 1976 zu Teil C der VOB-Ausgabe 1973

Bezug: Gemeinsamer Runderlaß vom 23. Januar 1975 (StAnz. S. 224)

Gemeinsamer Runderlaß

Der Teil C der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) — Ausgabe 1973 — wurde vom Deutschen Institut für Normung e. V. (früher: Deutscher Normenausschuß) im Auftrag des Deutschen Verdingungsausschusses für Bauleistungen teilweise überarbeitet. Die Änderungen sind Gegenstand eines inzwischen herausgegebenen Ergänzungsbandes 1976 zu Teil C der VOB-Ausgabe 1973. Er enthält folgende — teilweise nur

in Einzelpunkten, teilweise voll überarbeitete — Allgemeine Technische Vorschriften (ATV):

- DIN 18301 Bohrarbeiten
- DIN 18304 Rammarbeiten
- DIN 18320 Landschaftsbauarbeiten
- DIN 18330 Mauerarbeiten
- DIN 18331 Beton- und Stahlbetonarbeiten
- DIN 18333 Betonwerksteinarbeiten
- DIN 18334 Zimmer- und Holzbauarbeiten
- DIN 18350 Putz- und Stuckarbeiten
- DIN 18353 Estricharbeiten
- DIN 18358 Rolladenarbeiten
- DIN 18360 Metallbauarbeiten, Schlosserarbeiten
- DIN 18361 Verglasungsarbeiten
- DIN 18363 Anstricharbeiten
- DIN 18366 Tapezierarbeiten
- DIN 18367 Holzpflasterarbeiten
- DIN 18379 Lüftungstechnische Anlagen
- DIN 18380 Heizungs- und zentrale Brauchwassererwärmungsanlagen
- DIN 18421 Wärmedämmarbeiten an betriebstechnischen Anlagen

In Ergänzung des Gemeinsamen Runderlasses vom 23. Januar 1975 (StAnz. S. 224) werden die neugefaßten ATV mit Wirkung vom 1. Februar 1977 eingeführt. Mithin ist ab **1. Februar 1977** die VOB/C-Ausgabe 1973 mit den Änderungen des Ergänzungsbandes 1976 maßgebend.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, ist in allen Fällen, in denen in der Zeit vom 1. Februar 1977 bis 30. Juni 1977 eine Ausschreibung bekanntgemacht oder zur Angebotsabgabe aufgefordert wird,

- a) in der Ausschreibung oder in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots sowie
- b) in den Verträgen selbst

zu vermerken, daß die Allgemeinen Technischen Vorschriften für Bauleistungen — VOB/C — in der Fassung der VOB-Ausgabe 1973 mit den Änderungen des Ergänzungsbandes 1976 maßgebend sind.

Der Ergänzungsband 1976 zu Teil C der Verdingungsordnung für Bauleistungen — Ausgabe 1973 — wird von der

Beuth-Verlags GmbH, Burggrafenstraße 4—7,
1000 Berlin 30, und Kameckestraße 2—8, 5000 Köln,

als Verleger sowie auch von anderen Fachverlags- und Fachversandbuchhandlungen vertrieben, deren Anschriften den Fachzeitschriften entnommen werden können. Außerdem kann er durch den Sortimentsbuchhandel bezogen werden. Für die Anwendung dieses Gemeinsamen Runderlasses auf die Gemeinden und Gemeindeverbände ergeht gesonderter Erlaß durch den Hessischen Minister des Innern.

Wiesbaden, 27. 1. 1977

Der Hessische Ministerpräsident
— Staatskanzlei —
I B 3 — 15 f 18

Der Hessische Minister der Finanzen
O 1082 — 1 — V A 41

Der Hessische Minister des Innern
V A 5 — 61 c 04/11 — 1/77

Der Hessische Minister der Justiz
5310 — 1/7 — 2036/76

Der Hessische Kultusminister
VI B 52 — 920/53 — 13

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt
IV A 2 — LK 43.03 12078/76

Der Hessische Sozialminister
Z 2 b 2 — 61 c 04

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
II b 4

StAnz. 7/1977 S. 419

245

Vergabe öffentlicher Bauaufträge;

hier: 7. Bekanntmachung nach § 30 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung betr. Verbindlichkeit des Ergänzungsbandes 1976 zu Teil C der VOB-Ausgabe 1973 — für Gemeinden und Gemeindeverbände

Durch Gemeinsamen Runderlaß der Landesregierung vom 27. Januar 1977 (StAnz. S. 419) sind die neugefaßten Allgemeinen Vorschriften für Bauleistungen in der Fassung des Ergänzungsbandes 1976 ab 1. Februar 1977 verbindlich eingeführt worden.

Die VOB/C — Ausgabe 1973 mit den Änderungen des Ergänzungsbandes 1976 ist auch von den Gemeinden und Gemeindeverbänden anzuwenden.

Wiesbaden, 28. 1. 1977

Der Hessische Minister des Innern
V A 51 — 61 c 04/11 — 1/77
StAnz. 7/1977 S. 420

246

Ingenieurleistungen bei öffentlichen Bauaufträgen

Bezug: Mein Erlaß vom 20. September 1966 (StAnz. S. 1286)

Von den Leistungen, die nach der klassischen Einteilung den Ingenieurleistungen zugeordnet werden, ist nur die Honorierung der Tragwerksplanung für Gebäude und zugehörige bauliche Anlagen in der Honorarordnung für Leistungen der Architekten und Ingenieure — HOAI — vom 17. September 1976 (BGBl. I S. 2805) geregelt worden (vgl. hierzu meinen Erlaß vom 15. Dezember 1976, StAnz. S. 2275). Soweit sich Ingenieurleistungen nicht in die HOAI einordnen lassen, sind noch die gleichen Grundsätze der freien Honorarvereinbarung maßgeblich, wie in meinem Erlaß vom 20. September 1966 (StAnz. S. 1286) dargelegt.

Die für die Finanzbauverwaltungen der Länder entwickelten Vertragsmuster befinden sich in Überarbeitung. Es wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden anheimgestellt, die überarbeiteten Vertragsmuster für Vertragsvereinbarungen über Ingenieurleistungen heranzuziehen.

Wiesbaden, 30. 12. 1976

Der Hessische Minister des Innern
V A 51 — 61 a 14 — 7/76
StAnz. 7/1977 S. 420

247

Organisation und örtliche Zuständigkeit der Landräte und der Polizeipräsidenten als Vollzugspolizeibehörden

Bezug: Erlaß des HMdI vom 27. 12. 1976 (StAnz. 1977 S. 150)

In dem o. a. Erlaß muß es in Abschn. I, Abs. 5 unter 1. in der vorletzten Zeile (S. 150, linke Spalte) statt „Polizeipräsident“ richtig „Polizeipräsidenten“ und in der Anlage zu dem o. a. Erlaß unter Der Landrat des Landkreises Bergstraße — Polizeistation Wald-Michelbach — (S. 151, linke Spalte) statt „Absteinach“ richtig „Abtsteinach“ heißen;

bei Der Polizeipräsident in Frankfurt am Main — 8. Polizeirevier (S. 152, rechte Spalte) ist hinter „Oberrad“ ein Sternchen anzufügen;

bei Der Polizeipräsident in Offenbach am Main — Polizeistation Dreieich — (S. 153, linke Spalte) muß es statt „Gemeinde Dreieich“ richtig „Dreieich“ heißen;

vor Der Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg (S. 153, rechte Spalte) ist in Fettdruck einzufügen:

„II. Regierungsbezirk Kassel“;

bei Der Landrat des Werra-Meißner-Kreises (S. 154, linke Spalte) fällt jeweils bei Hessisch Lichtenau der Bindestrich weg;

bei Der Polizeipräsident in Kassel — 4. Polizeirevier (S. 154, rechte Spalte) muß es statt „Gemeinde“ richtig „Gemeinden“ heißen.

Die Redaktion

StAnz. 7/1977 S. 420

248

Der Hessische Minister der Finanzen

Vergabehandbuch (VHB);

hier: Änderung der Preisbemessungsklausel für Nicht-eisenmetalle

Bezug: Mein Erlaß vom 13. 1. 1976 (StAnz. S. 265)

Mit Rundschreiben vom 21. 12. 1976 — B I 2 — 0 1082 — 43/76 — hat der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau die Preisbemessungsklausel für Nichteisenmetalle — EVM — ErgNEM — (vgl. Teil II des VHB) im 2. Absatz wie folgt geändert:

2. Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen

Der Abrechnungspreis wird auf der Grundlage der deutschen Metallnotierung — unterer Wert der Notie-

rung der NE — Metallverarbeiter — vom 5. Tag nach dem Datum des Auftragschreibens ermittelt.“

Die Änderung des Formblattmusters in der Loseblattausgabe des VHB erfolgt im Zusammenhang mit der nächsten (2.) Austauschlieferung. Bis dahin bitte ich, einen Hinweis auf die Änderung anzubringen.

In den bei der Landesbeschaffungsstelle aufliegenden Verbindungsmustern wird die Änderung bei Neuauflage berücksichtigt. Vorhandene Vordrucke sind handschriftlich zu ändern und aufzubrauchen.

Wiesbaden, 13. 1. 1977

Der Hessische Minister der Finanzen
0 1080 — 5 — V A 41

StAnz. 7/1977 S. 421

249

Der Hessische Kultusminister

Umpfarrung der evangelischen Einwohner des Ortsteils Unterneurode der Gemeinde Philippsthal, Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Umpfarrungsurkunde

Gemäß Artikel 9 Absatz 3 der Grundordnung der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck vom 22. Mai 1967 (KA. S. 19) hat der Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck nach Anhörung der Beteiligten folgendes festgesetzt:

§ 1

Die evangelischen Einwohner des Ortsteils Unterneurode der Gemeinde Philippsthal, Landkreis Hersfeld-Rotenburg,

scheiden aus der Evangelisch-reformierten Kirchengemeinde Ausbach, Kirchenkreis Hersfeld, aus und werden in die Evangelische Kirchengemeinde Heimboldshausen, Kirchenkreis Hersfeld, eingepfarrt.

§ 2

Diese Urkunde tritt am 1. Januar 1977 in Kraft. Vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 24. 1. 1977

Der Hessische Kultusminister
I B 6.1 — 881/11

StAnz. 7/1977 S. 421

250

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Bekanntmachung über die Errichtung und den Betrieb des Kernkraftwerkes Biblis, Block C, der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft (RWE), Essen, Kruppstraße 5, bei Biblis/Rhein

Gemäß § 2 der Atomanlagen-Verordnung in der Fassung vom 29. Oktober 1970 (BGBl. I S. 1518) gebe ich bekannt:

Die Auslegungs- und Einwendungsfrist für das im Staatsanzeiger Nr. 42 S. 1880 vom 18. Oktober 1976 bekanntgegebene Vorhaben, die mit Bekanntmachung vom 16. 12. 1976 (StAnz. S. 2297) bis zum 15. Februar 1977 verlängert wurde, wird nochmals bis einschließlich 29. April 1977 verlängert.

Der auf den 5. April 1977 festgesetzte Erörterungstermin wird auf Dienstag, den 28. Juni 1977, verlegt.

Die Erörterung beginnt um 10.00 Uhr in der Riedhalle der Gemeinde Biblis, Biblis, Lindenstraße 41.

Wiesbaden, 3. 2. 1977

Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Technik
IV b 4 — 99.16.41
Im Auftrag
gez. Frank

StAnz. 7/1977 S. 421

zusiedelnden gewerblichen Unternehmen geeignet sind, die wirtschaftliche Struktur des Landes bzw. des betreffenden Gebietes unmittelbar und nachhaltig zu verbessern.

1.2 Bei der Förderung von Maßnahmen zur Erschließung von Industriegelände nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ vom 6. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1861) sind die hierfür jeweils geltenden Regelungen über Voraussetzungen, Art und Intensität der Förderung und die hierzu erlassenen Bekanntmachungen des Bundesministers für Wirtschaft anzuwenden.

2. Antragsberechtigung

2.1 Antragsberechtigt sind Gemeinden und Gemeindeverbände oder Dritte, die für Gemeinden und Gemeindeverbände die unter Ziff. 3.1 aufgeführten Maßnahmen durchführen.

2.2 Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht.

3. Zweckbestimmung

3.1 Zuwendungen dürfen nur für Maßnahmen verwendet werden, die die Voraussetzungen für die Ansiedlung und Erweiterung von gewerblichen Betrieben schaffen. Dies sind vor allem

- der Bau von Zufahrtstraßen,
- die Einrichtung von Energieversorgungsanlagen und Verlegung von Energieversorgungsleitungen (Gas, Elektrizität),
- die Errichtung von Anlagen zur Wasserversorgung und zur Abwasserbeseitigung und -reinigung,
- die Errichtung von Abfallbeseitigungsanlagen,
- die Errichtung von Industriestammgleisen (nicht Privatgleisanschlüsse von gewerblichen Unternehmen).

3.2 Nicht zuwendungsfähig sind Grunderwerbskosten und Kreditbeschaffungskosten.

3.3 Die Maßnahmen dürfen nicht vor Erteilung der Bewilligungsbescheide begonnen werden. Die mit der erhaltenen Zuwendung erstellten Erschließungsanlagen und -einrich-

251

Richtlinien für die Förderung der Erschließung von Industriegelände

1. Allgemeines

1.1 Das Land Hessen fördert im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel die Erschließung von Industriegelände durch Gewährung von Zuwendungen (Zuweisungen und Zuschüsse) nach Maßgabe dieser Richtlinien. Die zu fördernden Erschließungsmaßnahmen müssen den Zielen der regionalen Strukturpolitik entsprechen. Demzufolge sind vor allem Maßnahmen zur Erschließung von Industriegelände in den gewerblichen Schwerpunkten und Entlastungsorten gemäß Gesetz über die Feststellung des Hessischen Landesraumordnungsprogramms vom 18. März 1970 (GVBl. I S. 265) förderungswürdig, wenn die dort an-

tungen müssen im Eigentum des Zuwendungsempfängers verbleiben. Ausnahmen hiervon können auf Antrag zugelassen werden, wenn der Verwendungszweck durch die Veräußerung nicht gefährdet wird.

4. Höhe der Zuwendung

4.1 Die Höhe der Zuwendung richtet sich nach der Art und dem Umfang der Maßnahmen, ihrer Auswirkungen auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur des Landes bzw. des betreffenden Gebietes und nach der finanziellen Leistungsfähigkeit des Zuwendungsempfängers sowie in gegebenen Fällen auch nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung der anzusiedelnden gewerblichen Unternehmen.

4.2 Die Zuwendung soll in der Regel für Maßnahmen in den im jeweils geltenden Rahmenplan für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ aufgeführten Fördergebieten bzw. Schwerpunkten 60 v. H. und für Maßnahmen außerhalb dieser Fördergebiete 30 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten nicht überschreiten.

4.3 Im Rahmen eines auf die Jahre 1977—78 befristeten Sonderprogramms Mittelhessen können in den Gebieten Stadt Lahn und den Landkreisen Lahn-Dill und Marburg-Biedenkopf (ohne Stadallendorf und Neustadt) die Zuwendungen aus Landesmitteln bis zu 50 v. H. der zuwendungsfähigen Kosten betragen.

5. Antragsweg

Der Antrag nach dem Formblatt gemäß Anlage zu diesen Richtlinien ist in dreifacher Ausfertigung über den Landrat als Behörde der Landesverwaltung dem Regierungspräsidenten einzureichen, der ihn mir mit seiner Stellungnahme vorlegt.

6. Bewilligungsbedingungen

Für die Bewilligung, die Auszahlung und die Verwendung sowie den Nachweis und die Prüfung der Verwendung der Zuwendung gelten die Vorläufigen Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 Abs. 1 LHO (StAnz. 1974 S. 1572), die Allgemeinen Bewirtschaftungsgrundsätze — ABewGr — (Anl. 1 zu den VV § 44), die Allgemeinen Bewirtschaftungsgrundsätze — Gebietskörperschaften — ABewGr — GebietsK. — (Anl. 2 zu den VV § 44) und die Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen — ZBau-Land — (Anl. 3 zu den VV § 44).

7. Inkrafttreten

Diese Richtlinien werden ab dem Haushaltsjahr 1977 angewendet. Die „Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen (Zuweisungen bzw. Zuschüsse) aus Haushaltsmitteln des Landes für die Erschließung von Industriegelände“ vom 8. März 1972 (StAnz. S. 595) sowie die Bekanntmachung der Änderung dieser Richtlinien vom 4. Juli 1973 (StAnz. S. 1330) sind mit Ablauf des Haushaltsjahres 1976 gegenstandslos.

Wiesbaden, 25. 1. 1977 **Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik**
II a 33 — 69 c 22 11 (2)
StAnz. 7/1977 S. 421

An den Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik
Postfach 31 29
6200 Wiesbaden 1

Anlage

Ich/Wir beantrage(n) für die Mitfinanzierung von Maßnahmen zur Erschließung von Industriegelände aus Haushaltsmitteln des Landes — Bundes einen Zuschuß in Höhe von DM.

- 1. Antragstellerin:
- Stadt/Gemeinde:
- Landkreis:
- Region:
- Bankkonto:
- Sachbearbeiter:
- Telefon-Nr.:

2. Beschreibung des zur Erschließung vorgesehenen Industriegeländes:

2.1 Bezeichnung des Geländes (Gemarkungsbezeichnung, Flur usw.):

2.2 Größe des Geländes in qm	qm
2.3 Von dem Gelände sind		
a) im Besitz der Gemeinde	qm
b) im Privatbesitz	qm
2.4 Kaufpreis für das Gelände pro qm	DM
Verkaufspreis für das Gelände	DM
3. Kosten der vorgesehenen Erschließungsmaßnahmen:		
3.1 Straßenbau	DM
3.2 Abwasserbeseitigung (Kanalisation)	DM
3.3 Wasserversorgung	DM
3.4 Stromversorgung	DM
3.5 Gasversorgung	DM
3.6 Sonstiges (z. B. Gleisanschluß)	DM
3.7	DM
3.8	DM
Gesamtkosten:	DM

4. Finanzierung der Erschließungsmaßnahmen:

4.1 Zuschuß aus Landesmitteln	DM
4.2 Zuschuß aus Bundesmitteln	DM
4.3 Zuschuß des Kreises	DM
4.4 Darlehen	DM

Darlehensgeber	Laufzeit	Zinssatz
.....	DM
.....	DM

4.5 Anlieger- bzw. Erschließungsbeiträge	DM
4.6 Haushaltsmittel der Stadt/Gemeinde	DM
4.7 Eigenleistungen der Stadt/Gemeinde	DM
4.8	DM
Insgesamt:	DM

5. Beginn der Erschließungsmaßnahmen:

Dauer der Maßnahmen:

Zeitpunkt, zu dem der Zuschuß spätestens benötigt wird:

6. Auf dem zu erschließenden Gelände sollen folgende Betriebe angesiedelt werden¹⁾:

Firma	Sitz der Firma	Produktionsprogramm bzw. Gegenstand des Unternehmens	Vorgesehene Arbeitskräfte (dav. männl.)	Neugründung (N) Erweiterung (E) Verlagerung (V) Zweigbetrieb (Z)

7. Angaben über die allgemeine Struktur der Stadt/Gemeinde¹⁾:

8. Voraussichtlicher Effekt der geplanten Erschließungsmaßnahmen¹⁾:

Ich/Wir erkläre(n), daß

a) die unter Ziffer 3 aufgeführten Maßnahmen ausschließlich der Erschließung des unter Ziffer 2 beschriebenen Industriegeländes dienen,

b) das unter Ziffer 2 beschriebene Industriegelände in einem rechtskräftigen Flächennutzungsplan als solches ausgewiesen und dieser Flächennutzungsplan mit Verfügung des (Aktenzellen:) genehmigt worden ist,

c) das für die Straßenbaumaßnahmen erforderliche Gelände im Eigentum der Stadt/Gemeinde ist,

¹⁾ erforderlichenfalls besondere Anlage

- d) die Planungen für die unter Ziffer 3 aufgeführten Maßnahmen abgeschlossen sind und hierfür ausführungsfähig und gegebenenfalls genehmigte Ausführungspläne vorliegen,
- e) das zu erschließende Gelände nicht mit Grunddienstbarkeiten belastet ist, die die Nutzung als Industriegelände in irgendeiner Weise einschränken können (z. B. Strom- und Gasleitungen),
- f) für die Mitfinanzierung der unter Ziffer 3 aufgeführten Maßnahmen Finanzierungshilfen aus öffentlichen Mitteln bei anderen Stellen weder beantragt sind noch beantragt werden, oder von dritter Seite bereits bewilligt oder in Aussicht gestellt sind,
- g) die vorgesehenen Erschließungsmaßnahmen nach Eingang des Zuwendungsbescheides sofort begonnen und zügig durchgeführt werden können.

- 3. Kostenanschläge für die unter Ziffer 3 aufgeführten Einzelmaßnahmen (ggf. getrennt für jede einzelne Straße, wie im Lageplan eingezeichnet). Die Kostenanschläge sind mit Prüfvermerken der zuständigen staatlichen Baubehörden (Straßenbauamt für Straßenbaumaßnahmen, Wasserwirtschaftsamt für wasserwirtschaftliche Maßnahmen wie Wasserversorgung, Kanal), Kreisbauamt (für sonstige Maßnahmen) versehen,
- 4. Beurteilung über die finanzielle Leistungsfähigkeit (gemäß Anlage zum Erlaß des Hessischen Ministers des Innern vom 21. 2. 1975 — IV B 2 — 33 b 06/01 — (StAnz. S. 460),
- 5. Ingenieurgeologische Beurteilung des Hessischen Landesamtes für Bodenforschung über die Eignung des unter Ziffer 2 beschriebenen Geländes für die Industrieansiedlung,
- 6. Erklärung des zuständigen Straßenbauamtes, daß gegen die Einmündung der auszubauenden Straße(n) in eine klassifizierte Straße (Bundes-, Landes- oder Kreisstraße) keine Einwendungen erhoben werden.

Ich/Wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Unterlagen.

....., den

(Siegel) (Rechtsverbindliche Unterschrift)

252

Hessisches Landesvermessungsamt

Ämtliche Karten

Im 2. Halbjahr 1976 wurden vom Hessischen Landesvermessungsamt folgende Neuerscheinungen, Neuausgaben ämtlicher Karten und sonstige Veröffentlichungen herausgegeben:

A. Karten

Art der Karte (Abkürzung)	Blattbezeichnung	Ausgabeart*)	Ausgabejahr	Blattformat Breite x Höhe cm
a) Neuerscheinungen				
Top. Karte 1 : 100 000 (TK 100)	C 4722 Kassel	N Str	1976	60x57
b) Neuausgaben				
Top. Karte 1 : 25 000 (TK 25)	4522 Hofgelsmar	N Nw	1976	60x55
	4920 Bad Wildungen	N Nw	1976	60x55
	4921 Fritzlar	N Nw	1976	60x55
	4920 Armsfeld	N Nw	1976	60x55
	5026 Berka a. d. Werra	N Nw	1976	60x55
	5126 Vacha	N Nw	1976	60x55
	5220 Kirtorf	N Nw	1976	60x55
	5221 Alsfeld	N Nw	1976	60x55
	5224 Elterfeld	N Nw	1976	60x55
	5320 Burg-Gemünden	N Nw	1976	60x55
	5321 Stornsdorf	N Nw	1976	60x55
	5326 Tann	N Nw	1976	60x55
	5422 Herbstein	N Nw	1976	60x55
	5523 Neuhof	N Nw	1976	60x55
	5816 Königstein (Ts.)	N Nw	1976	60x55
	5819 Hanau	N Nw	1976	60x55
	5917 Kelsterbach	N Nw	1976	60x55
	5919 Seligenstadt	N Nw	1976	60x55
	6017 Mörfelden	N Nw	1976	60x55
	6019 Babenhausen	N Nw	1975	60x55
	6118 Darmstadt Ost	N Nw	1975	60x55
	4625 Witzenhausen	N Nw	1976**)	60x55

Art der Karte (Abkürzung)	Blattbezeichnung	Ausgabeart*)	Ausgabejahr	Blattformat Breite x Höhe cm
	4725 Bad Sooden-Allendorf	N Nw	1976**)	60x55
	4726 Grebendorf	N Nw	1976**)	60x55
	4826 Eschwege	N Nw	1976**)	60x55
	5025 Hönebach	N Nw	1976**)	60x55
	5125 Friedewald	N Nw	1976**)	60x55
	5225 Geisa	N Nw	1976**)	60x55
Top. Karte 1 : 25 000 m. Wanderwegen (TK 25 W)	Wiesbaden und Umgebung	W	1976	84x76
Top. Karte 1 : 50 000 (TK 50)	L 4720 Wolfhagen	N Str Sch OH	1976	60x57
	L 4724 Witzenhausen	N Str Sch OH	1976	60x57
	L 4922 Meisungen	N Str Sch OH W	1976	60x57
	L 5124 Bad Hersfeld	N Str Sch W OH	1976	60x57
	L 6116 Darmstadt West	N Str Sch OH	1976	60x57
Verwaltungskarte von Hessen 1 : 200 000 (VKH 200)		A	1974	98x140
			Stand d. Verw. Gr. 1. 1. 77	
Verwaltungskarte von Hessen 1 : 200 000 (VKH 200)		N	1974	98x140
Gemeindegrenzenkarte von Hessen 1 : 200 000 (GKH 200)		einf.	1977	94x133
			Gebietsstand 1. 1. 77	
*) Erläuterung der Ausgabearten				
	A	Arbeitskarte		
	N	Normalausgabe		
	Nw	Normalausgabe mit Waldflächen		
	Str	Ausgabe mit Straßenrot		
	Sch	Schummerungsausgabe		
	W	Ausgabe mit Wanderwegen		
	OH	Orohydrographische Ausgabe		
**) Sonderfortführung im Grenzbereich zur DDR				

B. Sonstige Veröffentlichungen:

a) Neuerscheinungen

— keine —

b) Neuausgaben

— keine —

c) Faksimiledruck eines historischen Kartenwerkes

Karte von dem Großherzogtum Hessen 1 : 50 000
(31 Blätter, aufgenommen 1823 bis 1840)

Die vom Hessischen Landesvermessungsamt bearbeiteten und herausgegebenen amtlichen Karten und Druckschriften kön-

nen unmittelbar beim Hessischen Landesvermessungsamt oder durch den Buchhandel bezogen werden. Die Hessischen Katasterämter halten die amtlichen Karten ihres Amtsbezirkes vorrätig. Das Kartenverzeichnis mit Blattübersichten, Kartenmustern, Preisangaben und Lieferbedingungen ist kostenlos beim Hessischen Landesvermessungsamt erhältlich.

Wiesbaden, 24. 1. 1977

Hessisches Landesvermessungsamt
K 5422 B — LA 312

St.Anz. 7/1977 S. 423

253

Der Hessische Sozialminister

Jugendarbeitsschutzgesetz;

hier: Unterrichtung der Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter über die Ausstellung von Lohnsteuerkarten an Kinder

Gemäß § 52 des Gesetzes zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz — JArbSchG) vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965) haben die ausstellenden Behörden die Aufsichtsbehörden (im Lande Hessen die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter) über die Ausstellung von Lohnsteuerkarten an Kinder im Sinne des § 2 Abs. 1 und 3 zu unterrichten.

Diese Unterrichtung soll dazu dienen, daß die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter das Verbot der Kinderarbeit wirksam überwachen und durchsetzen.

Die ausstellende Behörde ist verpflichtet, das Gewerbeaufsichtsamt auch ohne Zustimmung des Antragstellers unaufgefordert zu unterrichten.

Eine Verpflichtung zur Unterrichtung wird entsprechend dem Sinn und Zweck der Vorschrift in den Fällen zu verneinen sein, in denen eine Lohnsteuerkarte offensichtlich aus anderen Gründen als zum Bezug von Arbeitsentgelt ausgestellt wird und die Gefahr einer Überschreitung des Verbotes der Kinderarbeit nicht besteht.

Dies gilt insbesondere in den Fällen, in denen die Lohnsteuerkarte ausschließlich für den Bezug von Waisengeld ausgestellt wird.

Der Inhalt der Unterrichtung besteht in der Angabe des Namens und der Anschrift des Kindes, für das die Lohnsteuerkarte ausgestellt worden ist. Soweit der Arbeitgeber bekannt ist, sollte auch er angegeben werden.

Wiesbaden, 18. 1. 1977

Der Hessische Sozialminister
I/I C 5 — 53 d 735

St.Anz. 7/1977 S. 424

254

Kriegsopferfürsorge;

hier: Feststellung des Einkommens aus Hausbesitz und der Kosten der Unterkunft bei eigenem Hausbesitz

Bezug: Mein Erlaß vom 28. 9. 1976 — II A 2 a — 51 e 0625 — (n. v.)

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat zu der Frage, wie das Einkommen aus Eigenheimen mit Mieteinnahmen berechnet und wie in diesen Fällen die Kosten der eigenen Unterkunft festgestellt werden sollen, wie folgt Stellung genommen:

„Bezieht ein Antragsteller aus dem von ihm bewohnten Eigenheim auch Einkünfte aus Vermietung, sind nach § 7 der VO zur Durchführung des § 76 BSHG, die in der Kriegsopferfürsorge entsprechend gilt, den Einnahmen die mit ihrer Erzielung verbundenen notwendigen Ausgaben gegenüberzustellen. Dabei ist zu beachten, daß nach Absatz 3 die Ausgaben von den Einnahmen insoweit nicht abzusetzen sind, als sie auf den vom Vermieter selbst genutzten Teil des Eigenheims entfallen.

Es ist also zunächst festzustellen, welcher Anteil der Ausgaben jeweils auf den vermieteten Teil des Hauses entfällt. Nur dieser Betrag ist den Mieteinnahmen gegenüberzustellen. Ein sich ergebender Überschuß ist Einkommen aus Vermietung. Ein eventueller Verlust darf weder als Kosten der Unterkunft angesehen werden, noch ist ein Ausgleich mit anderen Einkommensarten in der Regel zulässig (§ 10 der VO zur Durchführung des § 76 BSHG).

Die auf den Teil des Eigenheimes, der vom Eigentümer genutzt wird, entfallenden anteiligen Ausgaben sind insoweit als Kosten der Unterkunft anzusehen, als sie einer angemessenen Wohnungsmiete entsprechen.“

Die Angemessenheit der Miete richtet sich nach den im Erlaß vom 18. 1. 1972 (St.Anz. S. 391) dargelegten Gesichtspunkten; dieser Erlaß hat weiterhin Bedeutung für die Berechnung der Kosten der Unterkunft bei einem allein vom Eigentümer genutzten Eigenheim oder einer Eigentumswohnung.

Bei der Berechnung der Kosten der Unterkunft in dem Eigenheim mit Mieteinnahmen ist zu beachten, daß die anteiligen Kosten der Tilgung nur bei den eigengenutzten Flächen berücksichtigt werden können und Wohngeld sowie Zins- und Tilgungszuschüsse von den Aufwendungen abzusetzen sind. Um eine einheitliche Durchführung zu erreichen, empfehle ich, für die Berechnung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von Haus- und Grundbesitz und der damit verbundenen Feststellung der Kosten der eigenen Unterkunft das beigefügte Muster eines Berechnungsbogens zu verwenden. Mein o. a. Erlaß vom 28. 9. 1976 wird aufgehoben.

Wiesbaden, 3. 1. 1977

Der Hessische Sozialminister
II A 2 a — 51 e 0625

St.Anz. 7/1977 S. 424

Von der Behörde auszufüllen:

....., den 19

HAUSERTRAGSBERECHNUNG

1. Verhältnis der Wohn- und Nutzflächen

Eigengenutzte Flächen = qm = %
Vermietete Flächen = qm = %

2. Teilberechnung — Kosten der eigengenutzten Flächen

..... % der Zinsen DM
..... % der Tilgung DM
..... % vom Erhaltungsaufwand DM
..... % der Betriebskosten DM

Aufwendungen: DM

abzüglich:
Wohngeld DM/mtl. × 12 = DM
Zins- u. Tilgungszuschüsse (jährl.) DM DM
Jährliche Belastung: DM

Jährl. Belastung DM : 12 = DM/mtl.

Die angemessene Wohnungsmiete wird festgesetzt auf DM

3. Teilberechnung — Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung —

Mieteinnahmen: DM/mtl. × 12 = DM
Miete für möblierte Wohnungen, Zimmer, Leerzimmer DM
Zins- und Tilgungszuschüsse — jährlich — (soweit nicht schon bei 2. angesetzt) DM

Erträge: DM

abzüglich
..... % der Zinsen (keine Tilgung) DM
..... % vom Erhaltungsaufwand DM
..... % der Betriebskosten DM

Überschuß/Verlust: DM

Jährl. Überschuß = DM : 12 = DM/mtl.

Aufgestellt:

255

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

An das
Hessische Landesamt
für Landwirtschaft
Kölnische Str. 48/50
3500 Kassel

Allgemeine Befreiung von Warmblut- und Araberhengsten von der Eigenleistungsprüfung nach § 2 Abs. 1 der Vierten Durchführungsverordnung zum Tierzuchtgesetz über die Körnung von Hengsten vom 17. Juli 1953 (BAnz. Nr. 134 vom 21. Juli 1953), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 12. Dezember 1974 (BGBl. I S. 202)

Bezug: Mein Erlaß vom 28. 10. 1975 (StAnz. S. 2136)
Die mit Bezugs Erlaß für Warmblut- und Araberhengste erteilte allgemeine Befreiung wird bis zum 31. Dezember 1978 verlängert.

Wiesbaden, 19. 1. 1977

**Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt**

II A 3 — 82 b 02 01 — 4726/77

StAnz. 7/1977 S. 425

256

Personalmeldungen

Es sind

C. Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Regierungsrat** Regierungsrat z. A. (BaP) Manfred Minte (3. 12. 1976);

zur **Inspektorin** Inspektorin z. A. (BaP) Gudrun Palmy (10. 12. 1976);

zum **Inspektor** Inspektor z. A. (BaP) Rolf Carpentier (9. 12. 1976);

zur **Inspektorin z. A. (BaP)** Inspektorin (BaW) Cornelia Hamdorf (17. 12. 1976);

zum **Assistenten z. A. (BaW)** Assistentenanwärter (BaW) Klaus Reubold (25. 12. 1976);

zum **Inspektoranwärter (BaW)** Verwaltungspraktikant Wolfgang Mantei (2. 12. 1976);

in den **Ruhestand** getreten:

Oberamtsmeister (BaL) Werner Fürst, LA Hochtaunuskreis (31. 12. 1976);

in den **Ruhestand** versetzt:

die **Amtsräte (BaL)** Kurt Klawe (31. 12. 1976) gem. § 51 Abs. 1 i. V. m. § 56 Abs. 2 HBG, Wilhelm Jung (31. 12. 1976) gem. § 51 Abs. 3 HBG, Oberamtsmeister (BaL) Karl Eich, LA Main-Taunus-Kreis (31. 12. 1976) gem. § 51 Abs. 1 HBG;

entlassen:

Inspektoranwärter (BaW) Kurt-Martin Berger (31. 12. 1976) gem. § 41 Abs. 1 HBG.

Darmstadt, 24. 1. 1977

Der Regierungspräsident

I 2 — 7 1 02/07 E

StAnz. 7/1977 S. 425

D. Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

Oberfinanzdirektion

ernannt:

zur **Steuerinspektorin** Steuerinspektorin z. A. (BaP) Heidrun Flick (8. 12. 1976);

in den **Ruhestand** getreten:

Ltd. Regierungsdirektor Wolfram Ziegler (31. 12. 1976);

in den **Ruhestand** versetzt:

Steueramtmann Wilhelm Jilke, Steuerrat Christian Stang (beide 31. 8. 1976) gem. § 51 (3) HBG;

Steuerverwaltung

ernannt:

zu **Regierungsräten (BaL)** die Regierungsräte z. A. (BaP) Volker Höning, FA Bad Homburg, Ralf Kohlitz, FA Darmstadt (beide 2. 1. 1977);

zum **Steueroberinspektor (BaL)** Steuerinspektor (BaP) Werner Zeidler, FA Offenbach-Stadt (28. 10. 1976);

zu **Steuerinspektoren (BaL)** die Steuerinspektoren z. A. (BaP) Arno Hacker, FA Kassel-Spohrstr. (30. 12. 1976), Horst Jouy, FA Ffm.-Taunus (1. 12. 1976), Ludwig Lauer, FA Biedenkopf (6. 12. 1976), Ernst-Walter Peter, FA Dillenburg (23. 12. 1976), Siegfried Weidmann, FA Ffm.-Höchst (3. 12. 1976);

zu **Steuerinspektoren/innen** die Steuerinspektoren/innen z. A. (BaP) Claus Bartels, FA Ffm.-Stiftstr., Jutta Behnisch, FA Wiesbaden I (beide 1. 12. 1976), Gerhard Berg, FA Wiesbaden II (16. 12. 1976), Gabriele Germann, Roland Germann, beide FA Ffm.-Höchst (beide 3. 12. 1976), Hans Joachim Göbel, FA Gießen (28. 12. 1976), Helmut Heinemann, FA Ffm.-Höchst (3. 12. 1976), Birgit Herbig-Deist, FA Ffm.-Börse (22. 12. 1976), Karl-Wilhelm Hoppe, FA Groß-Gerau (2. 12. 1976), Karin Kühne, FA Darmstadt (30. 12. 1976), Hannelore Leib, FA Offenbach-Stadt (2. 12. 1976), Sigrid Marquardt, FA Ffm.-Stiftstraße (4. 12. 1976), Gerda Michelsous, FA Lauterbach (3. 12. 1976), Erika Platt, FA Darmstadt (30. 12. 1976), Werner Rehl, FA Michelstadt (2. 12. 1976), Wilfried Schuster, FA Darmstadt (30. 12. 1976), Bernhard Trott, FA Offenbach-Stadt (2. 12. 1976);

zu **Steuerobersekretären** die Steuersekretäre (BaP) Gerd Ulrich Müller, FA Ffm.-Stiftstr. (1. 12. 1976), Horst Scherf, FA Offenbach-Land (23. 12. 1976);

zu **Steuersekretären (BaP)** die Steueranwärter (BaW) Dieter Bernhard, FA Marburg, Peter Dewald, FA Wiesbaden II, Gunter Gambach, FA Nidda, Peter Hornstadt, FA Wiesbaden I, (sämtlich 1. 1. 1977);

zu **Steuersekretären/innen z. A. (BaP)** die Steueranwärter/innen (BaW) Werner Barth, FA Bad Hersfeld, Klaus Becker, Peter Dießner, beide FA Kassel-Spohrstr., Hans-Jürgen Nuhn, FA Bad Hersfeld, Georg Wilhelm Steinmetz, FA Rotenburg, Hubert Tophinke, FA Bad Schwalbach, Irmgard Wittich, FA Rotenburg, (sämtlich 1. 1. 1977);

zu **Steuerassistenten/innen** die Steuerassistenten/innen z. A. (BaP) Burkhard Fennel, FA Ffm.-Börse, Kurt Möller, Anna-Maria Odenwald, beide FA Ffm.-Stiftstraße, Dieter Volk, FA Ffm.-Börse, Egbert Volkstedt, FA Ffm.-Taunus (sämtlich 1. 11. 1976), Gitta Becker, FA Kassel-Spohrstraße, Reinhard Debus, FA Rüdeshheim, Sigrid Dönnch, FA Fritzlar, Dieter Eigl, Jürgen Fischer, beide FA Darmstadt, Helga Gall, FA Gelnhausen, Hans Theo Klotz, FA Wiesb. I, Elke Lichtenberger, FA Bensheim, Hubert Menzel, FA Darmstadt, Friedhelm Noll, FA Bad Homburg, Volker Schuch, FA Gelnhausen, Karin Winterwerber, FA Darmstadt, Margit Wolff, FA Dieburg (sämtlich 2. 11. 1976), Petra Beate Cilic, Norbert Grimm, Christine Jaworski, Thomas Neutzner, sämtlich FA Offenbach-Stadt, Renate Scherer, FA Wiesb. II, (sämtlich 9. 11. 1976), Regina Buchczyk, Monika Glaser, beide FA Hanau (beide 11. 11. 1976), Wolfgang Hämmerich, FA Groß-Gerau (8. 11. 1976), Agnes Liesemer, Walter Muchel, beide FA Wetzlar, (beide 3. 11. 1976), Rita Noll, FA Groß-Gerau (5. 11. 1976), Maria Pfeifer, FA Gelnhausen (3. 11. 1976), Armin Ruckelhaus, FA Ffm.-Hamb. Allee (26. 11. 1976), Manfred Schwarzer, FA Hanau (11. 11. 1976), Erika Steinmüller, FA Ffm.-Stiftstr. (23. 12. 1976), Gisela Volz, FA Ffm.-Hamb. Allee (11. 11. 1976), Günter Wiesenberger, FA Langen (24. 12. 1976), Ute Wick, FA Offenbach-Stadt (4. 11. 1976);

zu Steuerassistenten/innen z. A. (BaP) die Steueranwärter/innen (BaW) Wolfgang Ahlbach, FA Bad Schwalbach, Jutta Althaus, FA Ffm.-Taunustor, Karl-Heinz Apel, FA Witzhausen, Antje Arand, FA Kassel-Spohrstr., Maria Arnold, FA Groß-Gerau, Gisela Baumann, FA Hofgeismar, Frank Beckmann, FA Marburg, Dagmar van der Berg, FA Darmstadt, Manuela Beutel, FA Groß-Gerau, Gudrun Bloch, FA Fulda, Hannelore Börger, FA Ffm.-Börse, Rudolf Borter, FA Limburg, Karl Brandt, FA Kassel-Spohrstr., Marion Braun, FA Wiesbaden II, Arnold Bröckling, FA Kassel-Spohrstr., Hartmut Brück, FA Lahn-Wetzlar, Ingrid Brühl, FA Ffm.-Hamburger Allee, Karin Brühl, FA Bad Schwalbach, Kurt Bühner, FA Bad Homburg, Heinz Dieter Clobes, FA Fritzlär, Peter Cölsch, FA Darmstadt, Maria Czwak, FA Hanau, Lutz Deflize, FA Groß-Gerau, Birgit Delp, FA Darmstadt, Dorothea Diebel, FA Ffm.-Hamburger Allee, Martin Diel, FA Kassel-Spohrstr., Roland Dörbaum, FA Hofgeismar, Recarda Döring, FA Kassel-Spohrstr., Hildegard Dorn, FA Gelnhausen, Cornelia Florin, FA Eschwege, Martina Freisens, FA Groß-Gerau, Brigitte Frey, FA Rüdesheim, Edgar Fügen, FA Darmstadt, Georg Führer, FA Wiesbaden I, Monika Gabler, FA Ffm.-Hamburger Allee, Heiko Glas, FA Michelstadt, Gernot Glösemeier, FA Schwalmstadt, Ulrike Grimm, FA Bensheim, Norbert-Helmut Gumbel, FA Lahn-Gießen, Reiner Guretzki, FA Ffm.-Börse, Wolfgang Hartmann, FA Hanau, Elvira Hauß, FA Eschwege, Kerima Heckmann, FA Marburg, Beate Heil, FA Weilburg, Horst Hein, FA Nidda, Ulrike Heinelt, FA Lahn-Gießen, Brunhilde Henke, FA Fritzlär, Volker Heinrich von Heyden, FA Lauterbach, Elsbeth Hix, FA Hanau, Klaus Dieter Hofmann, FA Limburg, Petra Holzhauser, FA Wiesbaden II, Dagmar Horn, FA Limburg, Heinz Hostert, FA Bad Homburg, Arwid Januschka, FA Ffm.-Börse, Ingeborg Jelitte, Udo Jung, beide FA Lahn-Gießen, Gitta Kattenberg, FA Nidda, Jutta Kaufholz, FA Kassel-Spohrstr., Sigrid Ketter, FA Weilburg, Kornelia Knöpfel, FA Fritzlär, Renate König, FA Gießen, Renate Krecklow, FA Wiesbaden II, Brigitte Kress, FA Fulda, Ludwig Kulik, FA Frankenberg, Brunhilde Lang, FA Kassel-Spohrstr., Manfred Lang, FA Lahn-Wetzlar, Kersten Lauer, FA Bad Homburg, Eva Liehr-Katrinec, FA Ffm.-Hamburger Allee, Norbert Liese, FA Witzhausen, Regina Mahr, FA Alsfeld, Carmen Meininger, FA Hanau, Elke Meyer, FA Groß-Gerau, Ute Mönch, FA Hanau, Rainer Most, FA Fulda, Angelika Müller, Jürgen Munzert, beide FA Kassel-Spohrstr., Waltraud Muthig, FA Gelnhausen, Ilona Neubauer, FA Fritzlär, Cornelia Nicolai, FA Friedberg, Ulrike Ochs, FA Hanau, Rita Ott, FA Groß-Gerau, Burkhard Otterbein, FA Lauterbach, Rita Pauli, FA Lahn-Wetzlar, Claus Andreas Pixa, FA Offenbach-Stadt, Irene Pluschke, FA Alsfeld, Petra Pucelik, FA Melsungen, Birgit Reitz, FA Darmstadt, Karin Repp, FA Nidda, Petra Reuse, FA Kassel-Spohrstr., Michael Rotter, FA Bad Homburg, Marion Ruppel, FA Nidda, Linda Sachs, FA Groß-Gerau, Heinz-Holger Sauer, FA Lahn-Gießen, Monika Sauer, FA Bad Hersfeld, Gerhard Sauerbier, FA Fulda, Dietmar Schaaf, FA Hanau, Hannelore Schäfer, FA Kassel-Spohrstr., Gerhard Schaffrin, FA Wiesbaden II, Monika Schaub, FA Offenbach-Stadt, Dieter Schmitt, Ulrike Schneider, beide FA Groß-Gerau, Doris Schornstein, FA Bad Hersfeld, Elfriede Schütz, FA Wiesbaden I, Reinhold Schütz, FA Fulda, Ursula Schwab, FA Lahn-Gießen, Harald Schweißguth, FA Wiesbaden II, Karla Seipel, FA Gelnhausen, Doris Simon, FA Schwalmstadt, Harald Spindler, FA Hofgeismar, Irmgard Stein, FA Marburg, Volker Steinbach, Ingrid Steube, Siegfried Steube, sämtlich FA Fritzlär, Ingrid Tetzlaff, FA Offenbach-Land, Wilfried Thiel, FA Bad Schwalbach, Angelika Unger, FA Bad Hersfeld, Egon Vaupel, FA Marburg, Petra Vogt, FA Ffm.-Börse, Doris Wagner, FA Ffm.-Taunustor, Ingrid Wagner, FA Bensheim, Doris Waldsteiner, FA Marburg, Rita Weber, FA Fritzlär, Dieter Weder, FA Biedenkopf, Karl-Heinz Weinandt, FA Lahn-Gießen, Ernst Weißberg, FA Korbach, Gertraud Wenzel, FA Eschwege, Gunda Wenzel, FA Kassel-Spohrstr., Karin Wesely, FA Lahn-Gießen, Renate Westphal, FA Bensheim, Hans-Peter Weyershausen, FA Dillenburg, Silvia Wiedemann, FA Groß-Gerau, Hansfried Winhold, FA Bad Hersfeld, Dieter Witzemberger, FA Ffm.-Hamburger Allee, Claudia Zimmermann, FA Bensheim, Bruno Zöllner, FA Wiesbaden I (sämtlich 1. 1. 1977);

zu Steuerassistenten z. A. (BaP) die Finanzanwärter (BaW) Roland Koch, FA Ffm.-Taunustor (27. 11. 1976), Norbert Wech, FA Gießen (30. 11. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die Steueroberinspektoren (BaP) Jürgen Goldapp, FA Wiesbaden I (16. 9. 1976), Bernd Müller, FA Groß-Gerau, Rainer Olbrich, FA Gießen (beide 11. 10. 1976), Karl-Otto Peisker, FA Fulda (4. 10. 1976), Volker Scriba, FA Ffm.-Börse (25. 10. 1976), Horst Zink, FA Michelstadt (12. 10. 1976), die Steuerinspektoren (BaP) Hand-Peter von Alt, FA Bad Schwalbach (5. 10. 1976), Klaus John, FA Groß-Gerau (27. 10. 1976), Werner Naumann, FA Biedenkopf (1. 11. 1976), Bernhard Schmidt, FA Wetzlar (27. 10. 1976), die Steuerhauptsekretärin (BaP) Editha Rymarzik, FA Kassel-Goethestr. (19. 10. 1976), der/die Steuerobersekretäre/innen (BaP) Klaus Berg, FA Darmstadt (1. 11. 1976), Gerlinde Brasch, FA Fulda (21. 10. 1976), Annemarie Nill, FA Schwalmstadt (13. 10. 1976), Steuersekretär (BaP) Helmut Marschall, FA Ffm.-Taunustor (22. 10. 1976);

versetzt:

an das FA für Körperschaften Berlin Stadtoberinspektorin (BaP) Monika Feige, FA Ffm.-Taunustor (1. 1. 1977), an das FA Siegen Steuerinspektorin z. A. (BaP) Gabriele Schöfer, FA Limburg (1. 1. 1977), vom FA Reutlingen Steuerinspektorin (BaP) Elisabeth Seidel, FA Offenbach-Land (1. 1. 1977);

in den Ruhestand getreten:

Regierungsdirektor Wilhelm Dallwig, Obersteuerrat Hermann Müller, beide FA Wiesbaden-Herrngartenstr. (beide 31. 8. 1976), Steueramtsinspektor Walter Kaufmann, FA Fulda (30. 9. 1976), Steuerhauptsekretär Herbert Spohr, FA Korbach, Steuerobersekretär Karl Henning, FA Friedberg (beide 31. 8. 1976);

in den Ruhestand versetzt:

Regierungsobererrat Helmut Wirth, FA Ffm.-Börse (31. 12. 1976), Obersteuerrat Heinrich Erb, FA Gießen (31. 10. 1976), die Stellerräte Karl Backfisch, FA Darmstadt (31. 10. 1976), Johannes Cellarius, FA Fulda (31. 8. 1976), Heinrich Landefeld, FA Ffm.-Taunustor (30. 11. 1976), Walter Nicolai, FA Dieburg (31. 8. 1976), Heinz Schomber, FA Gießen (31. 12. 1976), Heinrich Wörth, FA Wiesbaden-Herrngartenstraße (30. 9. 1976), Amtsrat Heinrich Stolze, FA Ffm.-Höchst (31. 12. 1976), die Steueramtmänner Ernst Haslinger, FA Offenbach-Stadt, Walter Heuser, FA Wetzlar (beide 31. 8. 1976), Gerhard Hoffmann, FA Ffm.-Höchst (30. 11. 1976), Steueroberinspektor Rudolf Müller, FA Wetzlar (31. 12. 1976), die Steueramtsinspektoren Rudolf Appl, FA Weilburg (31. 12. 1976), Friedrich Birk, FA Melsungen (30. 9. 1976), Otto Kugelmann, FA Ffm.-Höchst (31. 8. 1976), Ernst Klingner, FA Groß-Gerau (30. 11. 1976), Adam Kraus, FA Ffm.-Taunustor (31. 12. 1976), Franz Lutz, FA Rüdesheim (30. 11. 1976), Walter Passek, FA Hanau (30. 9. 1976), Erich Wagner, FA Langen (31. 12. 1976), die Steuerhauptsekretäre Herbert Drescher, FA Kassel-Spohrstraße (31. 12. 1976), Heinz Kaffenberger, FA Bad Homburg, Siegfried Misar, FA Gießen (beide 30. 9. 1976), Karl Mangel, FA Kassel-Goethestr. (31. 12. 1976), die Steuerobersekretäre Herbert Brechter, FA Wiesbaden-Mainzer Str. (31. 8. 1976), Wilhelm Schäfer, FA Korbach (31. 12. 1976) sämtlich gem. § 51 (1) HBG, Obersteuerrat Ludwig Bernhardt, FA Darmstadt (30. 9. 1976), die Stellerräte Helmut Franz, FA Kassel-Goethestr. (31. 10. 1976), Karl Gerth, FA Wetzlar (31. 12. 1976), Erich Lippach, FA Gießen, Steueramtmann Helmut Holland-Moritz, FA Korbach, Steueramtsinspektorin Maria Barz, FA Langen (sämtlich 30. 9. 1976), die Steueramtsinspektoren Erwin Fischer, FA Bad Homburg (31. 12. 1976), Ernst Göhringer, FA Wetzlar, Georg Jost, FA Groß-Gerau (beide 30. 9. 1976), Otto Lambmann, FA Nidda (31. 10. 1976), die Steuersekretäre Peter Reuber, FA Hofgeismar, Helmut Schaar, FA Wetzlar, Steuerobersekretär Alfred Burkard, FA Kassel-Goethestraße (sämtlich 31. 12. 1976), sämtlich gem. § 51 (3) HBG;

entlassen:

Steueramtmann Reinhard Scheller, FA Darmstadt (31. 12. 1976), Steueroberinspektorin Heidrun Jung, FA Ffm.-Taunustor (30. 11. 1976), Steueroberinspektor Gerd Halberstadt, FA Hofgeismar (31. 12. 1976), Steuerinspektorin Juliette Liesenfeld, FA Ffm.-Taunustor (16. 8. 1976), Steuerhauptsekretär Wilhelm Hoffmann, FA Ffm.-Höchst (30. 9. 1976), die Steuerobersekretärinnen Heidemarie Budde, FA Bensheim (3. 1. 1977), Margit Nöding, FA Wiesbaden-Herrngartenstr. (31. 8. 1976), Ingrid Unger, FA Fulda (31. 10. 1976), Steuerassistent z. A. Wolfgang Richter, FA Langen (27. 12. 1976) sämtlich gem. § 41 (1) HBG, Steuer-

assistent z. A. Karl-Helmut Böcher, FA Ffm.-Börse (31. 10. 1976) gem. § 42 (3) HBG;

verstorben:

Amtsrat Adolf Schwab, FA Gelnhausen (24. 10. 1976), Steueramtmann Franz Korell, FA Kassel-Spohrstr. (30. 8. 1976), Steueroberinspektor Richard Bönning, FA Ffm.-Hamburger Allee (4. 9. 1976), Steuersekretär Gerald Schreiter, FA Offenbach-Stadt (31. 8. 1976);

Staatsbauverwaltung

ernannt:

zu **Bauräten z. A. (BaP)** die Baureferendare (BaW) Harald Appelbaum, StHBA Kassel, Dietrich Ibold, StBA Bad Hersfeld (beide 3. 1. 1977);

in den Ruhestand getreten:

Techn. Amtsrat Friedrich Einhäuser, StBA Darmstadt (31. 12. 1976);

in den Ruhestand versetzt:

Amtsinspektor Kurt Scheunert, StBA Kassel (31. 12. 1976) gem. § 50 (3) HBG.

Frankfurt am Main, 26. 1. 1977

Oberfinanzdirektion

P 1400 A — 50 — St I 72

StAnz. 7/1977 S. 425

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main

ernannt:

zu **Professoren an einer Universität (BaL)** Dr. Hans Bosse (7. 12. 1976), Dr. Gerhard Heldmaier (26. 10. 1976), bish. Wiss. Rat und Professor der Universität Würzburg Dr. Jürgen Winckler (14. 10. 1976), Dr. Wolfgang Giere (1. 10. 1976), Realschullehrerin Dr. Adelgunde Gompf (25. 11. 1976);

zum **Studienrat im Hochschuldienst z. A. (BaP)** Dr. Karl-Erich Grözinger (25. 10. 1976);

zum **Dozenten an einer Universität (BaZ)** Dr. Günther Fleissner (11. 10. 1976);

in den Ruhestand getreten:

Professor/in an einer Universität Dr. Heinz Janecke (1. 10. 1976), Dr. Ursula Walz (1. 11. 1976), Oberstudienrat Bruno Mannewitz (1. 10. 1976);

versetzt:

von der Stadt Mainz Bibliotheksrat Helmut Burckhardt (1. 10. 1976);

Philipps-Universität Marburg

ernannt:

zu **Professoren an einer Universität (BaL)** bish. ordentlicher Professor der Universität Erlangen-Nürnberg Dr. Hermann Remmert (24. 11. 1976), Curt Wentrup P.H.D (14. 10. 1976), bish. Wiss. Rat und Professor der Universität Tübingen Dr. Dr. Walter Klötzer (1. 10. 1976), Dozent an einer Universität Dr. Hartmut Elsenhans (20. 8. 1976);

zum **Akademischen Rat (BaL)** Akademischer Rat z. A. (BaP) Dr. Peter Köhl (1. 12. 1976);

eingewiesen:

in die Bes.-Gr. H 4 Professor an einer Universität Dr. Hans-Ulrich Schnitzler (30. 11. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Zeit:

die Dozenten an einer Universität (BaW) Dr. Sieghart Döhring (1. 10. 1976), Dr. Gottfried Spalke (14. 12. 1976);

in den Ruhestand getreten:

Assistent Richard Brunet (1. 12. 1976);

in den Ruhestand versetzt:

Oberaufseher Karl Schmidt (1. 11. 1976);

entlassen:

Dozent an einer Universität Dr. Dietrich Schneider (17. 10. 1976);

Justus-Liebig-Universität Gießen

ernannt:

zum **Professor an einer Universität (BaL)** bish. Wiss. Rat und Professor der Universität Ulm Dr. Konrad Federlin (20. 10. 1976);

zum **Akademischen Oberrat Akademischer Rat (BaL)** Dr. Ralf Rodiek (14. 10. 1976);

ernannt:

zu **Akademischen Oberräten z. A. (BaP)** Dozent an einer Universität (BaW) Dr. Remigiusz Domanski (14. 10. 1976), Dr. Fritz Linnemann (13. 10. 1976), Wiss. Assistent (BaW) Dr. Bernhard Leinweber (18. 10. 1976);

zum **Akademischen Rat (BaL)** Akademischer Rat z. A. (BaP) Dr. Wilhelm Kriegseis (26. 11. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Zeit:

die Dozenten an einer Universität (BaW) Dr. Ernst Heinrich Grote, Dr. Heinrich Ludwig (beide 1. 11. 1976), Dr. Willi-Eckhard Wetzel (18. 11. 1976);

entpflichtet:

Professor an einer Universität Dr. Albert Derwort (1. 10. 1976);

in den Ruhestand versetzt:

Professor an einer Universität Dr. Ludwig Jung (1. 10. 1976);

entlassen:

Professor an einer Universität Dr. Kurt Ruile (15. 9. 1976), Akademische Rätin Dr. Heidi Sailer (20. 11. 1976);

Technische Hochschule Darmstadt

ernannt:

zum **Akademischen Oberrat Akademischer Rat (BaL)** Dr. Hartmut Backe (26. 10. 1976);

zum **Akademischen Oberrat z. A. (BaP)** Dozent an einer Universität (BaW) Dr. Rainer Nordmann (11. 10. 1976);

zur **Oberstudienrätin im Hochschuldienst Studienrätin im Hochschuldienst (BaL)** Margot Reimann (21. 10. 1976);

zur **Dozentin an einer Universität (BaZ)** Dr. Brigitta Schinzel (7. 12. 1976);

zu **Akademischen Räten (BaL)** die Akademischen Räte z. A. (BaP) Dr. Detlev Belke (23. 9. 1976), Dr. Hans Hennige (8. 10. 1976), Dipl.-Ing. Bernd Gronert (14. 12. 1976);

entpflichtet:

Professor an einer Universität Dr. Fritz Huhle (1. 10. 1976);

Gesamthochschule Kassel

ernannt:

zu **Professoren an einer Universität (BaL)** Dr. Hans-Michael Kittner (7. 10. 1976), bish. Fachhochschullehrer des Landes Nordrhein-Westfalen Dipl.-Gtn. Jürgen von Reuß (7. 10. 1976), bish. Wiss. Assistent der Universität Regensburg Dr. Klaus Anderseck (30. 11. 1976);

zum **Fachhochschullehrer (BaL)** FHL z. A. (BaP) Dr. Bernhard Nagel (7. 12. 1976);

zum **Fachhochschullehrer z. A. (BaP)** Dr. Helge Schmeisky (20. 10. 1976);

eingewiesen:

in die Bes.-Gr. H 3 die Professoren an einer Fachhochschule in einer Gesamthochschule Dr. Gerhard Fieseler (25. 10. 1976), Dr. Johannes Becker (2. 12. 1976);

versetzt:

vom Landeswohlfahrtsverband Hessen Oberinspektor
Werner Kroll (1. 10. 1976);

Fachhochschule Darmstadt**ernannt:**

zum Fachhochschullehrer (BaL) FHL z. A. (BaP) Dipl.-
Ing. Norbert Verse (21. 10. 1976);

Fachhochschule Frankfurt am Main**ernannt:**

zu Fachhochschullehrern (BaL) bish. Bundesbahnrat Dipl.-
Ing. Manfred Sauer (26. 11. 1976), FHL z. A. (BaP) Dr.
Hans Mausbach (30. 11. 1976);

zu Fachhochschullehrern z. A. (BaP) Dr. Johann Schnei-
der (3. 11. 1976), Dr. Hubert Lehmeier (10. 11. 1976), Dipl.-
Soz. Nils Volkersen (26. 11. 1976);

Fachhochschule Gießen**ernannt:**

zu Fachhochschullehrern (BaL) die FHL z. A. (BaP) Dipl.-
Ing. Dieter Theißen (12. 10. 1976), Dr. Hartmut Fischer
(15. 10. 1976), Dipl.-Chem. Werner Funk (30. 11. 1976);

zu Fachhochschullehrern z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Rolf Braun
(30. 11. 1976), Dipl.-Ing. Ulrich Fox (2. 12. 1976);

eingewiesen:

in die Bes.-Gr. H 3 Professor an einer Fachhochschule
Dipl.-Ing. Christoph Meier (1. 10. 1976);

Fachhochschule Wiesbaden**ernannt:**

zu Fachhochschullehrern (BaL) die FHL z. A. (BaP) Dr.
Hartmut Eisenmenger, Dipl.-Soz. Doris Hauer (beide 2. 12.
1976);

eingewiesen:

in die Bes.-Gr. H 3 Professor an einer Fachhochschule Dr.
Ernst-Günter Conze (30. 11. 1976);

Fachhochschule Fulda**ernannt:**

zu Fachhochschullehrern z. A. (BaP) Dr. Hansjörg Weber
(29. 10. 1976), Dr. Dr. Johannes Meinhardt (7. 12. 1976),
Dipl.-Hdl. Harald Bartelt (9. 12. 1976);

Hess. Landesbibliothek Fulda**ernannt:**

zur Inspektorin Inspektorin z. A. (BaP) Genoveva Raatz
(11. 10. 1976);

Hess. Landesbibliothek Wiesbaden**in den Ruhestand versetzt:**

Oberamtsmeister Heinz Müller (1. 11. 1976);

Hess. Staatsarchiv Marburg**in den Ruhestand getreten:**

Archivoberrat Dr. Claus Cramer (1. 11. 1976);

Forschungsanstalt für Weinbau, Gartenbau, Getränketechnologie und Landespflege Geisenheim**ernannt:**

zu Wissenschaftlichen Oberräten Wiss. Räte (BaL) Dr.
Claus Schaller (25. 11. 1976), Dr. Rolf Röber (30. 11. 1976);

Hess. Staatstheater Wiesbaden**in den Ruhestand getreten:**

Kammermusiker Richard Ulber (1. 12. 1976);

Landesamt für Denkmalpflege Hessen in Wiesbaden**in den Ruhestand getreten:**

Oberkonservator Dr. Otto Müller (1. 10. 1976);

Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt am Main**ernannt:**

zum Professor an einer Kunsthochschule (BaL) Prof. a. e.
KHS z. A. (BaP) Helmut Rilling (27. 10. 1976);

zum Professor an einer Kunsthochschule z. A. (BaP) Leo-
nard Hokanson (23. 11. 1976);

zum Dozenten an einer Kunsthochschule Studienrat (BaL)
Jürgen Blume (9. 12. 1976);

zum Dozenten an einer Kunsthochschule z. A. (BaP) Dr.
Andreas Meyer-Hanno (14. 12. 1976).

Wiesbaden, 28. 1. 1977

Der Hessische Kultusminister

I A 4.5 — 050/35 — C 205)

StAnz. 7/1977 S. 427

Der Regierungspräsident in Darmstadt**Gymnasien****ernannt:**

zum Inspektor Amtsinspektor (BaL) Manfred Mohr, Frank-
furt (19. 8. 1976);

zu Studienräten/innen z. A. (BaP) die Assessoren/Innen
des Lehramts Rolf Bauer, Darmstadt, Dr. Günter Bier-
wirth, Nidda, Wilhelm Kiel, Darmstadt, Hans-Dieter
Becker, Hungen, Dr. Roswitha Rietschel-Kluge, Dr. Am-
rei Richter, beide Oberursel, Gabriele Gruel, Hungen, Nor-
bert Lamp, Alsbach, Dorothea Use, Darmstadt, Johann
Aderhold, Babenhausen, Lehrkräfte i. A. Susanne Mittag,
Bad Homburg, Harald Küch, Königstein (sämtlich 1. 2.
1977);

zu Studienräten die Studienräte z. A. (BaP) Rolf Höfer,
Hofheim (12. 11. 1976), Ulrich Mai, Dillenburg (30. 11. 1976),
Hans-Stefan Meyer, Wächtersbach (2. 12. 1976), Peter Hely,
Kelkheim (6. 12. 1976), Hans-Stefan Meyer, Wächtersbach
(2. 12. 1976);

zu Studienräten/innen (BaL) die Studienräte/Innen z. A.
(BaP) Klaus Kossek, Gießen (18. 11. 1976), Brigitte Pfeifer-
Hrnschka, Raunheim (18. 10. 1976), Heinz-Christian Zühlke,
Gießen (24. 11. 1976), Gisela Kirschbaum, Wetzlar (1. 2.
1977), Brigitte Hefe, Usingen (17. 11. 1976), Armin Hoh-
weiler, Ginsheim (22. 11. 1976), Helmtraud von Dungen,
Limburg (24. 11. 1976), Angelika Werner, Hofheim (1. 2.
1977), Heide Elsner, Bad Homburg (16. 11. 1976), Carla
Schulte-Kalms, Wiesbaden (10. 11. 1976), Jens Peter Nis-
sen, Wiesbaden (29. 11. 1976), Stephanie Müller-Hohe, Hof-
heim (25. 11. 1976), Ursula Brundiers, Hofheim (28. 11. 1976),
Karl Hubbe, Wetzlar (24. 11. 1976), Hartmut Fischer-Wilk,
Langen, Peter Zahn, Frankfurt (beide 29. 11. 1976), El-
friede Hermann, Ffm.-Höchst (1. 2. 1977), Ulf Rainer Diehl,
Gießen (30. 11. 1976), Jürgen Hupe, Frankfurt (1. 2. 1977),
Norbert Naumann, Darmstadt (13. 12. 1976), Klaus Meinke,
Darmstadt (16. 12. 1976), Volkhard Müller, Darmstadt
(15. 12. 1976), Heinrich Ripp, Darmstadt (16. 12. 1976),
Birgitta Durenbeck, Königstein (11. 12. 1976), Karola Seh-
nert, Darmstadt (1. 2. 1977), Volker Dillenburg, Mörfel-
den (15. 12. 1976), Edith Brähler, Gießen (21. 12. 1976), Uwe
Faulhammer, Renate Weiß-Franke, beide Gießen (beide
17. 12. 1976), Heidemargret Spielbrink-Uloth, Bergen-Enk-
heim (16. 12. 1976), Sabine Zarges, Hofheim (1. 2. 1977),
Bernhard Am Ende, Kelkheim (14. 12. 1976), Helmut Keil,
Darmstadt (1. 2. 1977), Armin Helm, Ginsheim-Gustavs-
burg 2 (15. 12. 1976), Hedwig Kurt, Lampertheim (16. 10.
1976), Hans-Hermfried Winter, Michelstadt, Heinrich Fie-
res, Lauterbach, Petra Steuer, Ursula Höller, beide Hof-

heim, Hans-Jürgen Döhler, Michelstadt (sämtlich 1. 2. 1977), Dr. Hans Bittel, Neu-Isenburg (10. 1. 1977), Hannelore Düwell, Gießen, Ilona Hutter, Peter Bruder, beide Michelstadt (sämtlich 1. 2. 1977), Marita Gierhake, Groß-Gerau (17. 12. 1976), Heinrich Kappel, Sulzbach (11. 1. 1977), Reiner Mohr, Gießen (1. 2. 1977), Monika Beck, Sulzbach (6. 1. 1977), Petra Haseloff, Wiesbaden, Renate Hosenfelder, Sulzbach (beide 1. 2. 1977), Helga Ferguson, Renate Zilske, beide Bürstadt (beide 23. 12. 1976), Volker Thomas, Gießen, Wolfgang Schüler, Wiesbaden, Karl-Gerhard Michel, Klaus Litzkendorf, beide Sulzbach, Cornelia Rösel, Gießen (sämtlich 1. 2. 1977), Franz Josef Martin, Geisenheim (11. 1. 1977);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Irmtraud Kirchhöfer, Limburg (16. 11. 1976), Wolfgang Matzke, Wiesbaden (4. 11. 1976), Dr. Hiltraud Mahler, Wiesbaden (5. 11. 1976), Klaus Hug, Wiesbaden (8. 11. 1976), Ellen Held, Wiesbaden (27. 10. 1976), Reinhard Old, Darmstadt (11. 11. 1976), Manfred Sassin, Wiesbaden, Ewald Roßwurm, Limburg (beide 4. 11. 1976), Ilse Scheffler, Königstein (30. 10. 1976), Manfred Vollmer, Kelkheim (8. 11. 1976), Heinrich Bandurski, Wiesbaden (4. 11. 1976), Werner Keller, Offenbach (30. 10. 1976), Josef Höhler, Hadamar (11. 11. 1976), Heidi Gottschalk, Wiesbaden (29. 10. 1976), Heide Kraft, Langen (15. 11. 1976), Irmgard Keller-Hillebrand, Wiesbaden (11. 11. 1976), Horst Dickel, Geisenheim (8. 11. 1976), Hermann Zwerger, Wiesbaden (12. 11. 1976), Christa von Monts, Frankfurt (26. 10. 1976), Jörg Tappe, Dillenburg (29. 10. 1976), Sibylle Bechtold, Darmstadt (25. 11. 1976), Jürgen Fuchs, Heppenheim (19. 11. 1976), Otto Albrecht, Limburg (18. 11. 1976), Inge Lorenz, Bad Nauheim (23. 11. 1976), Walter Ranft, Frankfurt (26. 11. 1976), Georg Niegemann, Hofheim (8. 10. 1976), Hubert Waigand, Ffm.-Höchst (5. 11. 1976), Dieter Kosslers, Wiesbaden (4. 11. 1976), August Klose, Frankfurt (13. 11. 1976), Nortraud Kellner, Frankfurt (5. 11. 1976), Werner Fruetel, Babenhausen (24. 11. 1976), Wilhelm Theis, Taunusstein (29. 10. 1976), Eduard Budzinski, Darmstadt (23. 11. 1976), Alfred Neuhäus, Ginsheim-Gustavsburg (25. 11. 1976), Hartmut Rienecker, z. Z. Regierungsschule Kampala/Uganda (22. 10. 1976), Lieselotte Schäfer, Wiesbaden (15. 11. 1976), Dieter Köhler, Frankfurt (12. 11. 1976), Bärbel König, Wald-Michelbach (18. 11. 1976), Eckehard Ripp, z. Z. Deutsche Schule in Mailand (1. 10. 1976), Ute Jung, Ffm.-Höchst (16. 11. 1976), Dieter Brockmann, Darmstadt (23. 11. 1976), Helga Heinbuch, Viernheim (16. 11. 1976), Ulrike Weitzel, Dörnigheim (1. 11. 1976), Jörg Tappe, Dillenburg (29. 10. 1976), Heide Bodensohn (12. 11. 1976), Hannelore Boege (11. 11. 1976), Paul Störkel, Klaus Tabbert, sämtlich Frankfurt (beide 5. 11. 1976), Holger Hesse, Geisenheim (16. 11. 1976), Hans Ulrich Häuser, Rüsselsheim (29. 10. 1976), Werner Friedrich, Hofheim (5. 11. 1976), Gerald Becht (8. 11. 1976), Manfred Heise, beide Wiesbaden (4. 11. 1976), Ingeborg Strauß, Ffm.-Höchst (3. 11. 1976), Gunnar Wöllmann (4. 11. 1976), Barbara Chen (30. 10. 1976), Jürgen-Heinrich Schmidt, sämtlich Frankfurt (2. 11. 1976), Karlheinz Hagelgans, Langen (16. 11. 1976), Frank Constantin (12. 11. 1976), Ruth Danner (5. 11. 1976), Wolfram Scholz, sämtlich Frankfurt (15. 11. 1976), Thomas Kunke, Wiesbaden (5. 11. 1976), Dagmar Rohmeier, Frankfurt (22. 11. 1976), Theda Bruckner, Darmstadt (25. 11. 1976), Peter Dickhut, Frankfurt (12. 11. 1976), Erich Bosch, Laubach (25. 11. 1976), Frankfurt (22. 11. 1976), Hartmut Birett, Dr. Wolfgang Boelke, Eckhard Saß, Jürgen Gerth, Rainer Glückert, Barbara Griese, Peter Fuchs (sämtlich 12. 11. 1976), Rainer Georg, sämtlich Frankfurt (13. 11. 1976), Hans Georg Fehrmann, Wiesbaden (5. 11. 1976), Klaus Schiller (4. 11. 1976), Gerhard Schmidt, beide Frankfurt (16. 11. 1976), Dr. Werner Burkhardt, Darmstadt (20. 11. 1976), Edith Herget, Frankfurt (12. 11. 1976), Ulrike Hauf, Geisenheim (4. 11. 1976), Georg Goik, Usingen (12. 11. 1976), Barbara Leibfried, Lich (29. 10. 1976), Hellmut Förster (12. 11. 1976), Regine Vincon-Scherwitz (5. 11. 1976), Margit Paul (11. 11. 1976), Dieter Nelge, sämtlich Frankfurt (25. 10. 1976), Dr. Hartmut Gries, Mühlheim (29. 11. 1976), Wolfgang Heinrich, Wiesbaden (11. 11. 1976), Dieter Gellrich, Bockenheim-Süd (15. 11. 1976), Irmgard Hasse (22. 11. 1976), Peter Below (15. 11. 1976), Heide Bruch, sämtlich Frankfurt (26. 11. 1976), Johannes Praetorius, Rüsselsheim (1. 11. 1976), Kristin Kühn, Claus Mannigel, beide Frankfurt (beide 22. 11. 1976), Dieter Belz, Butzbach (30. 10. 1976), Gerd Ehrlicher, Frankfurt (10. 11. 1976), Hartmut Rupprecht, Adam Feuster, beide Frankfurt (beide 22. 11. 1976), Peter Jannek, Kelkheim (20. 11. 1976), Heinrich Hauschild, Geisenheim, Gudrun Dennig (beide 5. 11. 1976), Doris Trabant, beide Frankfurt (13. 11. 1976);

zu **Studiendirektoren** die Oberstudienräte (BaL) Oswald Kunz, Wald-Michelbach (26. 11. 1976), Richard Coßmann, Wetzlar (29. 9. 1976), Walter Knobloch, Wald-Michelbach (26. 11. 1976), Rainer Schwöbel, Bensheim, Dieter Schütz, Herboren (beide 27. 11. 1976), Manfred Becker, Sprendlingen (29. 11. 1976), Rudolf Maurer, Bensheim (28. 5. 1976), Alfred Winkler, Offenbach (29. 11. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Studienräte (BaP) Albin Waha, Aßlar-Hermannstein (1. 2. 1977), Hans-Jürgen Bühler, Dillenburg (30. 11. 1976), Rolf-Dieter Amend, Atzbach (1. 2. 1977), Heinz-Jürgen Wiesner, Dillenburg (25. 11. 1976), Michael Anders, Solms, Reinhard Mädler, Ehringshausen (beide 1. 2. 1977);

in den Ruhestand versetzt:

die Studiendirektoren Dr. Hans Müller, Gießen (31. 1. 1977), Helmut König, Darmstadt (30. 6. 1976), Oberstudienrat/rätin Dr. Hermann Ritter, Nidda (31. 1. 1977), Elisabeth König, Darmstadt (31. 10. 1976);

entlassen:

die Studienrätinnen z. A. Elke Lutosch, Sprendlingen (10. 6. 1976), Hanna Schoeneich, Freigericht (31. 1. 1977), der/die Studienreferendar/innen Regine Stuckas, Wiesbaden (30. 1. 1976), Gunter Albert, Wiesbaden (31. 8. 1976), Regina Weidner-Rehbock, Darmstadt (31. 1. 1977);

Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen

ernannt:

zu **Studienräten/innen (BaL)** die Studienräte/innen z. A. (BaP) Rainer Pitzler, Offenbach (9. 11. 1976), Friedrich Weber, Hanau (30. 9. 1976), Joachim Euler, Frankfurt (18. 10. 1976), Volker Albat, Gießen (24. 11. 1976), Ulrich Eisenreich, Bad Nauheim (30. 11. 1976), Jens Höler, Bad Homburg (25. 11. 1976), Klaus-Dieter Mehlhorn (17. 12. 1976), Werner Müller, beide Schlüchtern (4. 12. 1976), Ingeborg Windte, Offenbach (10. 12. 1976), Werner Gefsnitzer, Groß-Gerau (9. 12. 1976), Rolf Müller, Gelnhausen (21. 12. 1976), Norbert Neundörfer, Bensheim (18. 12. 1976), Uwe Grünberg, Hanau (1. 12. 1976);

zu **Oberstudienräten/innen** die Studienräte/innen (BaL) Sigrid Kirdorf, Wetzlar (29. 10. 1976), Margarete Klatt, Ffm.-Höchst (21. 10. 1976), Dipl.-Hdl. Jürgen Jähnichen, Gießen, Dipl.-Ing. Winfried Agsten, Weilburg (beide 29. 10. 1976), Dipl.-Kfm. Christian Cornelius Ihlefeld, Gelnhausen (18. 10. 1976), Karlheinz Petermann, Dieburg (25. 10. 1976), Dipl.-Hdl. Brigitte Sell, Frankfurt (1. 10. 1976), Dipl.-Hdl. Christa Bohn, Lauterbach (1. 11. 1976), Elfriede Suchy, Gelnhausen (18. 10. 1976), Hans Lesche, Rüsselsheim (1. 11. 1976), Marita Scheideler, Wiesbaden (25. 10. 1976), Peter Dietze, Hofheim (21. 10. 1976), Gisela Albrecht, Friedberg (15. 10. 1976), Dipl.-Ing. Reiner Biefeld, Dillenburg (12. 10. 1976), Dipl.-Hdl. Brigitte Naumann, Wiesbaden (21. 10. 1976), Adolf Frohwein, Butzbach (18. 10. 1976), Günter Waas, Hanau (15. 10. 1976), Dipl.-Hdl. Irmgard Schlaeger, Bad Homburg (18. 11. 1976), Dipl.-Hdl. Hans-Siegfried Wallbott, Gießen (30. 10. 1976), Dipl.-Hdl. Rudhart Knodt, Darmstadt (19. 11. 1976), Klaus-Dieter Hennig, Friedberg (13. 10. 1976), Heino Zelck, Offenbach (29. 10. 1976), Günther Bernges, Hanau (1. 10. 1976), Dr. Egon Frink, Günter Merz, beide Limburg (beide 21. 10. 1976), Manfred Belz, Oberursel (15. 10. 1976), Dipl.-Hdl. Elisabeth Heigl, Hanau (18. 10. 1976), Christel Herren, Frankfurt (13. 10. 1976), Dipl.-Hdl. Sibylle Hager, Wiesbaden (21. 10. 1976), Werner Straszewski, Darmstadt (28. 10. 1976), Siegfried Hinkel, Offenbach (12. 11. 1976), Wendela Couturier, Gießen (28. 10. 1976), Dieter Couturier, Gießen (27. 10. 1976), Rüdiger Becker, Butzbach (18. 10. 1976);

zu **Studiendirektoren/innen** die Oberstudienräte/innen (BaL) Manfred Führer, Friedberg (14. 10. 1976), Dipl.-Hdl. Inge Schramm, Hanau (1. 11. 1976), Wulffhard Vesper, Hanau (15. 10. 1976), Dipl.-Hdl. Norbert Klink, Hanau (14. 10. 1976), Hedwig Schütz, Bensheim (29. 11. 1976), Marlies Roßwurm, Frankfurt (30. 11. 1976);

zu **Fachlehrern/innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP)** die Fachlehreranwärter/innen (BaW) Ursula Behling, Bad Nauheim (1. 10. 1976), Richard Rothermel, Wetzlar (14. 10. 1976), Richard Jäger, Peter Lukas, beide Frankfurt,

Joachim Sommerfeld, Wiesbaden, Rainer Borchers, Hanau (sämtlich 1. 10. 1976), Gerhard Rau, Ehringshausen (15. 10. 1976), Katharina Günther, Aßlar-Hermannstein (15. 11. 1976);

zu **Fachlehrern/innen f. arbeitstechnische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen f. arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Rolf Scherer (26. 11. 1976), Gudrun Hildebrand (6. 12. 1976), Gisela Hahn, sämtlich Gießen (3. 12. 1976), Heinz Welp, Hadamar (9. 12. 1976), Elke Valentin, Rechtenbach (1. 12. 1976), Magda Gutmann, Nidda 1 (17. 12. 1976), Josef Dolfus, Hadamar (11. 12. 1976);

zum **Fachlehrer (BaL)** Fachlehrer für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Wolfgang Staudte, Friedberg (25. 11. 1976);

zu/zur **Fachlehrern/in (BaL)** die Fachlehrer/in z. A. (BaP) Erich Damm, Gießen (19. 11. 1976), Irmgard Jaedicke, Darmstadt (7. 12. 1976), Georg Schilz, Butzbach (23. 12. 1976);

zum **Fachoberlehrer f. technologische Fächer (BaL)** Fachoberlehrer f. technologische Fächer z. A. (BaP) Wolfgang Pöschl, Bad Nauheim (20. 7. 1976);

in den Ruhestand versetzt:

die Studiendirektoren Dr. Erich Theodor Schwann, Darmstadt, Walter Racky, Wiesbaden (beide 31. 1. 1977), Baptist Münzel, Limburg (31. 12. 1976), Oberstudienrätin Elisabeth Lehnerdt, Dieburg (31. 7. 1976), Fachlehrerin Erna Matouschek, Darmstadt (31. 1. 1977);

entlassen:

die Fachlehreranwärter Gottfried Klug, Hanau (30. 11. 1976), Alfred Schmidt, Frankfurt (22. 12. 1976), Studienreferendarin Heike Merz, Darmstadt (15. 12. 1976), Studienrat z. A. Ernst-Ludwig Laux, Darmstadt (31. 1. 1977);

Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen

ernannt:

zu **Fachlehrerinnen f. musisch-techn. Fächer z. A. (BaP)** die apl. Fachlehrerinnen f. musisch-technische Fächer (BaW) Ingrid Wegmann-Mudlack, Aarbergen (16. 11. 1976), Annelie Brand, Bad Vilbel (3. 12. 1976), Sigried Daberkow, Gießen (13. 12. 1976), Brigitte Laupus, Bad Homburg (29. 11. 1976), Brigitte Hochscheid, Gießen (18. 12. 1976), Karin Heil, Aßlar-Hermannstein (3. 11. 1976), Monika Dengler, Frankfurt (8. 11. 1976), Dorothea Arlitt, Ginsheim-Gustavsburg, Erika Schnell, Hainburg (beide 10. 1. 1977);

zu **Fachlehrern/innen z. A. (BaP)** die apl. Fachlehrer/innen für musisch-technische Fächer (BaW) Jutta Augenstein, Rüsselsheim (8. 11. 1976), Ingrid Pfeffer, Dieburg (18. 11. 1976), Anneliese Seling, Dorheim (3. 11. 1976), Peter Albig, Goddelau (26. 11. 1976), Ilona Simon, Lampertheim (18. 11. 1976), Joachim Stenger, Hanau (22. 11. 1976), Sieglinde Polanski, Bürstadt (6. 12. 1976), Dieter Koschate, Rüsselsheim (23. 11. 1976), Angelika Braun, Nauheim (13. 12. 1976), Detleff Baumbach, Einhausen (9. 12. 1976), Wolfgang Langhans, Groß-Gerau (11. 12. 1976), Ursula Rößler, Idstein (9. 11. 1976), Werner Markgraf, Friedberg (22. 10. 1976), Hannelore Frick, Groß-Gerau (10. 1. 1977), Klaus-Dieter Raab, Mücke/Nd.-Ohmen (24. 1. 1976), die apl. Fachlehrer/in (BaW) Manfred Rodemich, Rüsselsheim (24. 11. 1976), Waltraud Franke, Nauheim (15. 11. 1976), Helmut Keil, Bruchköbel (10. 11. 1976), der/die Sozialpädagoge/innen i. A. Maria Schulz-Bartmann, Bad Homburg, Karin Tobüren, Oberursel (beide 1. 12. 1976), Elfriede Köpfler, Steinbach (15. 12. 1976), Niels von Damm, Friedrichsdorf 2, Heidi Dielmann, Weißkirchen, Doris Langhoff, Ingrid Sorgenfrei, beide Bad Homburg (sämtlich 1. 12. 1976);

zur **Taubstummenoberlehrerin z. A. (BaP)** apl. Lehrerin an einer Sonderschule (BaW) Birgitt Mosbach, Friedberg (21. 12. 1976);

zu **Jugendleiterinnen im Schuldienst z. A. (BaP)** die Jugendleiterinnen i. A. Irene Pohlemann, Rüsselsheim (29. 10. 1976), Helene Güntner, Wiesbaden (7. 12. 1976);

zu **Lehrern z. A.** die Fachlehrer für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Manfred Nicolay, Hanau (4. 11. 1976), Lothar Lippert, Biskirchen (29. 11. 1976), Fachlehrer z. A. (BaP) Klaus Otto, Solms (10. 12. 1976);

zu **Lehrern/innen an einer Sonderschule z. A.** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Gabriele Linnenberg, Krofdorf-Glei-

berg (22. 11. 1976), Petra Moser, Gießen (3. 11. 1976), Gudrun Hirt-Idekeit, Frankfurt (18. 10. 1976), Elke Einhäuser, Weckesheim (15. 11. 1976), Lieselotte Evers, Frankfurt (10. 12. 1976), Wolfgang Heuser, Dillenburg (16. 11. 1976); zu **Lehrern/innen** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Judith Patzina, Neuenhain (6. 12. 1976), Angelika Ulbricht, Altenstadt (30. 11. 1976), Agnes Brinkert, Hochheim (8. 12. 1976), Martina Heyn, Okriftel (28. 9. 1976), Marie-Luise Niggemann, Bad Soden (8. 12. 1976), Sylvia Glaser, Flörsheim (18. 12. 1976), Isolde Schönbach, Flörsheim (8. 12. 1976), Petra Geibel, Heusenstamm (18. 12. 1976), Ingrid-Maria Schmitt, Darmstadt (16. 12. 1976), Petra Stoll, Oberursel (12. 1. 1977), Walter Schmidbauer, Flörsheim (8. 12. 1976), Friedrich Stay, Mörfelden (10. 1. 1977);

zum/zur **Inspektor/in (BaL)** Inspektor/in z. A. (BaP) Franz Josef Mücke, Hanau (24. 11. 1976), Ursula Paule, Alsfeld (1. 1. 1977);

zu **Lehrern/innen (BaL)** die Lehrer/innen z. A. (BaP) Ursula Fischer, Frankfurt (9. 11. 1976), Hansjürgen Sengstock, Hattersheim (10. 11. 1976), Margarete Schmidt, Eppstein (8. 11. 1976), Karl-Heinz Maier, Dreieichenhain (23. 11. 1976), Klaus-Dieter Lieb, Maintal (10. 11. 1976), Ursula Arnstadt, Langen, Rosemarie Protzmann, Dreieichenhain (beide 23. 11. 1976), Annemarie Stoppel, Hungen 1 (22. 11. 1976), Elke Freyer, Frankfurt (16. 11. 1976), Rudolf Fleck, Mörfelden (15. 10. 1976), Christa Reuter, Urberach (23. 11. 1976), Gudrun Metzger, Usingen (18. 11. 1976), Wolfgang Dworak, Offenbach (23. 11. 1976), Dorothea Erckel, Hofheim (26. 11. 1976), Anton Jöst, Rimbach (20. 11. 1976), Rainer Kaufmann, Offenbach (19. 11. 1976), Hellmut Hieronymus, Klein-Umstadt (26. 11. 1976), Doris van Pelt, Bieber (24. 11. 1976), Gertrud Schilling, Freigericht 2 (25. 11. 1976), Horst Glöckner, Grebenhain (26. 8. 1976), Magdalena Abou-Chacra, Hanau (11. 11. 1976), Klaus-Dieter Scheerer, Riedelbach (22. 11. 1976), Ursula Metz, Wiesbaden, Klaus Stamm, Biebergemünd 1 (beide 24. 11. 1976), Kurt Moises, Offenbach (12. 11. 1976), Günther Jakob, Lampertheim (24. 11. 1976), Margot Buhl, Viernheim (20. 11. 1976), Sigrid Oleknavicius, Viernheim (22. 11. 1976), Peter Seidel, Mühlheim (1. 11. 1976), Liane Lämmer, Langenselbold, Renate Mayer, Dietzenbach (beide 24. 11. 1976), Frank Diehlmann, Wallrabenstein (13. 11. 1976), Rosemarie Weigand, Bad Vilbel (29. 11. 1976), Elisabeth Sylvia Unger, Ober-Ramstadt (19. 11. 1976), Ena Becker, Karben (1. 11. 1976), Anita Merkle, Obertshausen (12. 11. 1976), Marion Becker, Wiesbaden (22. 9. 1976), Anneliese ten Hövel, Wiesbaden (24. 9. 1976), Waltraud Maier, Sprendlingen (1. 9. 1976), Gisela Hartmann, Rüsselsheim (1. 11. 1976), Christine Hartig, Frankfurt (28. 9. 1976), Christa Maria Protzmann, Hanau (18. 11. 1976), Karin Schneider, Hanau (27. 11. 1976), Erich Horz, Beilstein (14. 9. 1976), Hartmut Horeth, Nidderau (14. 10. 1976), Ingrid Simmich, Hanau 1 (29. 11. 1976), Renate Kerber, Ober-Roden (15. 10. 1976), Astrid Keller, Sprendlingen (20. 10. 1976), Monika Weis, Hofheim (1. 2. 1977), Bernd Kessler, Reinheim (26. 11. 1976), Angelika Lang, Wetzlar (6. 12. 1976), Gisela Maar, Bergen-Enkheim (3. 12. 1976), Gertrud Stilger, Schlüchtern (2. 12. 1976), Werner Jährling, Leeheim (15. 10. 1976), Sabine Fietz, Wächtersbach (29. 11. 1976), Hildegard Engel, Gernsheim (27. 11. 1976), Erika Martin, Wetzlar (6. 12. 1976), Helmut Hauf, Goddelau (1. 12. 1976), Lilli Lechert, Langen (25. 11. 1976), Margarete Maurer, Eppstein-Vockenhausen (24. 11. 1976), Brigitte Kühn, Flörsheim, Marianne Trautner, Maintal 4 (beide 1. 12. 1976), Manfred Klafki, Hattersheim 3 (29. 11. 1976), Cornelia Kischkat, Frankfurt (30. 11. 1976), Ursula Thomas, Maintal 2 (3. 12. 1976), Mathilde Drockenmüller, Christiane Rittner, beide Taunusstein 1 (beide 9. 12. 1976), Ursula Dinslage, Flörsheim (1. 12. 1976), Inge Gottschalk, Kelkheim (24. 11. 1976), Regina Pfeil, Goddelau (7. 12. 1976), Lothar Scholz, Ober-Ramstadt (3. 11. 1976), Heidemarie Molz, Flörsheim (10. 11. 1976), Eleonore Kollmeyer, Mühlheim (7. 12. 1976), Barbara Tesche-Turck, Frankfurt (18. 10. 1976), Sylvia Otto, Flörsheim, Margit Maria Wilhelmine Ritschel, Erbach (beide 1. 12. 1976), Almut Rein, Bad König (8. 12. 1976), Maria Walter, Krofdorf-Gleiberg (25. 10. 1976), Arno Ziegenhain, Limburg (10. 12. 1976), Gabriele Kursawe, Frankfurt (30. 11. 1976), Angelika Krieger, Pohlheim 1 (6. 12. 1976), Irmgard Schwalbenbach, Limburg (10. 12. 1976), Lieselotte Wagner, Heusenstamm (25. 11. 1976), Christel Kiefer, Bürstadt (1. 12. 1976), Erwin Fourier, Nidderau (15. 10. 1976), Hans-Jürgen Wolff, Frankfurt (15. 11. 1976), Ruth Thessinga, Frankfurt, Christa-Luise Röhrig, Offenbach (beide 3. 12. 1976), Roswitha Peiseler, Frankfurt (12. 11. 1976), Lothar Bühler, Stockstadt (26. 11. 1976), Rüdiger Jung, Hausen (6. 12. 1976), Wilfried Koch,

- Homberg (9. 11. 1976), Karin Rau, Wiesbaden (29. 10. 1976), Rosemarie Schumacher, Frankfurt (20. 10. 1976), Rainer Wiegand, Limburg (14. 12. 1976), Heinz Hruđa, Limburg (10. 12. 1976), Helga Reisinger, Frankfurt (12. 11. 1976), Rosemarie Grünberg, Bruchköbel (6. 12. 1976), Dagmar Damannik, Mörfelden (10. 11. 1976), Johannes Christoph Weber, Ortenberg (4. 12. 1976), Jutta Henze, Neuenhain (6. 12. 1976), Annemarie Wöller-Ilge, Wetzlar (7. 12. 1976), Anna Wagner, Friedberg (8. 12. 1976), Knut Gutmann, Reinheim (2. 12. 1976), Helga Heintzenberg, Babenhausen (3. 12. 1976), Jutta Stadler, Ober-Roden (2. 12. 1976), Erika Wieworra, Hattersheim (8. 12. 1976), Ursula Moraw, Lampertheim (30. 9. 1976), Kristoph Hahn, Sinn (9. 12. 1976), Barbara Feldermann, Langen (6. 12. 1976), Bernd Schädel, Maintal 1 (29. 11. 1976), Waltraud Schunck, Bruchköbel (6. 12. 1976), Edith Hirschhäuser, Waldgirmes (25. 10. 1976), Eckhard Hagemeister, Dietzenbach (7. 12. 1976), Wolfgang Will, Sinn (9. 12. 1976), Lothar Ott, Frankfurt (1. 11. 1976), Vera Lumpe, Eisenroth, Peter Edelmeier, Wetzlar (beide 13. 12. 1976), Ursula Büchler, Sprendlingen (1. 12. 1976), Margit Jaxt, Dutenhofen (6. 12. 1976), Reinhold Glaser, Ober-Roden (2. 12. 1976), Ruth Kersten, Urberach (3. 12. 1976), Frauke Peter, Heusenstamm (25. 11. 1976), Roswitha Korsch, Langen (6. 12. 1976), Wolfgang Schütze, Dietzenbach (8. 12. 1976), Inge Neudecker, Launsbach (13. 12. 1976), Friedrich Gerstberger, Flörsheim (8. 12. 1976), Marlene Beulich, Eschborn (6. 12. 1976), Lieselotte Majer-Leonhard, Kronberg (7. 12. 1976), Elke Linzbach, Bad Vilbel, Anita Knauff, Hochheim (beide 8. 12. 1976), Hermann Orazem, Holger Trapper, beide Hadamar (beide 13. 12. 1976), Dorothee Metz, Limburg (14. 12. 1976), Thomas Feindesen, Rüsselsheim (23. 11. 1976), Edith Scholz, Reichelsheim (15. 12. 1976), Heike Hähnel, Rüsselsheim (4. 11. 1976), Eberhard Spohr, Monika Reichwein (beide 13. 12. 1976), Botho Bogedan, sämtlich Hadamar (11. 12. 1976), Ulrike Koppe, Darmstadt (8. 12. 1976), Wilfried Kalbhenn, Friedberg (14. 12. 1976), Karin Heynold, Karben (29. 9. 1976), Kristina Müller, Schlüchtern (16. 12. 1976), Helga Glöckler (14. 12. 1976), Wiltrud Esser, beide Wiesbaden (13. 12. 1976), Heinz Kipp, Bad Nauheim (16. 12. 1976), Doris Reuber, Steinau (17. 12. 1976), Lothar Weigel, Eschenburg/Eibelshausen (10. 12. 1976), Dorothea Noeske, Fischbach, Monika-Maria Mühlfeld, Beerfelden (beide 15. 12. 1976), Ingrid Edeltraud Meier, Gräfenhausen (7. 12. 1976), Klaus-Dieter Leetz, Nidderau (15. 12. 1976), Jutta Kritz, Hanau (9. 12. 1976), Dagmar Kallweit, Großauheim (7. 12. 1976), Gerda Kallnik, Langenselbold (22. 12. 1976), Marianne Weber, Hochheim (15. 12. 1976), Gerd Reinheimer, Trebur (9. 12. 1976), Karla Müller, Wiesbaden (16. 12. 1976), Richard Pokoj, Hofheim (1. 12. 1976), Barbara Beisinghoff, Heusenstamm (18. 12. 1976), Erika Closhen-Schmitt, Rüdeshheim (23. 12. 1976), Diego Rieland, Frohnhausen (2. 11. 1976), Edith Thung, ABlar (14. 12. 1976), Christa Schäfer, Eppstein (18. 12. 1976), Rose Marie Berg, Urberach (16. 12. 1976), Ruth Hott, Borsdorf (18. 12. 1976), Hans-Uwe Sanders, Hünfelden-Dauborn (3. 1. 1977), Dorothea Chávez Pinto, Erbach (20. 12. 1976), Sigfrid Astheimer, Idstein (22. 12. 1976), Elisabeth Bastian, Limburg (31. 12. 1976), Burkhardt Türk, Limburg (10. 12. 1976), Günther Cox, Dornburg-Frickhofen, Marlene Heep, Waldbrunn-Hausen (beide 20. 12. 1976), Ursula Heiten, Naurod (15. 12. 1976), Ursula Schneider, Hünfelden-Dauborn (5. 1. 1977), Christel Schäfer, Birkenau (12. 11. 1976), Gerlinde Wunderer, Hattersheim (18. 5. 1976), Doris Klein, Limburg (11. 12. 1976), Sieglinde Gensch, Maintal 1 (25. 11. 1976), Horst Heinz, Nidderau (15. 10. 1976), Helga Mecking, Homberg (15. 9. 1976), Renate Röhrig, Limburg (29. 12. 1976), Elisabeth Cassel, Wetzlar (17. 12. 1976), Monika Hübschmann, Friedberg (31. 12. 1976), Inge Holler, Butzbach (24. 12. 1976), Jürgen Borta, Langenselbold (22. 12. 1976), Christa Dargel, Friedberg (26. 10. 1976), Ulrike Albrecht, Rüdeshheim (10. 1. 1977), Renate Hilger, Rüsselsheim (22. 12. 1976), Hans-Georg Bildesheim, Rüdeshheim (10. 1. 1977), Margit Gerbig, Dietzenbach (11. 1. 1977), Gertrud Fischbach, Rüdeshheim (12. 1. 1977), Siglinde Feldpausch, Offenbach (1. 1. 1977), Ingrid Althaus, Dillenburg (21. 12. 1976), Inge Geißler, Homberg (11. 1. 1977), Gerhild Dietz, Ranstadt (21. 12. 1976), Dagmar Grundmeyer, Bad Soden (11. 1. 1977), Renate Drawe, Heppenheim (10. 1. 1977), Ingrid Gölz, Heppenheim (3. 1. 1977), Helmut Bolduan, Steinau (23. 12. 1976), Joachim Sowislo, Langen, Roswitha el Mahmoud, Lauterbach (beide 11. 1. 1977), Klaus Schießer, Hasselroth (27. 12. 1976), Rolf Kube, Bad Homburg (10. 1. 1977), Sven-Olaf Dethlefsen, Hungen (1. 2. 1977), Elke Dorst, Bergen-Enkheim (10. 1. 1977), Hannelore Kristek, Büdingen (21. 12. 1976), Heidemarie Klasorsky, Hanau 8 (4. 1. 1977), Marlies Dächer, Friedberg (12. 1. 1977), Gudrun Wißenbach, Haiger (7. 1. 1977), Günther Jung, Ginsheim-Gustavsburg (10. 1. 1977), Günter Weighardt, Oestrich (18. 1. 1977), Hildegard May, Rüdeshheim (14. 1. 1977), Ines Hoffmann-Duyster, Weiterstadt (29. 12. 1976), Ingeborg Poensgen, Eschborn (8. 12. 1976), Sonngard Bröning, Hanau (13. 1. 1977), Gabriele Klaffenbach, Frohnhausen (7. 1. 1977), Albrecht Schwabe, Gießen (1. 2. 1977), Gisela Diedenhofen, Frankfurt (10. 12. 1967), Elke Bauer, Oberursel (11. 1. 1977), die Realschullehrerinnen (BaP), Brigitte Wagner-Christmann, Ginsheim (14. 10. 1976), Marianne Wolf, Ginsheim (28. 10. 1976);
- zu **Lehrern/innen** die Fachlehrer/in für musisch-technische Fächer (BaL) Dieter Korzeniewsky, Büdingen (1. 11. 1976), Annemarie Beckmann, Großauheim (27. 10. 1976), Jürgen Loll, Friedberg (18. 10. 1976), Dagobert Schaaf, Büdingen (1. 11. 1976);
- zu **Fachlehrern/innen f. musisch-technische Fächer (BaL)** die Fachlehrer/innen f. musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Elisabeth Tonn, Gießen (25. 11. 1976), Lieselotte Declarue, Zwingenberg (23. 11. 1976), Ingrid Schmehl, Schlüchtern (20. 11. 1976), Sonja Krapp, Urberach (19. 11. 1976), Adelheid Scholer, Dietzenbach (26. 11. 1976), Gabriele Fiedler, Frankfurt (29. 10. 1976), Günther Geysersbach, Wiesbaden-Biebrich (25. 10. 1976), Hannelore Spahn, Bad Schwalbach (26. 11. 1976), Annelie Käppel, Gernsheim (21. 9. 1976), Irene Stief, Heusenstamm (25. 11. 1976), Beate Stucki, Camberg (29. 11. 1976), Gabriele Zahn, Heusenstamm (2. 12. 1976), Monika Leykauf, Bensheim (5. 12. 1976), Helga Roßbach, Pfungstadt (7. 12. 1976), Dorothea Keiper-Balzer, Nieder-Roden (14. 12. 1976), Waltraud Feldmann, Taunusstein-Hahn (12. 11. 1976), Sigrun Alsleben, Hofheim (6. 12. 1976), Margarete Vlach, Worfelden (17. 12. 1976), Maria Radloff, Schwalbach (3. 12. 1976), Renate Posern, Wiesbaden (16. 12. 1976), Inge Stiehl, Krieffel (9. 12. 1976), Helga von Klitzing, Frankfurt (7. 12. 1976), Regina Müller, Offenbach (12. 11. 1976), Heide Dietrich, Kelsterbach (16. 12. 1976), Erika Püschel, Neu-Isenburg, Helma Spory, Wetzlar (beide 27. 12. 1976), Erika Platner, Wiesbaden (10. 1. 1977), Oswald Walter, Limburg (28. 12. 1976);
- zum/zu **Fachlehrer/innen (BaL)** Fachlehrer/in f. musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Wolfgang Weber, Oberursel (3. 12. 1976), Marianne Walter, Bruchköbel (6. 12. 1976), Fachlehrerin z. A. (BaP) Ursula Komma, Neu-Anspach (6. 12. 1976);
- zur **Fachlehrerin f. musisch-technische Fächer** Fachlehrerin für musisch-technische Fächer z. A. (BaP) Ursula Mahner, Frankfurt (26. 10. 1976);
- zur **Jugendleiterin im Schuldienst (BaL)** Jugendleiterin im Schuldienst z. A. (BaP) Ursula Rolandt, Frankfurt (18. 10. 1976);
- zur **Hauptlehrerin Lehrerin (BaL)** Ruth Moritz, Frankfurt (18. 11. 1976);
- zu **Realschullehrern/innen (BaL)** die Realschullehrer/innen z. A. (BaP) Norbert Moritz, Neu-Anspach (1. 2. 1977), Ernst-Ulrich Sonnenschein, Wallrabenstein (28. 10. 1976), Margret Hopf, Hanau (8. 12. 1976), Erhard Scheld, Hadamar (13. 12. 1976), Bärbel Belardi, Biebertal (1. 12. 1976), Roswitha Kurz, Königstein (22. 12. 1976), der/die Lehrer/innen z. A. (BaP) Manfred Schöneberger, Naurod (14. 9. 1976), Lucia Göb, Geisenheim (5. 10. 1976), Renate Schlag, Fischbach (6. 12. 1976), Inge Lediger, Ehringshausen (25. 11. 1976), Bärbel Sandmann, Wiesbaden (23. 9. 1976);
- zu **Lehrerinnen an einer Sonderschule** die Lehrerinnen (BaL) Doris Specht, Bad Schwalbach (30. 11. 1976), Heidemarie Amin-Madani, Butzbach (16. 11. 1976), Christa Kremer, Weckesheim (22. 11. 1976), Gotlind Kasper, Friedberg (6. 5. 1976);
- zu **Lehrern/innen an einer Sonderschule (BaL)** die Lehrer/innen an einer Sonderschule z. A. (BaP) Marie-Luise Künzel, Offenbach (25. 11. 1976), Carmen Busch, Offenbach (22. 11. 1976), Ursula Rehmann, Friedberg (9. 12. 1976), Marie-Luise Stamer, Erbach, Hans Dieter Hoppmann, Darmstadt (beide 8. 12. 1976), Klaus Völpel, Wiesbaden (10. 1. 1977);
- zum **Taubstummenoberlehrer (BaL)** Taubstummenoberlehrer z. A. (BaP) Bernhard Jäger, Friedberg (18. 10. 1976);
- zum **Direktor einer Sonderschule für Blinde oder Gehörlose mit Heim** Direktor einer Sonderschule für Blinde oder Gehörlose (BaL) Wilfried Decker, Camberg (26. 11. 1976);

zu **Konrektoren/innen** die Lehrer/innen (BaL) Hanna Sinn, Kronberg (1. 4. 1976), Gudrun Kresse, Mörfelden (11. 10. 1976), Adelgunde Rust, Hanau (1. 10. 1976), Dieter Feyh, Büdingen (30. 9. 1976), Burkhard Seyffert, Villmar 1 (1. 10. 1976);

zur **Konrektorin einer Grund- und Hauptschule** Lehrerin (BaL) Ruth Burgmann, Frankfurt/M.-Höchst (1. 10. 1976);

zum **Konrektor einer Sonderschule mit mindestens 10 Klassen** Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Thomas Krüger, Neu-Isenburg (1. 10. 1976);

zum **Realschulkonrektor als der ständige Vertreter des Leiters einer Realschule** Realschullehrer (BaL) Harald Bauer, Frankfurt (25. 11. 1976);

zum **Konrektor einer Haupt- und Realschule** Lehrer (BaL) Dieter Behrens, Wiesbaden (27. 10. 1976);

zu **Rektoren** Konrektor (BaL) Günther Muth, Leihgestern (28. 9. 1976), Realschullehrer (BaL) Reinhold Großmann, Kelsterbach (12. 10. 1976), Lehrer (BaL) Rainer Metzger, Butzbach (1. 10. 1976);

zu **Rektoren einer Grundschule** Lehrer (BaL) Heinrich Keutel, Hanau (28. 10. 1976), Konrektor einer Grund- und Hauptschule (BaL) Rolf Schlapp, Frankfurt, Konrektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Wilhelm Rose, Offenbach, Konrektor als ständiger Vertreter des Leiters einer Grundschule (BaL) Günter Plehn, Erbach, Hansulrich Schüppel, Beerfelden (sämtlich 30. 11. 1976);

zum **Rektor einer Grund- und Hauptschule** Konrektor einer Grund- und Hauptschule (BaL) Hans Engelmann, Offenbach (30. 11. 1976);

zu **Rektoren einer Haupt- und Realschule** Realschullehrer (BaL) Horst Schnur, Michelstadt (30. 11. 1976), Konrektor einer Haupt- und Realschule (BaL) Helmut Breitwieser, Darmstadt (26. 11. 1976);

zu **Rektoren einer Sonderschule** die Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Werner Binzen, Hofheim (26. 10. 1976), Reinhold Preiß, Schotten (9. 11. 1976), die Hauptlehrer an einer Sonderschule (BaL) Valentin Egon Horlebein, Beerfelden (30. 11. 1976), Georg Freiling, Bad König (24. 11. 1976);

zum **Pädagogischen Leiter einer Gesamtschule** Realschullehrer (BaL) Jürgen Wense, Groß-Gerau (27. 10. 1976);

zum **Rektor als ständiger Vertreter eines in der Besoldungsgruppe A 15 eingestuften Direktors einer Gesamtschule** Realschullehrer (BaL) Klaus Fischer, Taunusstein-Bleidenstadt (29. 11. 1976);

zur **Psychologierätin** Realschullehrerin (BaL) Dipl.-Psych. Anneliese Kunz, Neu-Isenburg (1. 12. 1976);

eingewiesen:

in die Bes.-Gruppe A 14 HBesG

Rektor einer Hauptschule (BaL) Erich Voigt, Frankfurt (1. 10. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Realschullehrerin (BaP) Hildegard Verhoff, Biebertal (8. 11. 1976), die Lehrerinnen (BaP) Felicitas Zinkand, Bad Orb (15. 11. 1976), Claudia Lenius, Mülheim (7. 12. 1976), Gisela Holz, Wiesbaden (23. 11. 1976), die Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer (BaP) Christel Calmano, Oberursel (4. 12. 1976), Sigrid Küster, Solms (1. 12. 1976);

in den Ruhestand getreten:

Lehrerin Anastasia Gerlinghaus, Pfungstadt (31. 1. 1977);

in den Ruhestand versetzt:

Schulamtsdirektor Paul Hellmuth Scherzer, Darmstadt (31. 12. 1976), Rektor als Ausbildungsleiter Rudolf Herbert Glaß, Heppenheim, Rektor Ernst Bernhard, Bremthal, Konrektor einer Sonderschule Gottfried Czuma, Offenbach, die Konrektoren Georg Pfannemüller, Langen, Walter Redert, Merkenbach, die Hauptlehrer Hermann Götz, Rothenberg, Heinrich Schneider, Leun (sämtlich 31. 1. 1977), die Realschullehrer Hans-Joachim Sallmann, Frankfurt (30. 11. 1976), Walter Keller, Darmstadt (31. 7. 1976), Klaus Hess, Gießen (31. 1. 1977), Realschulkonrektorin Dr. Herlinde Roeder, Frankfurt (31. 12. 1976), die Lehrer/innen Heinrich Burkhardt, Grebenhain (31. 7. 1976), Karoline Helene Lipenski,

Griesheim, Hans Adam, Dudenhofen (beide 31. 1. 1977), Richard Maurer, Rüsselsheim (30. 9. 1976), Friederike Glatow, Bad Orb (31. 1. 1977), Lydia Zdyb, Weilmünster (31. 10. 1976), Helene Orthmann, Frankfurt (31. 1. 1977), Friedrich Kopf, Waldmichelbach, Else Jörger, Friedberg-Fauerbach (beide 31. 7. 1976), Gunda Zahout, Offenbach (31. 1. 1977), Helene Zlotosch, Frankfurt (30. 11. 1976), Gustav Schiestl, Zotzenbach (31. 1. 1977);

entlassen:

die Lehramtsreferendare/innen Guendalina Müller, Heppenheim (30. 9. 1976), Elke Diefenbach, Flörsheim (30. 11. 1976), Armin Hoffmann, Frankfurt (14. 11. 1976), Christel Zuschlag, Atzbach (3. 12. 1976), Brigitte Schmid, Friedberg (31. 12. 1976), Michael Vollmer, Dillenburg (31. 8. 1976), Dietlind Doepp-Schubert, Wetzlar (26. 11. 1976), Christiane Rüdiger, Frankfurt (8. 12. 1976), Ulrike Morawek, Dillenburg (31. 1. 1977), Rosemarie Weigel, Wetzlar (31. 12. 1976), apl. Lehrerin Ingrid Pieper, Dieburg (31. 1. 1977), die Lehrerinnen z. A. Carola Hopf, Frankfurt (31. 10. 1976), Brigitte Vogel, Frankfurt (26. 11. 1976), Ingeborg Hübner-Hahn, Hattersheim (31. 7. 1976), Marita von Mettenheim, Wehrheim (31. 1. 1977), die Lehrerinnen Anke Drawert, Frankfurt (30. 9. 1976), Hildegard Lumpe, Offenbach (30. 11. 1976), Hedwig Rita Wagner, Darmstadt (28. 2. 1977), Hertha Bank, Frankfurt (31. 1. 1977), Realschullehrerin Anita Frel, Offenbach (31. 1. 1977), Lehrerin an einer Sonderschule z. A. Heike Grötsch, Gießen (14. 10. 1976).

Darmstadt, 27. 1. 1977

Der Regierungspräsident

VI 1 — 7 1 08 (1)

StAnz. 7/1977 S. 428

G. Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zu **Gewerberäten z. A. (BaP)** die techn. Angestellten Dipl.-Ing. Jörg Hagen, TÜA Darmstadt (9. 12. 1976), Dipl.-Ing. Alfred Ernst Karthäuser, TÜA Frankfurt (20. 12. 1976).

Darmstadt, 24. 1. 1977

Der Regierungspräsident

I 2 — 7 1 02/07 E

StAnz. 7/1977 S. 432

H. Im Bereich des Hessischen Sozialministers

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Gewerberat (BaL)** Gewerberat z. A. (BaP) Günter Kirchner, GAA Frankfurt (17. 12. 1976).

Darmstadt, 24. 1. 1977

Der Regierungspräsident

I 2 — 7 1 02/07 E

StAnz. 7/1977 S. 432

I. Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Baurat (BaL)** Baurat z. A. (BaP) Bernd Rolff (24. 12. 1976);

zum **Techn. Oberinspektor (BaL)** Techn. Oberinspektor z. A. (BaP) Ernst Dippel, WWA Wiesbaden (7. 12. 1976);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Inspektor (BaP) Rolf Wenicker (16. 12. 1976).

Darmstadt, 24. 1. 1977

Der Regierungspräsident

I 2 — 7 1 02/07 E

StAnz. 7/1977 S. 432

257

Verschiedenes

Bilanz zum 31. Dezember 1975 der

AKTIVA

HESSISCHEN BRANDVERSICHERUNGSKAMMER DARMSTADT

PASSIVA

	DM	DM	DM		DM	DM	DM
I. Kapitalanlagen				I. Offene Rücklagen			
1. Grundstücke und Grundstücksgleiche Rechte				gesetzliche Rücklage			
a) mit Geschäfts- und anderen Bauten	974 069,—			Stand 31. 12. 1974	12 505 975,52		
b) mit Wohnbauten	118 567,—			Zuweisung 1975	<u>2 198 200,04</u>	14 704 175,56	
c) ohne Bauten	5 153,—			Ia. Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 6 b EstG			21 857,—
d) mit unfertigen Bauten	<u>309,25</u>	1 098 098,25		II. Pauschalwertberichtigungen			
2. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		1 094,32		1. zu Kapitalanlagen	—,—		
3. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen		801 046,89		2. zu sonstigen Forderungen	<u>165 569,11</u>	165 569,11	
4. Schuldbuchforderungen gegen den Bund und die Länder		2 777 845,59		III. Versicherungstechnische Rückstellungen			
davon Ausgleichsforderungen: DM 2 770 765,59				1. Beitragsüberträge			
5. Beteiligungen		323 943,—		a) für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	—,—		
6. Wertpapiere und Anteile, soweit sie nicht zu anderen Posten gehören		9 121 885,05		davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>—,—</u>	—,—	
7. Festgelder, Termingelder und Spareinlagen bei Kreditinstituten		<u>—,—</u>	14 123 913,10	b) für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft	5 905,58		
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			1 181 673,71	davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>—,—</u>	5 905,58	
III. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an				2. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Versicherungsnehmer	53 221 672,56			a) für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	19 924 057,—		
2. sonstige	<u>—,—</u>	53 221 672,56		davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>3 189 198,—</u>	16 734 859,—	
IV. Andere Vermögensgegenstände				b) für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft	570,61		
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	224 691,—			davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	<u>—,—</u>	16 735 429,61	
2. Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben	87 326,06			3. Schwankungsrückstellung		10 090 949,45	
3. laufende Guthaben bei Kreditinstituten	370 981,21			4. sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		<u>—,—</u>	26 832 284,31
4. Zins- und Mietforderungen	129 482,13			IV. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			917 745,34
5. sonstige	<u>616 188,73</u>	1 428 669,13		V. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
V. Rechnungsabgrenzungsposten			214 445,39	1. Versicherungsnehmern		—,—	
VI. Bilanzverlust			<u>—,—</u>	2. sonstigen		<u>—,—</u>	—,—
				VI. Nichtversicherungstechnische Rückstellungen			
				1. Pensionsrückstellungen	12 291 354,—		
				2. sonstige Rückstellungen	<u>3 981 695,90</u>	16 273 049,90	
				VII. Andere Verbindlichkeiten			
				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	390 232,95		
				2. sonstige Verbindlichkeiten	<u>10 865 459,39</u>	11 255 692,34	
				VIII. Rechnungsabgrenzungsposten			—,—
				IX. Bilanzgewinn			<u>—,—</u>
			<u>70 170 373,89</u>				<u>70 170 373,89</u>

Darmstadt, 24. September 1976

Hessische Brandversicherungskammer
3b — 10/II

St.Anz. 7/1977 S. 433

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1975

Posten	gesamtes Versicherungsgeschäft		selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft Feuer-Gebäude-Versicherung (Pflicht und Monopol)		Sonstige Versicherungszweige des in Rückdeckung übernom- menen Versicherungsgeschäfts			
	DM	DM	DM	DM	DM	DM		
1. Beiträge einschließlich Nebenleistungen	50 928 743,53		49 030 247,44		1 898 496,09			
2. Rückversicherungsbeiträge	./.	12 219 574,27	./.	12 219 574,27	—	—		
3. Veränderung der Beitragsüberträge f. e. R.	./.	4 733,67	38 704 435,59	—	26 810 673,17	./.	4 733,67	1 893 782,43
4. sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.			10 359,69		10 359,69			—
	Zwischensumme 1	+	38 714 795,26		38 821 032,86		+	1 893 782,43
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle (einschließlich Schadenergänzungsaufwendungen) f. e. R.			17 107 215,34		16 051 218,45			1 855 996,89
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb davon ab: erhaltene Rückversicherungsprovisionen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	6 044 073,86				3 781 588,82			671 410,70
	1 791 074,26		4 252 999,52					
7. sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.			6 293 579,85		6 198 125,11			95 454,74
	Zwischensumme 2	+	11 061 000,57		10 790 100,48		+	270 900,98
8. Veränderung der Schwankungsrückstellung			./.	4 023 134,08				
	Zwischensumme 3	+	7 037 866,49					
9. Erträge aus Kapitalanlagen								
a) Erträge aus Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	153 379,76							
davon aus eigener Nutzung: DM 111 887,76								
b) Erträge aus Beteiligungen	7 150,88							
c) Zinsen und ähnliche Erträge	639 931,56							
d) Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen, aus Zuschreibungen und der Auflösung von Wertberichtigungen zu Kapitalanlagen	6 276,25		806 737,65					
10. Erträge aus der Herabsetzung bzw. Auflösung von								
a) nichtversicherungstechnischen Rückstellungen	—		—					
b) Sonderposten mit Rücklageanteil	—		—					
11. sonstige Erträge			24 620,67					
davon außerordentliche: DM 14 072,66								
	Zwischensumme 4	+	7 869 224,81					
12. Aufwendungen für Kapitalanlagen								
a) Abschreibungen und Wertberichtigungen	35 663,26							
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	—							
c) Verwaltungsaufwendungen und sonstige	244 689,34		260 352,59					
13. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			1 689 482,33					
14. sonstige Abschreibungen und Wertberichtigungen			103 618,66					
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen, soweit sie nicht zu Nummer 7 gehören			212 025,82					
16. Steuern								
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	3 213 423,52							
b) sonstige	37 231,80		3 250 655,32					
17. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil			—					
18. sonstige Aufwendungen			134 910,05					
19. Jahresüberschuß			+	2 198 200,04				
20. Entnahmen aus offenen Rücklagen:								
aus der gesetzlichen Rücklage			—					
21. Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen in die gesetzliche Rücklage			2 198 200,04					
22. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			—					

Die Zahlungen für die Altersversorgung betragen DM 1 066 312,33; in den nächsten fünf Jahren ist mit einer Erhöhung bis auf ca. 145% dieses Betrags zu rechnen.

Düsseldorf, 4. Oktober 1976

Dr. Wolfgang Heubaum
Wirtschaftsprüfer

258 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Verordnung über die Feststellung des Überschwemmungsgebietes im Bereich der Hochwasserrückhalteanlage Fürth-Ellenbach des Weschnitzverbandes, Sitz in Heppenheim, in der Gemarkung Fürth, Landkreis Bergstraße

Auf Grund des § 32 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110, 1386), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. 4. 1976 (BGBl. I S. 1109), in Verbindung mit §§ 70, 71, 72 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69, 177), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. 9. 1974 (GVBl. I S. 379), wird das Überschwemmungsgebiet im Bereich der Hochwasserrückhalteanlage Fürth-Ellenbach des Weschnitzverbandes, Sitz in Heppenheim, in der Gemarkung Fürth, Landkreis Bergstraße, festgestellt und dazu folgendes verordnet:

§ 1

Grenze bzw. Umfang des Überschwemmungsgebietes

Das Überschwemmungsgebiet erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkung Fürth:

Flur 5 Flurstücke Nrn. 8/5 (westlicher Teil), 8/6, 8/7, 8/8, 8/9, 8/10, 8/11, 8/12, 9/7 (südwestlicher Teil), 9/9, 9/23, 9/26, 9/27, 9/28, 9/29, 9/30, 9/31, 9/32, 9/33, 9/34, 9/35, 10/8, 10/10, 11/2, 11/3, 13/3 (westlicher Teil), 14/1 (südlicher Teil), 14/2, 14/3, 17/4 (östlicher Teil), 18/1 (östlicher Teil), 18/2 (östlicher Teil), 18/3 (östlicher Teil), 19/2 (östlicher Teil), 19/3, 19/4, 19/5, 19/6, 21/1 (östlicher Teil), 21/2 (östlicher Teil), 21/4, 21/5, 21/6 (südöstlicher Teil), 22/3, 22/4, 22/5, 22/6, 23/4, 23/6, 23/7, 23/8, 23/9, 23/10, 23/12, 23/13, 24/1, 24/2, 26/1 (nordwestlicher Teil), 26/2 (nördlicher Teil), 26/4 (teilweise), 26/6, 26/10, 26/11, 44/3 (nördlicher Teil), 45 (östlicher Teil), 47 (südöstlicher Teil), 48 (südlicher Teil), 49/1 (östlicher Teil), 49/2 (südöstlicher Teil), 51/3 (nordöstlicher Teil) und 58/8 (östlicher Teil).

Die Grenze des Überschwemmungsgebietes ergibt sich aus den dazugehörigen Plänen (Übersichtsplan i. M. 1 : 10 000 und Katasterplan i. M. 1 : 1000).

§ 2

In dem Überschwemmungsgebiet dürfen nur mit Genehmigung der unteren Wasserbehörde

- a) die Erdoberfläche erhöht oder vertieft,
- b) über die Erdoberfläche hinausragende Anlagen (z. B. Vieh- und Schutzhütten, Weidezäune) hergestellt, erweitert oder verlegt,
- c) Baum- und Strauchpflanzungen angelegt, erweitert oder beseitigt werden.

§ 3

1. In dem Überschwemmungsgebiet dürfen die Grundstücke nur als Grünland mit Dauergrasnarbe genutzt werden.
2. In dem Überschwemmungsgebiet bedürfen
 - a) jede Änderung der in Ziffer 1 genannten Nutzungsart von Grundstücken,
 - b) das Lagern von Stoffen (z. B. Holz, Sand, Steine, Abfall),
 - c) das Lagern von Gegenständen, die den Hochwasserabfluß beeinträchtigen können (z. B. Boote, Netze, Reusen),
 - d) das Entnehmen von Bodenbestandteilen,
 der vorherigen Genehmigung der unteren Wasserbehörde.

§ 4

Weitergehende gesetzliche Bestimmungen und deren Ausführungsbestimmungen bleiben unberührt.

§ 5

Bei behördlichen Genehmigungen für den Bereich des vorgenannten Überschwemmungsgebietes sind die besonderen Bestimmungen dieser Verordnung zu beachten.

Der Landrat des Landkreises Bergstraße als untere Wasserbehörde hat die Durchführung dieser Verordnung, unbeschadet anderer gesetzlicher Zuständigkeiten, zu überwachen.

§ 6

Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung können gemäß § 116 Abs. 1 Ziffer 17a und Absatz 2 des Hessischen Wassergesetzes mit einer Geldbuße bis zu 10 000,— DM geahndet werden.

§ 7

Diese Verordnung mit Anlagen kann eingesehen werden bei:

1. dem Regierungspräsidenten in Darmstadt, Wasserrechtsdezernat, 6100 Darmstadt, Rheinstr. 62,
2. dem Landrat des Landkreises Bergstraße, untere Wasserbehörde, 6148 Heppenheim,
3. dem Kreis Ausschuss des Landkreises Bergstraße, Bauaufsichtsbehörde, 6148 Heppenheim,
4. dem Wasserwirtschaftsamt Darmstadt, 6100 Darmstadt, Neckarstr. 4,
5. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt, 6200 Wiesbaden, Aarstr. 1.

§ 8

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 19. 1. 1977

Der Regierungspräsident
gez. Dr. Wierscher

StAnz. 7/1977 S. 435

259

Benennung von Gemeindeteilen

Auf Grund des § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) erhält das Gebiet der früheren Gemeinde Obernhain in der Gemeinde Wehrheim, Hochtaunuskreis, die Bezeichnung „Ortsteil Obernhain“.

Darmstadt, 26. 1. 1977

Der Regierungspräsident
II 1 a — 3 k 02/05

StAnz. 7/1977 S. 435

260

Vorhaben der Firma Hoechst AG, Frankfurt am Main

Die Firma Hoechst AG, Werk Griesheim, Stroofstraße 27, 6000 Frankfurt a. M. 83, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und Betrieb der 3. Anlage zur Herstellung von Dimethylharnstoff auf dem Grundstück in Frankfurt-Griesheim, Flur 14, Flurstück 35/3, Grundbuch Gemarkung Frankfurt-Griesheim, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 15 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert am 25. 5. 1976 (BGBl. I S. 1253), i. V. m. § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Anordnung zur Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 24. 10. 1974 (GVBl. I S. 485) i. d. F. vom 19. 1. 1976 (GVBl. I S. 28) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Der Antrag, die Pläne und sonstige Unterlagen liegen gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG zwei Monate, und zwar vom 15. Februar 1977 bis zum 15. April 1977 einschließlich, während der üblichen Dienststunden beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310, zur Einsicht offen.

Gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung innerhalb der Auslegungsfrist vom 15. Februar 1977 bis zum 15. April 1977 bei der Auslegungsstelle oder beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen. Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen *privatrechtlichen* Titeln beruhen.

Als Erörterungstermin, an dem die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben von Personen, die Einwendungen erhoben haben oder des Antragstellers, erörtert werden, wird der 28. April 1977, 10.00 Uhr, bestimmt. Er findet in Mainzer Landstr. 323, 6000 Frankfurt a. M., Kleiner Kinosaal, statt.

Ich weise gemäß § 10 Abs. 4 Ziffer 4 BImSchG darauf hin, daß die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 18. 1. 1977

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — FWG-145
St.Anz. 7/1977 S. 435

261

Vorhaben der Firma Kalle, Niederlassung der Hoechst AG, Wiesbaden-Biebrich

Die Firma Kalle, Niederlassung der Hoechst AG, 6202 Wiesbaden-Biebrich, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Herstellung von Reversmose-Membranen auf dem Grundstück in Wiesbaden-Biebrich, Flur 37, Flurstück 72/3, Grundbuch Gemarkung Wiesbaden-Biebrich, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert am 25. 5. 1976 (BGBl. I S. 1253), i. V. m. § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Anordnung zur Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 24. 10. 1974 (GVBl. I S. 485) i. d. F. vom 19. 1. 1976 (GVBl. I S. 28) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Der Antrag, die Pläne und sonstige Unterlagen liegen gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG zwei Monate, und zwar vom 15. Februar 1977 bis zum 15. April 1977 einschließlich, während der üblichen Dienststunden beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310, zur Einsicht offen.

Gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung innerhalb der Auslegungsfrist vom 15. Februar 1977 bis zum 15. April 1977 bei der Auslegungsstelle oder beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen. Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Als Erörterungstermin, an dem die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben von Personen, die Einwendungen erhoben haben oder des Antragstellers, erörtert werden, wird der 28. April 1977, 10.00 Uhr, bestimmt. Er findet in Bahnhofstr. 41, Wiesbaden, 4. Stock, Zimmer 49, statt.

Ich weise gemäß § 10 Abs. 4 Ziffer 4 BImSchG darauf hin, daß die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 18. 1. 1977

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 — Kalle (36)
St.Anz. 7/1977 S. 436

262

Vorhaben der Firma W. Gail'sche Tonwerke KGaA, Lahn-Gießen

Die Firma W. Gail'sche Tonwerke KGaA, Erdkauter Weg 40-50, 6300 Lahn-Gießen, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur Errichtung und Betrieb des Tunnelofens 15 (TO 15) im Werk 5 auf den Grundstücken in Gießen, Flur 11, Flurstück 20/1 und 20/2, Grundbuch Gemarkung Gießen, gestellt.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 4 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15. 3. 1974 (BGBl. I S. 721), zuletzt geändert am 25. 5. 1976 (BGBl. I S. 1253), i. V. m. § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Anordnung zur Regelung von Zuständigkeiten für genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem BImSchG vom 24. 10. 1974 (GVBl. I S. 485) i. d. F. vom 19. 1. 1976 (GVBl. I S. 28) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Der Antrag, die Pläne und sonstige Unterlagen liegen gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG zwei Monate, und zwar vom 15. Februar 1977 bis zum 15. April 1977 einschließlich, während der üblichen Dienststunden beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, Zimmer 310, zur Einsicht offen.

Gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG wird dieses Vorhaben hiermit öffentlich bekanntgemacht mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen mit Begründung innerhalb der Auslegungsfrist vom 15. Februar 1977 bis zum 15. April 1977 bei der Auslegungsstelle oder beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, schriftlich oder zu Protokoll vorzubringen. Mit Ablauf dieser Frist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Als Erörterungstermin, an dem die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben von Personen, die Einwendungen erhoben haben oder des Antragstellers, erörtert werden, wird der 3. Mai 1977, 10.00 Uhr, bestimmt. Er findet in Berliner Platz 1, 6300 Lahn-Gießen, Stadthaus, Zimmer 219, statt.

Ich weise gemäß § 10 Abs. 4 Ziffer 4 BImSchG darauf hin, daß die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 20. 1. 1977

Der Regierungspräsident
IV 5 — 53 e 201 —
Gail'sche Tonwerke (23)
St.Anz. 7/1977 S. 436

263

Verordnung über die Bestimmung von Ortsmittelpunkten gemäß § 2 Abs. 2 und 3 Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) für die Landeshauptstadt Wiesbaden

Auf Grund des § 2 Abs. 4 GüKG in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. 8. 1975 (BGBl. I S. 2132) und der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem GüKG vom 9. 12. 1975 (GVBl. I S. 281), geändert durch Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem GüKG vom 9. 11. 1976 (GVBl. I S. 437), wird verordnet:

§ 1

Für die Landeshauptstadt Wiesbaden werden folgende Ortsmittelpunkte gemäß § 2 Abs. 2 und 3 GüKG bestimmt:

Stadtteil	Ortsmittelpunkt	Koordinaten
Bezirk I Naurod	altes Rathaus	r 34 50 120
		h 55 55 680
Bezirk II Mainz-Kostheim	Ortsverwaltung altes Rathaus	r 34 50 310
		h 55 40 640
Bezirk III Delkenheim	altes Rathaus	r 34 54 320
		h 55 45 890
Bezirk IV Frauenstein	kath. Kirche	r 34 39 457
		h 55 48 011

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Darmstadt, 18. 1. 1977

Der Regierungspräsident
gez. Dr. Wierscher
St.Anz. 7/1977 S. 436

264

KASSEL

Verordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes in der Stadt Kassel vom 14. Januar 1977

Auf Grund des Art. 297 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) in Verbindung mit § 1 der Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Art. 297 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 5. August

1975 (GVBl. I S. 195) wird zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes verordnet:

§ 1 Verbot der Prostitution

(1) In dem in Absatz 2 näher bezeichneten Gebiet der Stadt Kassel (Sperrbezirk 1) ist es verboten, der Prostitution nachzugehen.

(2) Der Sperrbezirk 1 wird wie folgt begrenzt: Altmarkt — Kurt-Schumacher-Straße — Lutherstraße — Werner-Hilpert-Straße — Hauptbahnhof einschl. der Zufahrtsstraße zur Güterabfertigung und zur Postabfertigung sowie einschl. des Bahnhofsvorplatzes — Kurfürstenstraße — Scheidemannplatz — Kölnische Straße — Königsplatz — An der Garnisonkirche — Oberste Gasse — Steinweg — Marställer Platz — Brüderstraße — Altmarkt.

§ 2 Verbot der Straßenprostitution

(1) In dem in Absatz 2 näher bezeichneten Gebiet der Stadt Kassel (Sperrbezirk 2) ist es verboten,

1. auf den darin befindlichen öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen,
2. in den darin befindlichen Anlagen und
3. an sonstigen Orten, die von den unter Nr. 1 und 2 genannten Flächen aus eingesehen werden können,

der Prostitution nachzugehen.

(2) Der Sperrbezirk 2 wird wie folgt begrenzt: Tischbeinstraße — Kohlenstraße — Kirchweg — Aschrottstraße — Luftlinie bis Wolfhager Straße einschl. Drei Brücken — Wolfhager Straße bis Mombachbrücke — Mombachstraße ab Mombachbrücke — Holländische Straße — Eisenschmiede — Am Fasannenhof — Fuldatalstraße — Ostring — Franzgraben bis zur Fulda — Fulda bis zur Hafenbrücke — Scharnhorststraße — Dresdener Straße — Platz der Deutschen Einheit — Leipziger Straße — Kaufunger Straße — Jahnstraße — Arndtstraße — Blücherstraße — Drahtbrücke — südwestliche Randstraße der Hessenkampfbahn — An der Karlsaue.

(3) Die in Absatz 2 genannten Straßen und Plätze einschl. Bürgersteige sind Teile des Sperrbezirks, soweit sie ihn begrenzen.

(4) Das Verbot gilt nicht für folgende Straßenteile einschl. Bürgersteige:

1. Wolfhager Straße von der Hoffmann-von-Fallersleben-Straße (ausschließlich) bis zur Reuterstraße (ausschließlich),
2. Westring von der Wolfhager Straße bis zum Straßenknick (ca. 100 m vor der Einmündung in die Holländische Straße),
3. Schillerstraße von der Bundesbahn-Rampenstraße bis zur Brandaustraße.

§ 3 Inkrafttreten, Aufhebung von Rechtsvorschriften

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Verordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes in der Stadt Kassel vom 27. April 1964 (St.Anz. S. 702) außer Kraft.

Kassel, 14. 1. 1977

Der Regierungspräsident
gez. Dr. Vilmar

St.Anz. 7/1977 S. 436

265

Verordnung zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes in der Gemeinde Twistetal vom 14. Januar 1977

Auf Grund des Art. 297 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469) in Verbindung mit § 1 der Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen auf Grund des Art. 297 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 5. August 1975 (GVBl. I S. 195) wird zum Schutze der Jugend und des öffentlichen Anstandes verordnet:

§ 1 Verbot der Prostitution

Im Gebiet der Gemeinde Twistetal ist es verboten, der Prostitution nachzugehen.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Kassel, 14. 1. 1977

Der Regierungspräsident
gez. Dr. Vilmar

St.Anz. 7/1977 S. 437

266

Einziehung von Teilstrecken der Kreisstraße 6 in der Gemarkung Wohra der Gemeinde Wohratal, Landkreis Marburg-Biedenkopf, Regierungsbezirk Kassel

Nach Verkehrsübergabe der Neubaustrecke im Zuge der Kreisstraße 6 sind die in der Gemarkung Wohra der Gemeinde Wohratal im Landkreis Marburg-Biedenkopf, Regierungsbezirk Kassel, gelegenen alten Teilstrecken der Kreisstraße 6

von km 0,103 alt

bis km 0,215 alt (bei km 15,378 der L 3087 neu) = 0,112 km und

von km 0,380 alt (bei km 15,213 der L 3087 neu)

bis km 0,490 alt (bei km 0,490 der K 6 neu) = 0,110 km

für den öffentlichen Verkehr entbehrlich geworden und werden mit Wirkung vom 1. Februar 1977 eingezogen (§ 6 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift bei der Behörde des Regierungspräsidenten in Kassel, Steinweg 6, 3500 Kassel, Widerspruch erhoben werden. Es ist tunlich, den Widerspruch zu begründen und einen bestimmten Antrag zu stellen.

Kassel, 4. 1. 1977

Der Regierungspräsident
III/4 a — 66 k 04-01 B/4

St.Anz. 7/1977 S. 437

Buchbesprechungen

Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (besprochen in St.Anz. 1977 S. 71).

In der o. a. Besprechung ist versehentlich der letzte Absatz unvollständig abgedruckt worden; er muß wie folgt lauten:

„Ungeachtet solcher gerade im Anfangsstadium der Anwendung von Rechtsvorschriften oft nicht sofort eindeutig zu klärender Auffassungen stellt die Broschüre für alle Benutzer ein gutes Hilfsmittel zum Verständnis und zur Anwendung der TA Luft dar.“

Die Redaktion

Strafvollzug in der Praxis. Eine Einführung in die Probleme und Realitäten des Strafvollzuges und der Entlassenenhilfe. Hrsg. Hans-Dieter Schwind und Günter Blaue. 1976, XXXII, 447 S., 38,— DM. Verlag Walter de Gruyter & Co., 1000 Berlin.

Der vorliegende Sammelband, der die gegenwärtige Praxis des Strafvollzuges in der Bundesrepublik Deutschland beschreibt und erläutert, entspricht der inhaltlichen Gliederung nach einer systematischen Einführung in die Strafvollzugskunde. Die exemplarischen Einzeldarstellungen schließen sich dabei zu einem Überblick der Geschichte und des „Phänomens Strafvollzug“ in der konkreten Vielfalt seiner inneren Struktur zusammen. Insgesamt konnten 51 Beiträge gewon-

nen werden, vornehmlich anerkannte Vollzugspraktiker aller Fachbereiche aus den Vollzugsanstalten und Aufsichtsbehörden, darunter einige namhafte Wissenschaftler, die aus der Vollzugsarbeit hervorgegangen sind, aber auch Richter und Verurteilte selbst kommen zu Wort.

Den Herausgebern ist zuzugeben, „daß der Band in seiner unvermeidlichen Widersprüchlichkeit ein lebensnahes Panorama dieses offenbar noch auf lange Zeit notwendigen Übels Strafvollzug mit allen seinen Spannungen, seiner Dynamik und seinen Frustrationen abzeichnet und darüber hinaus viele bisher nicht griffbereite Informationen vermittelt“. Dabei werden in vielen Beiträgen, die mit dem Strafvollzugsgesetz vom 16. 3. 1976 (BGBl. I S. 581) am 1. 1. 1977 in Kraft getretenen neuen gesetzlichen Bestimmungen weitgehend berücksichtigt.

Sieht man von den für Sammelwerke dieser Art üblichen Unterschieden in der inhaltlichen Qualität und sprachlichen Präsentation ab, dann ist diese sehr lebendige Darstellung über die Aus- und Fortbildung der Bediensteten im Vollzug hinaus auch für Studierende und allen am Vollzug Interessierten nur zu empfehlen und sicherlich einem herkömmlichen, einführenden Lehrbuch vorzuziehen.

Ltd. Regierungsdirektor K i m p e l

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1977

MONTAG, 14. FEBRUAR 1977

Nr. 7

Güterrechtsregister

695

73 GR 13476: Renter Kurt Louis Huppke und Maria, geborene Freitag, Frankfurt am Main:

Durch Ehevertrag vom 4. April 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13477: Kaufmann Hermann Kloppmann und Gertrud, geborene Geil, Frankfurt am Main:

Durch Ehevertrag vom 11. November 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13478: Arbeiter Louis Brumm und Elsa, geborene Held, Frankfurt am Main:

Durch Ehevertrag vom 11. Oktober 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13479: Technischer Angestellter Ralf Martin Nothbaum und Marianne, geborene Becker, Frankfurt am Main:

Durch Ehevertrag vom 29. November 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13480: Bäckermeister Peter Huck und Ursula, geborene Kloppmann, Frankfurt am Main:

Durch Ehevertrag vom 11. November 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 13481: Friseurmeister Johannes Heinze und Alice, geborene Motz, Frankfurt am Main:

Durch Ehevertrag vom 11. Oktober 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

6000 Frankfurt am Main, 2. 2. 1977
Amtsgericht, Abt. 73

696

5 GR 1524 — 29. 12. 1976: Industriekaufmann Günter Müller und Ehefrau Helma Johanna Müller, geb. Hosenfeld, in Hofbieber-Niederbieber.

Durch notariellen Vertrag vom 6. 9. 1976 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

5 GR 1525 — 14. 1. 1977: Datenverarbeitungsorganisator Friedrich Wilhelm Fricke und Renate Fricke, geb. Berens, beide Fulda.

Durch notariellen Vertrag vom 10. 11. 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

5 GR 1526 — 14. 1. 1977: Sparkassenangestellter Winfried Plappert und Helga Plappert, geb. Hojer, beide in Fulda-Kohlhaus.

Durch notariellen Vertrag vom 15. 12. 1976 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut.

5 GR 1527 — 14. 1. 1977: Postbeamter Klaus Schwab und Renate Schwab, geb. Sippel, beide in Petersberg.

Durch notariellen Vertrag vom 16. 12. 1976 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut.

6400 Fulda, 3. 2. 1977

Amtsgericht, Abt. 5

697

41 GR 1553 — 28. 12. 1976: Kaufmann Hans Georg Schaffrath und Lieselotte Emilie, geb. Hildebrandt, Hanau 7.

Durch Vertrag vom 16. August 1976 ist der Güterstand der Gütertrennung aufge-

hoben und der gesetzliche Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft vereinbart.

6450 Hanau, 12. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 41

698

41 GR 1559 — 7. 1. 1977: Kaufmann Rudi Lang und Sonja, geb. Lischer, in Bruchköbel 4, haben durch Vertrag vom 30. 11. 1976 Gütertrennung vereinbart.

6450 Hanau, 17. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 41

699

GR 673 A — 28. 10. 1976: Mihm, Hans, Buchdruckereibesitzer in Kassel, und Elisabeth, geb. Klahold.

Durch Vertrag vom 7. September 1976 ist die Gütertrennung aufgehoben. Die Ehegatten leben im gesetzlichen Güterstand.

GR 1066 A — 6. 10. 1976: Helmut Hildebrandt, Fahrtschullehrer, Kassel, und Veronika, geb. Baumgarten.

Durch Vertrag vom 1. September 1976 ist der Gütertrennungsvertrag vom 28. März 1963 aufgehoben.

GR 1213 A — 5. 11. 1976: von Könemann, Helmuth, kaufm. Angestellter, Kassel, und Irmgard, geborene Krause.

Durch Vertrag vom 28. September 1976 ist die Gütertrennung aufgehoben. Die Ehegatten leben im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft.

GR 1736 — 19. 10. 1976: Mende, Jürgen Kurt, Kaufmann, Kassel, und Helga, geb. Jung.

Durch Vertrag vom 22. März 1976 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen.

GR 1736 A — 19. 10. 1976: Graf, Tilo Bringfried, Gastwirt, Kassel, und Monika, geb. Klein.

Gütertrennung durch Vertrag vom 21. September 1976.

GR 1737 — 7. 11. 1976: Schwarzdamm, Manfred Theodor, Drogist, Kassel, und Irmgard, geb. Schäfer.

Gütertrennung durch Vertrag vom 30. September 1976.

GR 1737 A — 23. 11. 1976: Cuntze Dietrich-Eckart, Hotelkaufmann, Kassel, und Ehefrau Luise, geb. Kraschewski.

Gütertrennung durch Vertrag vom 12. August 1976.

GR 1738 — 23. 11. 1976: Fischer, Horst, Kaufmann, Kassel, und Mechthild, geb. Blaak.

Gütertrennung durch Vertrag vom 4. Oktober 1976.

GR 1738 A — 26. 11. 1976: Scheyhing, Kurt Oskar, Kaufmann, Niestetal-Sandershausen, und Anna Martha, geb. Momberg.

Gütertrennung durch Vertrag vom 21. Oktober 1976.

GR 1739 — 26. 11. 1976: Jaspers, Ralph Peter, Kraftfahrer, Kassel, und Rosel, geb. Eckhardt.

Gütertrennung durch Vertrag vom 28. Oktober 1976.

GR 1739 A — 26. 11. 1976: Klßing, Rolf-Dieter, Steuerberater, Diplom-Kaufmann, Kassel, und Brigitte Betti Luise, geb. Köhler.

Gütertrennung durch Vertrag vom 26. August 1976.

GR 1740 — 30. 11. 1976: Herwig Ernst Werner, Fernmeldehandwerker, und Christina, geb. Schröder, Kassel.

Gütertrennung durch Vertrag vom 4. November 1976.

GR 1740 A — 20. 12. 1976: Brasch, Torsten, Ewerführer, und Erika, geb. Pfalzgraf, Kassel.

Gütertrennung durch Vertrag vom 20. Oktober 1976.

GR 1741 — 20. 12. 1976: Borchert, geb. Billerbeck, Adolf Günter, techn. Angestellter, Vellmar 3, und Marlis.

Gütertrennung durch Vertrag vom 20. September 1976.

GR 1741 A — 30. 12. 1976: Besteck, Horst Kurt Ernst Nikolaus, Kaufmann, Kassel, und Erika, geb. Brill.

Gütertrennung durch Vertrag vom 16. November 1976.

GR 1742 — 30. 12. 1976: Döring, Rainer Georg Karl-Heinz, Kaufmann, Kassel, und Brita Agnes, geb. Sachtleben.

Gütertrennung durch Vertrag vom 24. November 1976.

GR 1742 A — 30. 12. 1976: Megner, Erwin Manfred, Kfz-Mechanikermeister, Kaufungen I, und Marie Margret, geb. Sehr.

Gütertrennung durch Vertrag vom 15. Juni 1976.

GR 1743 — 11. 1. 1977: Reckert, Lothar, Handelsvertreter und Marianne Netanel-Reckert, geb. Grohn, Kassel.

Gütertrennung durch Vertrag vom 18. November 1976.

GR 1743 A — 11. 1. 1977: Fenske, Sieghard Gerd Klaus, Kraftfahrzeugmechaniker, Vellmar 1, und Christa Brigitte, geb. Becker.

Gütertrennung durch Vertrag vom 29. Mai 1970.

GR 1744 — 11. 1. 1977: Widemann, André Fritz Mathias, Steuerberater, Kassel, und Heidemarie Ilse Margot, geb. Götte.

Gütertrennung durch Vertrag vom 26. November 1976.

GR 1744 A — 11. 1. 1977: Seebach, Wolfgang, Kaufmann, und Heidi, geb. Eckhardt, Kassel.

Gütertrennung durch Vertrag vom 13. November 1972.

GR 1745 — 11. 1. 1977: Laurent, Gerd, Kaufmann, Kassel, und Helga Ingeborg, geb. Thomas.

Gütertrennung durch Vertrag vom 17. Dezember 1976.

GR 1745 A — 13. 1. 1977: Rauhaus, Kurt Dieter, Gastwirt, Baunatal 6, und Irmhilde Elfriede, geb. Sachelli.

Gütertrennung durch Vertrag vom 2. Dezember 1976.

GR 1746 — 18. 1. 1977: Wenzel, Horst, Kaufmann, und Helga, geb. Haak, Kassel.

Gütertrennung durch Vertrag vom 30. September 1976.

GR 1746 A — 18. 1. 1977: Most, Klaus-Dieter, Gastwirt, Helsa-Eschenstruth, und Heidrun, geb. Töngl.

Gütertrennung durch Vertrag vom 8. Dezember 1976.

3500 Kassel, 1. 2. 1977

Amtsgericht

700

GR IV Nr. 186 — Neueintragung: Die Eheleute Karlheinz Heilmann, Kfz-Meister, und Gisela, geb. Schäfer, wohnhaft Bahnhofstraße 28, Bad König, haben durch Vertrag vom 18. November 1976 Gütertrennung vereinbart.

6120 Michelstadt, 1. 2. 1977

Amtsgericht

701

GR 4385 — Neueintragung — 2. 2. 1977: Eheleute Helmut Heribert Böhm und Gisela Margarete, geb. Gebler, Neu-Isenburg. Der Ehemann hat das Recht der Ehefrau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

6050 Offenbach am Main, 2. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 5

702

GR 205 — Neueintragung: Kfz-Mechaniker Christian Kapala und Sekretärin Monika Kapala, geb. Klimek, Johannes-Lutz-Straße 8, 6483 Bad Soden-Salmünster:

Durch Vertrag vom 31. Dezember 1976 ist Gütertrennung vereinbart.

6490 Schlüchtern, 1. 2. 1977

Amtsgericht

Vereinsregister

703

Verein Bürgerstiftung Darmstadt e. V. Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 21. 1. 1977 ist der Verein Bürgerstiftung Darmstadt e. V. aufgelöst worden.

Zu Liquidatoren wurden die Herren 1. Fabrikant Horst Ott, Dieburger Str. 150, 6100 Darmstadt, 2. Obermagistratsrat a. D., Otto Page, Mathildenstraße 19, 6100 Darmstadt, bestellt.

Alle Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen unter Ausschluß des Rechtsweges innerhalb des Liquidationsjahres bei den Liquidatoren geltend zu machen.

6100 Darmstadt, 21. 1. 1977

Die Liquidatoren:
Horst Ott
Otto Page

704

Neueintragungen mit dem Sitz in Frankfurt am Main:

73 VR 6960 — 7. 1. 1977: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Klubarbeit.

73 VR 6972 — 14. 1. 1977: Initiative alleinerziehender Frauen.

73 VR 6973 — 14. 1. 1977: Interessengemeinschaft Frankfurter Sportvereine.

73 VR 6974 — 14. 1. 1977: Verein der Freunde und Förderer der Goldsteinschule.

73 VR 6975 — 18. 1. 1977: Jazz-Club „Podium“.

73 VR 6922 — 19. 10. 1976: Vereinsring Bergen-Enkheim, Sitz: Bergen-Enkheim.

73 VR 4162 — 26. 1. 1977: Bundesverband jüdischer Gewerbetreibender, Industrieller und Angehöriger freier Berufe, Sitz:

Frankfurt am Main: Der Verein ist aufgelöst.

73 VR 4355 — 7. 1. 1977: Studienbüro für politische Bildung, Sitz: Frankfurt am Main: Aufgelöst zum 30. Juni 1976.

73 VR 5207 — 25. 1. 1977: Bundesverband gerichtlich zugelassener Sozialversicherungs- und Rentenberater, Sitz: Frankfurt am Main: Der Verein ist aufgelöst.

6000 Frankfurt am Main, 2. 2. 1977

Amtsgericht, Abt. 73

705

5 VR 687 — 14. 12. 1976: Vogelschutz und Vogelliebhaber Verein „Florenberg“ in Künzell/OT. Engelhelms.

5 VR 688 — 16. 12. 1976: Islamischer Verein in Fulda und Umgebung in Fulda.

6400 Fulda, 3. 2. 1977

Amtsgericht

706

41 VR 737 — Neueintragung — 28. 1. 1977: Arbeitskreis Integrierte Gesamtschule e.V., Sitz: Hanau.

6450 Hanau, 28. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 41

707

41 VR 736 — Neueintragung — 28. 1. 1977: Vogel- und Naturschutzverein 6451 Rodenbach e. V., Sitz: Rodenbach.

6450 Hanau, 28. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 41

708

41 GR 1558 — 7. 1. 1977: Rechtspfleger Wilfried Harald Mangold und Heidemarie, geb. Losert, in Maintal 1, haben durch Vertrag vom 9. 11. 1976 Gütertrennung vereinbart.

6450 Hanau, 17. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 41

709

VR 330 — Neueintragung — 2. Februar 1977: Spielvereinigung Seilhofen/Rodenberg 1968. Sitz: Greifenstein-Rodenberg. Die Satzung ist am 28. Oktober 1976 erichtet.

6348 Herbhorn, 2. 2. 1977

Amtsgericht

710

VR 1291 — 11. 1. 1977: Nordhessischer Lohnsteuerhilfeverein, Kassel.

Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 17. September 1976 ist der Verein aufgelöst.

VR 1400 — 8. 12. 1976: FC Viktoria 1949 Kassel-Bettenhausen, Sitz Kassel.

VR 1401 — 8. 12. 1976: Verein der Familien von Nathusius und Nathusius, Sitz Kassel.

VR 1402 — 14. 12. 1976: TÜRKISCHER KULTUR VEREIN, KASSEL, Sitz Kassel.

VR 1403 — 20. 12. 1976: Rot-Weiß-Gelb Fuldata, Sitz Fuldata.

VR 1404 — 23. 12. 1976: Förderverein Jazz, Sitz Kassel.

VR 1405 — 23. 12. 1976: Anthroposophisches Zentrum Kassel, Sitz Kassel.

VR 1407 — 28. 12. 1976: Das Haus des Betens für die Welt, Sitz Niestetal 1.

VR 1408 — 11. 1. 1977: Spielgemeinschaft Tennis Helsa, Sitz Helsa.

VR 1409 — 11. 1. 1977: Sportschützenverein Martinshagen 1957, Sitz Schauenburg 4. 3500 Kassel, 1. 2. 1977

Amtsgericht

711

VR 870: Der Verein „Verein zur Förderung der deutsch-französischen Freundschaft Biebertal 1“ in Biebertal 1, ist heute unter Nr. 870 in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Wetzlar eingetragen worden. Die Satzung ist am 2. April 1976 erichtet.

6330 Wetzlar, 31. 1. 1977

Amtsgericht

Vergleiche — Konkurse

712

10/74: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der BFB Bierwürzkonzentratfabrik Bebra GmbH & Co. KG — Betriebskommanditgesellschaft — in Bebra soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 127 927,48 Deutsche Mark, wozu die aufgelaufenen Zinsen treten. Dagegen gehen ab: Das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters, die Vergütung der Mitglieder des Gläubiger-Ausschusses, sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 2 144 873,— DM bevorrechtigte und 8 677 696,— DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts in Rotenburg a. d. F. — Aktz. 10/74 — auf.

6430 Bad Hersfeld, 1. 2. 1977

Der Konkursverwalter:
Ernst Bonnet

713

31 N 40/71: In dem übergeleiteten Nachlaßkonkursverfahren Herbert Kollmannsperger, Alleininhaber der Firma Herbert Kollmannsperger, Gebäude- und Glasreinigung, Steinweg 20, 6110 Dieburg (31 N 40/71 des Amtsgerichts Dieburg) mache ich gemäß § 151 KO bekannt, daß die Schlußverteilung stattfinden soll. Nachdem die bevorrechtigten Konkursforderungen bereits voll befriedigt sind, steht für die Schlußverteilung ein Massebestand von 23 020,26 DM zur Verfügung. Bei der Schlußverteilung zu berücksichtigen sind festgestellte nicht bevorrechtigte Konkursforderungen im Gesamtbetrag von 36 540,16 Deutsche Mark. Die Schlußquote für diese Gläubiger beträgt demnach 63%. Ein Verzeichnis der bei der Schlußverteilung zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Dieburg zu Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Nicht befriedigte Masseansprüche sind dem Konkursverwalter nicht bekannt. Diejenigen, die in diesem Verfahren Masseansprüche geltend zu machen beabsichtigen, werden auf § 172 KO hingewiesen mit der Aufforderung, ihre Ansprüche umgehend bei dem unterzeichneten Konkursverwalter schriftlich geltend zu machen.

6110 Dieburg, 3. 2. 1977

Der Konkursverwalter:
Karl Polkin

714

N 2/77 — Beschluß: In dem Konkursverfahren der Firma Springer & Co., Siegerner Straße 28, 3558 Frankenberg, hat Herr Alfred Springer, Chaldäergasse 5, 6348 Herbhorn, persönlich haftender Gesellschafter der Fa. Springer & Co., Siegerner Str. Nr. 28, 3558 Frankenberg/Eder, die Eröffnung des Konkursverfahrens über das

Vermögen der genannten Kommanditgesellschaft beantragt.

Über den Antrag ist noch nicht entschieden. Zur Sicherung der Masse wird angeordnet: Der Schuldnerin wird allgemein verboten, Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

3558 Frankenberg, 31. 1. 1977 **Amtsgericht**

715

81 N 575/76 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Handelsvertreters Max Steffek, Schlesierweg Nr. 18, 6238 Hofheim (Ts.)**, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt, § 204 KO.

6000 Frankfurt am Main, 25. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 81

716

81 N 87/75: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Concepta Werbegesellschaft mbH, Guillettstraße 17, 6000 Frankfurt am Main**, soll eine Abschlagsverteilung stattfinden. Verfügbar sind 40 000,— DM. Zu berücksichtigen sind 398 306,98 DM nicht bevorrechtigte Forderungen. Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main, 81 N 87/75 zur Einsichtnahme niedergelegt.

6000 Frankfurt am Main, 31. 1. 1977

Der Konkursverwalter:
Dr. Walter
Rechtsanwalt

717

81 N 326/76 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 6. 3. 1976 verstorbenen und zuletzt in Niddastraße 30, 6000 Frankfurt (M.) wohnhaft gewesenen **Bankkaufmanns Hans-Jürgen Praetor** wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung sowie zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den 4. März 1977, 9.45 Uhr, vor dem Amtsgericht, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt (M.), Saal 137, Geb. B., I. Stock.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: a) Vergütung auf 3000,— DM zuzüglich Ausgleich von 5,5% für Mehrwertsteuer, b) Auslagen auf 90,36 DM.

6000 Frankfurt am Main, 26. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 81

718

81 N 390/72 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Kommanditgesellschaft in Firma GHK, Gesellschaft für Handel und Kreditbeschaffung, Schlevoigt & Co., Sonnemannstraße 3—5, 6000 Frankfurt am Main**, wird der Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf Freitag, den 25. März 1977, vorm. 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt (M.), Geb. B., I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.

6000 Frankfurt am Main, 24. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 81

719

4 N 1/75 — **AG Usingen:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Metallwerke Saar GmbH, Grävenwiesbach**, gebe ich bekannt, daß die Konkursmasse gemäß § 60 KO unzulänglich geworden ist. Die Masseverbindlichkeiten

werden nicht im vollen Umfang erfüllt werden können.

6000 Frankfurt am Main, 2. 2. 1977

Der Konkursverwalter:
Helmut Burghardt
Rechtsbeistand

720

81 N 1/77 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen des **Kaufmanns Vedat Yüksel**, wohnhaft: **Hamburger Straße 46, 6050 Offenbach (M.)**, Inhaber eines Radio- und Fernseh-Groß- und Einzelhandels Taunusstraße 40, 6000 Frankfurt (M.) und der Gaststätte „Istanbul Kebap“, Taunusstr. Nr. 17a, 6000 Frankfurt (M.), wird heute, am 26. Januar 1977, 9.20 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsbeistand Helmut Burghardt, Leerbachstraße 107, 6000 Frankfurt (M.), Tel. 59 67 77.

Konkursforderungen sind bis zum 22. März 1977 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 1. März 1977, 11.00 Uhr. Prüfungstermin am 19. April 1977, 9.45 Uhr, vor dem Amtsgericht, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer 137.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 22. Februar 1977 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 26. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 81

721

N 2/77 — **Konkurs:** Über das Vermögen der Firmen:

1. **Wilhelm Völker, gegr. 1837, Borken**, sowie deren Zweigniederlassungen:
aa) Wilhelm Völker, gegr. 1837, Zweigniederlassung Berlin, Hoch-, Tief- und Ingenieurbau;

bb) Wilhelm Völker, gegr. 1837, Zweigniederlassung Fulda;

cc) Wilhelm Völker, gegr. 1837, Zweigniederlassung Kassel;

dd) Wilhelm Völker, gegr. 1837, Zweigniederlassung Offenbach;

ee) Wilhelm Völker, gegr. 1837, Zweigniederlassung Göttingen;

vertreten durch die Gesellschaft für Grundbautechnik mbH u. Co. KG Bauwerksgründungen Kassel, diese vertreten durch die Gesellschaft für Grundbautechnik mbH in Kassel, Geschäftsführer Adriaan van den Oudenhoven, Werner Holzapfel, beide Borken, Bez. Kassel.

2. Gesellschaft für Grundbautechnik mbH u. Co. KG Bauwerksgründungen, Kassel, vertreten durch die Gesellschaft für Grundbautechnik mbH, Kassel, Geschäftsführer wie Ziff. 1;

3. Gesellschaft für Grundbautechnik mbH, Kassel, Geschäftsführer wie Ziff. 1; ist am 31. 1. 1977, 19.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Klaus Bechmann, Brüder-Grimm-Platz 4, 3500 Kassel.

Anmeldefrist — 2fach — bis 18. 3. 1977, Gläubigerversammlung 28. 2. 1977, 9.00 Uhr, im Saal des Bürgerhauses zu 3587 Borken, Bez. Kassel (Beschlufassung über die Wahl des Konkursverwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses sowie gem. §§ 132 und 137 KO.) Prüfungstermin 28. März 1977, 9.00 Uhr, ebenfalls im Saal des Bürgerhauses zu 3587 Borken/Bez. Kassel.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse et-

was schuldet, darf nichts an die Schuldner aushändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 14. 2. 1977 anzeigen.

3580 Fritzlar, 31. 1. 1977

Amtsgericht

722

N 5/77 — **Konkurs:** Über das Vermögen der Firmen:

1. **Betonwerk Hessen GmbH, Borken**, Geschäftsführer Adriaan van den Oudenhoven, Werner Holzapfel, beide Borken, Bez. Kassel;

2. **Betonwerk Hessen GmbH u. Co. Fertigtbau KG Borken**, sowie deren Zweigniederlassung Betonwerk Hessen GmbH u. Co. Fertigtbau KG, Zweigniederlassung Berlin, vertreten durch die Betonwerk Hessen GmbH Borken, Geschäftsführer wie Ziff. 1;

3. **Betonwerk Hessen GmbH u. Co. Elementbau KG Borken**, vertreten durch die Betonwerk Hessen GmbH Borken, Geschäftsführer wie Ziff. 1;

4. **Völker Bau GmbH u. Co. BwH Elementbau Offene Handelsgesellschaft Borken**, vertreten durch die: a) Völker Bau GmbH Offenbach, Geschäftsführer wie Ziff. 1, b) Betonwerk Hessen GmbH u. Co. Elementbau KG, Borken, vertreten durch die Betonwerk Hessen GmbH, Borken, Geschäftsführer wie Ziff. 1,

5. **Völker Bau GmbH, Offenbach**, Geschäftsführer wie Ziff. 1,

ist am 31. 1. 1977, 19.50 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Robert Wieschemann, Fackelstr. 36, 6750 Kaiserslautern.

Anmeldefrist — 2fach — bis 18. 3. 1977, Gläubigerversammlung 28. 2. 1977, 14.00 Uhr, im Saal des Bürgerhauses zu Borken, Bez. Kassel. (Beschlufassung über die Wahl des Konkursverwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses sowie gem. §§ 132 und 137 KO.) Prüfungstermin 4. 4. 1977, 9.00 Uhr, ebenfalls im Saal des Bürgerhauses zu 3587 Borken, Bez. Kassel.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Schuldner aushändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 14. 2. 1977 anzeigen.

3580 Fritzlar, 31. 1. 1977

Amtsgericht

723

2 N 88/74: Im Konkursverfahren über das Vermögen des **Willi Jockel, Mainzer Str. 90, 6087 Büttelborn**, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO) Termin auf Donnerstag, 24. 2. 1977, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Oppenheimer Str. 4, 6080 Groß-Gerau, Zimmer 21, bestimmt.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 400,— DM, seine Auslagen sind auf 416,— DM festgesetzt.

6080 Groß-Gerau, 26. 1. 1977 **Amtsgericht**

724

42 N 148/74: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Karl Kleiber, Seegasse 8, 6456 Langenselbold**, wird gem. § 204 KO mangels Masse eingestellt. Die rechtzeitige Niederlegung der Schlußrechnung wird festgestellt. Einwendungen gegen die Schlußrechnung wurden nicht er-

hoben. Sie wurde vom Konkursgericht genehmigt. Die Vergütung des Konkursverwalters wird festgesetzt auf 1500,— DM nebst 166,50 DM Auslagen.

6450 Hanau, 26. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 42

725

65 N 84/76: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Elektroingenieurs Ernst Meixner, Wiener Straße 3, 3500 Kassel, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf den 17. Mai 1977, 15.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Frankfurter Straße 9, 3500 Kassel, Zimmer 023 (Untergeschoß), bestimmt.

3500 Kassel, 25. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 65

726

65 N 45/76: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Kauffrau Gerda Richter, geb. Schröder, Inhaberin der Maschinenfabrik Gustav Richter, Erfurter Straße 15, Kassel-Bettenhausen, ist Termin zur Beschlußfassung der Gläubigerversammlung über die Genehmigung des Verkaufs von der Gemeinschuldnerin gehörenden Grundstücken aus freier Hand auf den 9. März 1977, 8.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Frankfurter Str. 9, 3500 Kassel, Zimmer 023, bestimmt.

3500 Kassel, 25. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 65

727

9 N 58 — 60/76: In den Konkursverfahrensachen bezüglich

a) der Firma Dreiskämper GmbH, Hofheimer Straße 31, Fischbach/Taunus,

b) der Firma Dreiskämper GmbH + Co., Modellbau KG, Wilhelmstraße 10, 6233 Kelkheim/Taunus,

c) der Firma Dreiskämper GmbH + Co. Planungs-KG, Offenbach/Main, Hauptverwaltung in 6239 Fischbach/Ts.,

ist durch Beschluß vom 31. 1. 1977 das am 20. Dezember 1976 verfügte Veräußerungsverbot aufgehoben worden.

6240 Königstein im Taunus, 31. 1. 1977

Amtsgericht

728

7 N 2/77 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Kleiderfabrik Franz Donk KG in Wetter, vertreten durch persönlich haftenden Gesellschafter Kaufmann Franz Donk in Wetter, wird heute, am 31. Januar 1977, 11.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Claus Heße, Wilhelmstraße 20, 3550 Marburg (Lahn), Tel.: 2 72 62.

Konkursforderungen sind bis zum 18. März 1977 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 18. März 1977, 11.00 Uhr, Prüfungstermin am 11. Mai 1977, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Marburg (Lahn), Universitätsstr. Nr. 48, I. Stock, Zimmer 157.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 18. März 1977 ist angeordnet.

3550 Marburg, 31. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 7

729

N 10/74: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der BFB Bierwürzekonzentratfabrik Bebra GmbH & Co. KG Betriebskommanditgesellschaft in Bebra,

vertreten durch ihre persönlich haftende Gesellschafterin, die Bierwürzekonzentratfabrik Bebra GmbH & Co. Kommanditgesellschaft mit dem Sitz in Bebra, diese wiederum vertreten durch die Bierwürzekonzentratfabrik in Bebra, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Wiesbaden, diese vertreten durch ihren Geschäftsführer Herrn Wolf-Dieter Klings-eisen, Ismaninger Straße 68, 8000 München 80, ist Schlußtermin gemäß § 162 KO auf den 18. März 1977, 9.00 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Weidenberggasse 1, Großer Sitzungssaal, bestimmt.

Weitere Tagesordnung: Beschlußfassung über die nichtverwertbaren Vermögensstücke sowie Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 14 391,— DM, seine Auslagen sind auf 1024,80 DM festgesetzt.

6442 Rotenburg (Fulda), 27. 1. 1977

Amtsgericht

730

62 VN 4/76 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft in Firma Hohl & Riedel, Fruchtsaft- und Apfelweinkellerei, Barbarossastraße 2, 6200 Wiesbaden-Erbenheim, gesetzlich vertreten durch die persönlich haftende Gesellschafterin Inge Riedel, geb. Hohl, daselbst, (eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Wiesbaden unter HRA 1338) ist am 26. 1. 1977, 12.00 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Vergleichsverwalter: Rechtsanwalt Albrecht Assig, Adelheidstraße 34, 6200 Wiesbaden.

Vergleichstermin: 30. März 1977, 9.00 Uhr, 6200 Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer Nr. 243.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald (in 2 Stücken) anzumelden.

Eröffnungsantrag nebst Anlagen und das Ermittlungsergebnis liegen auf Zimmer 180 zur Einsicht der Beteiligten auf.

Die am 23. 11. 1976 gemäß § 12, 57 VglO angeordneten Verfügungsbeschränkungen gelten fort.

6200 Wiesbaden, 26. 1. 1977

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

731

4 K 25/76: Die im Grundbuch von Großhausen, Band 15, Blatt 920, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Großhausen, Flur 1, Flurstück 328, Lieg.-B. 1753, Ackerland, Die spitze Heckenteilung, Größe 64,73 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Großhausen, Flur 1, Flurstück 329, Lieg.-B. 1753, Ackerland, Die spitze Heckenteilung, Größe 15,73 Ar,

sollen am 28. Juli 1977, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Wilhelmstraße 26, Bensheim, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 1. April 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ruth Föbel, geb. Stür, Einhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 31. 1. 1977

Amtsgericht

732

K 17/76: Das im Grundbuch von Bonbaden, Band 54, Blatt 832, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bonbaden, Flur 16, Flurstück 310, Hof- und Gebäudefläche, Höhenstraße, Größe 6,78 Ar,

soll am Mittwoch, dem 13. 4. 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. 8. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. Fertighaus stabil H. W. Fischer GmbH & Co. KG, FESTA, Staufenberg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 200 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 1. 2. 1977

Amtsgericht Lahn-Wetzlar
Zweigstelle Braunfels

733

K 11/75: Das im Grundbuch von Altenkirchen, Band 19, Blatt 559, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Altenkirchen, Flur 2, Flurstück 108/1, Betriebsgelände, Lange Str. 1, Größe 5,45 Ar,

soll am Mittwoch, dem 20. 4. 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 5. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Gerhard Teubner und Ilse, geb. Lehnhausen, Altenkirchen, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 121 960 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 1. 2. 1977

Amtsgericht Lahn-Wetzlar
Zweigstelle Braunfels

734

K 1/76: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Altenkirchen, Band 21, Blatt 614, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Altenkirchen, Flur 2, Flurstück 96, Hof- und Gebäudefläche, Taunusstr. 13, Größe 8,06 Ar,

soll am Mittwoch, dem 30. 3. 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunfels,

Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 1. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elektriker Heinz Götz, Braunfels-Altenkirchen.

Der Wert der Grundstückshälfte wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 44 950 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 28. 1. 1977

Amtsgericht Lahn-Wetzlar
Zweigstelle Braunfels

735

61 K 194/75: Die im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk IV, Band 38, Blatt 1656, eingetragenen Grundstücke,

ifa. Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur 4, Flurstück 831, Hof- und Gebäudefläche (Trümmer), Wilhelminenstr. 14, Größe 5,75 Ar,

ifa. Nr. 2, Gemarkung Darmstadt, Flur 4, Flurstück 828, Hof- und Gebäudefläche (Trümmer), Hügelstr. 37, Größe 2,39 Ar,

ifa. Nr. 3, Gemarkung Darmstadt, Flur 4, Flurstück 832, Hof- und Gebäudefläche (Trümmer), Wilhelminenstr. 10, Größe 25,97 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 31. 3. 1977, 11 00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Mathildenplatz 12, Darmstadt, Zimmer 504, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 12. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Architekt Erwin Wrede, Seeheim, zu 1/2,

b) Architekt Florian Mrosek, Traisa, zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 21. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 61

736

31 K 87/76: Das im Grundbuch von Reinheim, Band 80, Blatt 3374, eingetragene Grundstück,

ifa. Nr. 2, Gemarkung Reinheim, Flur 10, Flurstück 43/1, Hof- und Gebäudefläche, Hinter der Mühle 1 (im Grundbuch noch als Haus Nr. 21 eingetragen), Größe 9,34 Ar,

soll am Donnerstag, dem 14. April 1977, 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Marienstr. 31, Dieburg, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 9. 1975 bzw. 10. 11. 1976 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Gerhard Böhm, Zimmermann, Pfungstadt, zu 1/2, und dessen Ehefrau Elisabeth Böhm, geb. Volk, Pfungstadt, zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 144 370 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6110 Dieburg, 1. 2. 1977

Amtsgericht

737

K 19/76 — Beschluß: Das im Grundbuch von Somplar, Band 19, Blatt 616, eingetragene Grundstück,

ifa. Nr. 1, Gemarkung Somplar, Flur 4, Flurstück 16, Ackerland, Grünland, In der Kohlstädt, Größe 38,30 Ar,

soll am 11. Mai 1977, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Geismarer Straße 22, Zim-

mer 8, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 10. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Witwe Karoline Schminke, geb. Müller, Somplar,

2. Hermann Schminke, Somplar,

3. Ehefrau Emmi Kurp, geb. Schminke, Allendorf-Eder,

4. Albert Schminke, Somplar,

5. Karl Schminke, Somplar,

in Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 2800,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3558 Frankenberg, 21. 12. 1976 Amtsgericht

738

84 K 205/76 — Zwangsversteigerung: Das im Wohnungsgrundbuch von Bergen-Enkheim des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Band 156, Blatt 5567, eingetragene Wohnungseigentum bestehend aus 20,46/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Bergen-Enkheim, Flur 25, Flurstück 38/1, Hof- und Gebäudefläche, Nordring 40, Hof- und Gebäudefläche, Wetterastr. 12, Hof- und Gebäudefläche, Wetterastr. 10, jetzt Echzeller Straße 12, Größe 40,03 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 19 bez. Wohnung im I. Obergeschoß links und an den im Aufteilungsplan mit Ziff. 19 bezeichneten Keller. Das Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen eingetragenen in Band 156 bis 158 Blatt 5549, 5566 und Blatt 5568 — 5612 — gehörenden Sonder- bzw. Teil-

eigentumsrechte beschränkt —, soll am Freitag, 29. April 1977, 13.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstr. 2, 6000 Frankfurt (Main), Zimmer Nr. 260, II. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 7. 1976 (Versteigerungsvermerk):

Ricardo Helmut Kötter in Bergen-Enkheim.

Der Wert des Wohnungseigentums ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 100 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6009 Frankfurt am Main, 21. 1. 1977

Amtsgericht, Abt. 84

739

K 30/76: Die im Grundbuch von Fritzlar, Band 57, Blatt 2606, eingetragenen Grundstücke,

ifa. Nr. 2, Gemarkung Fritzlar, Flur 16, Flurstück 89/87, Hof- und Gebäudefläche, Bleichenweg, Größe 0,01 Ar,

wie vor, Flur 16, Flurstück 89/91, dto., daselbst Nr. 2, Größe 19,48 Ar,

wie vor, Flur 16, Flurstück 89/92, dto., daselbst, Größe 0,20 Ar,

wie vor, Flur 16, Flurstück 89/86, dto., daselbst (0,04 qm), Größe 0,00 Ar,

wie vor, Flur 16, Flurstück 89/90, dto., daselbst, Größe 0,02 Ar,

ifa. Nr. 4, Gemarkung Fritzlar, Flur 16, Flurstück 89/93, dto., daselbst, Größe 0,07 Ar,

ifa. Nr. 5, Gemarkung Fritzlar, Flur 16, Flurstück 89/85, Hof- und Gebäudefläche, Siedlerweg, Größe 0,01 Ar,

sollen am 13. Mai 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, hier, Schladenweg 1, Zim-

mer 15, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 6. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Bauarbeiter Willi Seifarth und Waltraud, geb. Nikolaus, Fritzlar — je zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3580 Fritzlar, 25. 1. 1977

Amtsgericht

740

K 39, 40/74 — Beschluß: Die im Grundbuch von Neuenschmidten, Band 18, Blatt Nr. 458, eingetragene Grundstückshälfte,

ifa. Nr. 1, Gemarkung Neuenschmidten, Flur 4, Flurstück 91/1, Hof- und Gebäudefläche, Birsteiner Str. 46, Größe 13,05 Ar, soll am Freitag, dem 1. April 1977, 10.30

Uhr, im Gerichtsgebäude, Philipp-Reis-Straße 9, Gelnhausen, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. April 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Schreiner Eberhard Fritz Knüttel in Frankfurt Main zur Hälfte.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 037,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 31. 1. 1977

Amtsgericht

741

K 20/76 — Beschluß: Das im Grundbuch von Neudorf, Band 15, Blatt 638, eingetragene Grundstück,

ifa. Nr. 1, Gemarkung Neudorf, Flur 11, Flurstück 28, Hof- und Gebäudefläche, Stegwiesen, Größe 6,07 Ar,

soll am Freitag, dem 1. April 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Philipp-Reis-Straße 9, Gelnhausen, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. April 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Witwe Anna Wegele, geb. Krug, in Neudorf.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 59 566 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 31. 1. 1977

Amtsgericht

742

7 K 52/75: Das im Grundbuch von Lampertheim, Band 224, Blatt 9014, eingetragene 732/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück

ifa. Nr. 1, Gemarkung Lampertheim, Flur 3, Flurstück 276/3, Hof- und Gebäudefläche, Carl-Lepper-Str. 10, Größe 83,83

Ar, verbunden mit Sondereigentum an der Wohnung Nr. 1016 im 1. OG 3. rechts und Abstellraum Nr. 1016,

soll am Mittwoch, dem 20. 4. 1977, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 19. 9. 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. Inter-Wohnungsbau Hermann Scherer KG in Offenbach (Main).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6640 Lampertheim, 18. 1. 1977

Amtsgericht

743

K 14/76 — **Zwangsversteigerungen:** Das im Grundbuch von Rebgeshain, Band 5, Blatt 199, eingetragene Grundstück, Gemarkung Rebgeshain,

lfd. Nr. 3, Flur 4, Nr. 29, Grünland, Neunteiler, Größe 18,20 Ar, Wert 910 DM, soll am 20. April 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königsberger Str. 8, Lauterbach, Zimmer 103, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung hinsichtlich der Eigentumshälfte des Kaufmanns Erwin Kraft aus Ulrichstein-Rebgeshain versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. Juni 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Erwin Kraft und Johanna Kraft, geb. Schartel, beide in Rebgeshain, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6420 Lauterbach, 20. 1. 1977 **Amtsgericht**

744

K 19/76 — **Zwangsversteigerungen:** Das im Grundbuch von Rebgeshain, Band 5, Blatt 199, eingetragene Grundstück, Gemarkung Rebgeshain,

lfd. Nr. 3, Flur 4, Nr. 29, Grünland, Neunteiler, Größe 18,20 Ar, Wert: 910,— Deutsche Mark,

soll am Mittwoch, dem 20. April 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Königsberger Str. 8, 6420 Lauterbach, Zimmer Nr. 103, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung hinsichtlich der Eigentumshälfte der Frau Johanna Kraft in Rebgeshain versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. Juli 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Erwin Kraft und Johanna Kraft geb. Schartel, beide in Rebgeshain, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6420 Lauterbach, 20. 1. 1977 **Amtsgericht**

745

7 K 15/76 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Wehrshausen, Band 16, Blatt 450, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wehrshausen, Flur 7, Flurstück 11/17, Hof- und Gebäudefläche, Am Berg 2, Größe 7,81 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Wehrshausen, Flur 7, Flurstück 11/7, Hutung, Im Dorf, Größe 2,18 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Wehrshausen, Flur 7, Flurstück 11/11, Hofraum, Im Dorf Haus Nr. 42, Größe 0,41 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Wehrshausen, Flur 7, Flurstück 11/13, Unland, Im Dorf, Größe 5,21 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Wehrshausen, Flur 7, Flurstück 11/9, Unland, Im Dorf, Größe 0,66 Ar,

sollen am 14. April 1977, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Universitätsstraße 48, 3550 Marburg, Zimmer 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. 3. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Konrad Alfred Burk, Am Berg 2, Wehrshausen.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden

für Grst. lfd. Nr. 2—5 auf 168 000,— DM, für Grst. lfd. Nr. 6 auf 330,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 21. 1. 1977 **Amtsgericht**

746

5 K 2/75: Das im Grundbuch von Stornfels, Amtsgerichtsbezirk Nidda, Band 15, Blatt 608, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Stornfels, Flur 1, Flurstück 125, Hof- und Gebäudefläche, Im Fürstengarten 7, Größe 10,03 Ar,

soll am 14. April 1977, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. Januar 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. a) Ingenieur Georg Werner Lorenz, zu 1/2,

1. b) dessen Ehefrau, Rosemarie Lorenz, geb. Schwind, zu 1/2,

beide wohnhaft in Finkenhofstraße 23, Frankfurt (Main).

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 107 036 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6478 Nidda, 13. 1. 1977 **Amtsgericht**

747

7 K 170/76: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Offenbach/M., Band 305, Blatt 9013, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Offenbach, Flur 4, Flurstück 94/1, Lieg.-B. 2900, Hof- und Gebäudefläche, Bettinastr. 20, Größe 3,23 Ar,

am 12. 5. 1977, 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Geb. D, Luisenstr. 16, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 22. 10. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Fa. Weigel Optik + Foto GmbH & Co. KG, Frankfurt/M.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 festgesetzt auf 715 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 31. 1. 1977 **Amtsgericht**

748

7 K 165/76: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Offenbach/Main, Band 435, Blatt Nr. 12 906, eingetragene 612/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Offenbach a. M., Flur 2, Flurstück 453/10, Lieg.-B. 7032, Hof- und Gebäudefläche, Hermann-Steinhäuser-Straße 4, Größe 30,72 Ar — verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 2132 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte —,

am Mittwoch, dem 27. 4. 1977, 10.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer zur Zeit des Versteigerungsvermerks (13. 9. 1976):

Herr Hans Brummermann, Dipl.-Kaufmann, Frankfurt/M.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 71 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 27. 1. 1977 **Amtsgericht**

749

7 K 104/76: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Bieber, Band 112, Blatt 4342, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bieber, Flur 2, Flurstück 925/5, Lieg.-B. 1093, Hof- und Gebäudefläche, Hamburger Str. 3, Größe 9,62 Ar,

am Montag, dem 25. April 1977, 10.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin zur Zeit des Versteigerungsvermerks (24. 6. 1976):

Frau Heidrun Galic, geb. Pallas, Offenbach am Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 365 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 27. 1. 1977 **Amtsgericht**

750

7 K 50/75: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Offenbach/Main, Band 446, Blatt 13 235, eingetragene 1090/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Offenbach/Main, Flur 2, Flurstück 453/1, Lieg.-B. 6869, Hof- und Gebäudefläche, Hermann-Steinhäuser-Straße 18, Größe 47,90 Ar — verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 4043 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte —,

am Mittwoch, dem 30. 3. 1977, 8.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, Saal 835, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer zur Zeit des Versteigerungsvermerks (15. 4. 1975):

a) Herr Franz Brand, zu 1/2,

b) Frau Sieglinde Brand, geb. Hajok, zu 1/2.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 126 200 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 28. 1. 1977 **Amtsgericht**

751

5 K 20/75: Das im Grundbuch von Johannisberg, Band 20, Blatt 813, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Johannisberg, Flur 18, Flurstück 128/1, Lieg.-B. 769, Hof- und Gebäudefläche, Mittlerer Flecken 2, jetzt: Im Flecken 53, Größe 5,61 Ar,

soll am 22. April 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude hier, Gerichtsstr. 9, Zimmer 15, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 3. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Maria Höger, geb. Schmickl, (geb. 7. 7. 1922), Geisenheim-Johannisberg, zu 1/2 Anteil,

b) Manfred Engel, (geb. 15. 6. 1949),

c) Christine Engel, geb. Höger (geb. 17. 3. 1951),

zu b) und c) Eheleute in Geisenheim-Johannisberg, zu je 1/4 Anteil.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6220 Rudesheim am Rhein, 7. 1. 1977

Amtsgericht

752

K 20/75: Die im Grundbuch von Steinau, Band 79, Blatt 3203 A, Band 93, Blatt 3610, Grundbuch von Elm, Band 25, Blatt 725, eingetragenen Grundstücke,

Steinau, Blatt 3203 A: lfd. Nr. 50, 51, 21, 62, 63, 64

Flur 18, Flurstück 47, Acker, Der Markacker, Größe 10,49 Ar, Wert 6294 DM,

Flur 23, Flurstück 66/1, Gartenland (Obstbäume), Auf dem Steines, Größe 4,42 Ar, Wert 3536 DM,

Flur 25, Flurstück 157/43, Betriebsgelände, Vogelsbergstraße, Größe 25,72 Ar

Flur 23, Flurstück 69/1, Betriebsgelände, Auf dem Steines, Größe 12,72 Ar

Flur 23, Flurstück 83/2, Betriebsgelände, Im Hintersteines, Größe 25,35 Ar

Flur 25, Flurstück 43/6, Betriebsgelände, Vogelsbergstraße, Größe 214,39 Ar

Steinau, Blatt 3610: lfd. Nr. 1, 2, 5, 6, 7
Flur 18, Flurstück 49/27, Hof- und Gebäudefläche, Neue Heimat 50, Größe 17,14 Ar, Wert 196 063 DM,

Flur 18, Flurstück 46, Ackerland, Der Markacker, Größe 2,00 Ar, Wert 1200 DM,

Flur 18, Flurstück 45, Ackerland, Der Markacker, Größe 6,00 Ar, Wert 3600 DM,

Flur 18, Flurstück 49/66, Ackerland, Der Markacker, Größe 7,54 Ar, Wert 15 080 DM,

Flur 18, Flurstück 49/67, Ackerland, Der Markacker, Größe 7,40 Ar, Wert 14 800 DM, Elm, Blatt 725: lfd. Nr. 1—5

Flur 8, Flurstück 70/2, Hof- und Gebäudefläche, Zementwerk 4, Größe 82,08 Ar, Wert 174 660,70 DM,

Flur 8, Flurstück 66/2, Wald (Holzung), Quelle, Die Liedwiesen, Größe 3,86 Ar, Wert 38,60 DM,

Flur 8, Flurstück 66/3, Grünland, Die Liedwiesen, Größe 10,92 Ar, Wert 109,20 Deutsche Mark,

Flur 8, Flurstück 66/4, Unland, Hutung, Zementwerk, Größe 64,95 Ar, Wert 649,50 Deutsche Mark,

Flur 8, Flurstück 66/5, Hofraum, Zementwerk, Größe 5,20 Ar, Wert 52 DM.

Im Falle eines Gesamtausgebots wird der Wert der Grundstücke auf 1 023 510 Deutsche Mark festgesetzt.

sollen am 4. April 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schlüchtern durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 20. Oktober 1975 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Textilfabrik Foerster KG in Steinau.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6496 Schlüchtern, 25. 1. 1977

Amtsgericht

753

4 K 1/76 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Röllshausen, Band 19, Blatt 506, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Röllshausen, Flur 22, Flurstück 25, Lieg.-B. 450, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Haus Nr. 23, Größe 2,46 Ar,

soll am Donnerstag, 14. April 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schwalmstadt-Treysa, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 10. Januar 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Frau Anneliese Wöllenstein, geb. Kurz, Hoheneichener Str. 7, 3500 Kassel.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 23 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3578 Schwalmstadt, 3. 1. 1977

Amtsgericht

754

2 K 47/76 — **Beschluß:** Der im Grundbuch von Niederreifenberg, Band 19, Blatt 662, eingetragene $\frac{1}{2}$ Grundstücksanteil des Willy Koch an dem eingetragenen Grundstück,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Niederreifenberg, Flur 3, Flurstück 37/1, Hof- und Gebäudefläche, Brunhildenstraße 20, Größe 4,17 Ar,

soll am Donnerstag, dem 21. April 1977, 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Weißburger Str. 2, Usingen/Ts., Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. September 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks) bezüglich des $\frac{1}{2}$ Grundstücksanteils:

Gastwirt Willy Koch in Niederreifenberg.

Der Wert des $\frac{1}{2}$ Grundstücksanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 62 595,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen, 18. 1. 1977

Amtsgericht

755

3 K 52/76: Die auf den Namen der Karola Hofmann im Grundbuch von Rodheim, Band 62, Blatt 2470, eingetragene ideelle Hälfte an dem Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rodheim, Flur 12, Flurstück 50/15, Hof- und Gebäudefläche, Am Frelenkoben, Größe 6,26 Ar,

soll am 1. Juni 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wertherstr. 2, 6330 Wetzlar, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 6. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Heinrich Hofmann und Karola geb. Rühl, Neuer Weg 11, Rodheim-Bieber, zu je $\frac{1}{2}$.

Beschluß: Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 7. 12. 1976 gegenüber allen Beteiligten auf 110 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 21. 1. 1977

Amtsgericht

756

3 K 81/76: Die im Grundbuch von Garbenheim, Band 46, Blatt 1688, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Garbenheim, Flur 14, Flurstück 376/69, Hof- und Gebäudefläche, Schulstraße, Wert: 263 000,— DM, Größe 3,80 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Garbenheim, Flur 14, Flurstück 486/69, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Wert: 263 000,— DM, Größe 3,79 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Garbenheim, Flur 14, Flurstück 61/1, Hof- und Gebäudefläche daselbst, Wert: 107 000,— DM, Größe 1,42 Ar,

sollen am 15. Juni 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wertherstr. 2, Wetzlar, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 8. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Kaufmann Günther Kaps, Blasbach
b) Kaufmann Ernst Amend, Philippstein, zu je $\frac{1}{30}$ —,

c) Kaufmann Willi Muth, Oberbiehl, Grundstr. 10 — zu $\frac{1}{15}$ Anteil —,

d) Installationsmeister Rudolf Schmidt, Wetzlar — zu $\frac{1}{15}$ Anteil —,

e) Kaufmann Günter Landenfeld, Naunheim — zu $\frac{1}{15}$ Anteil —,

f) Kaufmann Anton Albert Ebert, Solms — zu $\frac{1}{15}$ Anteil —,

g) Kaufmann Klaus Hartmann, Kreuztal/Sieg — zu $\frac{1}{15}$ Anteil —,

h) Kaufmann Hans Peter Klinger, Heuchelheim — zu $\frac{1}{15}$ Anteil —,

i) Ruth Fay, Dillenburg — zu $\frac{2}{45}$ Anteil —,

j) Maler Rudolf Rehling, Dillenburg — zu $\frac{1}{45}$ Anteil —,

k) Innenraumgestalter Horst Ernst Henrich, Nauborn — zu $\frac{1}{15}$ Anteil —.

Beschluß: Die Werte der Grundstücke werden nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 26. 11. 1976 gegenüber allen Verfahrensbeteiligten auf die angegebenen Beträge.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 24. 1. 1977

Amtsgericht

757

3 K 87/76: Die im Grundbuch von Kröfelfach, Band 41, Blatt 698, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kröfelfach, Flur Nr. 13, Flurstück 76/5, Hofraum, Der große Hofacker, Größe 0,22 Ar, Wert: 440,— DM,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Kröfelfach, Flur Nr. 13, Flurstück 32, Hof- und Gebäudefläche, Die Neustadt, Größe 4,24 Ar, Wert: 15 930,— DM,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Kröfelfach, Flur Nr. 13, Flurstück 33 1, Hof- und Gebäudefläche, Die Neustadt, Größe 0,22 Ar, Wert: 440,— DM,

sollen am 1. Juni 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wertherstr. 2, 6330 Wetzlar, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 9. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Lieselotte Schmidt gesch. Uhl geb. Neff, Kröfelfach.

Beschluß: Die Werte der Grundstücke werden nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 23. 11. 1976 gegenüber allen Beteiligten auf die angegebenen Beträge.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 21. 1. 1977

Amtsgericht

758

3 K 56/75: Das im Grundbuch von Erda, Band 64, Blatt 2100, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Erda, Flur 38, Flurstück 6, Hof- und Gebäudefläche, Graben, Haus Nr. 83, Größe 5,47 Ar,

soll am 8. Juni 1977, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Wertherstr. 2, Wetzlar, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 1. 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl Heinz Jakob, Erda.

Beschluß: Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgerichtlichen Schätzung vom 18. 2. 1976 gegenüber allen Beteiligten auf 125 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 25. 1. 1977 **Amtsgericht**

759

61 K 12/76 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Wiesbaden-Außen, Band 215, Blatt 4294, eingetragene Grundstück, Gemarkung Wiesbaden,

lfd. Nr. 1, Flur 28, Flurstück 285, Hof- und Gebäudefläche, Thorwaldsanlage 1, Größe 8,97 Ar,

soll am 19. April 1977, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstr. 2, Wiesbaden, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. Februar 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Franz Adam Weyrich in Camberg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 665 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 20. 1. 1977 **Amtsgericht**

760

61 K 44/72 — **Beschluß:** Der im Grundbuch von Dotzheim, Blatt 1296, eingetragene $\frac{1}{2}$ Miteigentumsanteil an den Grundstücken,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 242/72, Hof- und Gebäudefläche, Eibachstraße 7, Größe 0,49 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 2, Flurstück 238/71, dito, Größe 0,02 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 2, Flurstück 72/1, dito, Größe 0,92 Ar,

soll am 30. März 1977, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstr. 2, Wiesbaden, Zimmer 243, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eigentümer: Franz Steibl und die Erben nach Wilhelm Wagner, in Erbengemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 26. 1. 1977 **Amtsgericht**

761

1 K 6/76: Das im Grundbuch von Hess. Lichtenau, Band 102, Blatt 3065, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hess. Lichtenau, Flur 22, Flurstück 174, Hof- und Gebäudefläche, Sudetenstraße 37, Größe 7,84 Ar,

soll am 4. April 1977, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Walburger Str. 38, Witzenhäuser, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. März 1976 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Arbeiter Karl Lochschmidt,
b) Ehefrau Anni Lochschmidt, geb. Höll, beide in Hess. Lichtenau — je zur Hälfte. Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 116 300 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

3430 Witzenhäuser, 31. 1. 1977 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften

762

Der Wahlleiter für die Wahl des Verbandstags des Umlandverbands Frankfurt

Wahl des Verbandstags des Umlandverbands Frankfurt am 20. März 1977

hier: Sitzung des Umlandverbandswahlausschusses

Der Umlandverbandswahlausschuß tritt am Donnerstag, dem 17. 2. 1977, um 14.00 Uhr, im Magistratssitzungssaal des Rathauses (Römer), der Stadt Frankfurt am Main, Eingang Römerberg, zur Sitzung zusammen.

Tagessordnung: Prüfung und Entscheidung über die Zulassung der eingereichten Wahlvorschläge für die Wahl zum Verbandstag des Umlandverbandes Frankfurt am 20. März 1977.

Die Sitzung ist öffentlich.

6000 Frankfurt am Main, 2. 2. 1977

Alfred Schuber t, Beigeordneter

763

Der Wahlleiter für die Wahl des Verbandstags des Umlandverbands Frankfurt

Wahl des Verbandstags des Umlandverbands Frankfurt am 20. März 1977

hier: Bekanntmachung der Namen der Mitglieder des Umlandverbandswahlausschusses und deren Stellvertreter

Vorsitzender:

Alfred Schuber t,
Bethmannstr. 3, 6000 Frankfurt am Main 1,

Stellvertreter:

Jörg Rupp ers berg,
Bethmannstr. 3, 6000 Frankfurt am Main 1,

Beisitzer bzw. stellvertretende Beisitzer:

1. Dr. Dietrich Hart mann,
Landgrafenstr. 56, 6380 Bad Homburg,

Stellvertreter:

Frank Müller,
Unterer Steinberg 10, 6070 Langen,

2. Hermann Fischer,
Friedrichstraße 6, 6201 Brenthal,

Stellvertreter:

Martin Herkströter,
Starkenburgring 31, 6050 Offenbach,

3. Josef Meergans,
Saalburgstr. 69, 6000 Frankfurt am Main 60,

Stellvertreter:

Manfred Piske,
Vincenzstraße 1a, 6238 Hofheim,

4. Helmut Bruns,
Obernhäuser Weg 39, 6369 Wehrheim,

Stellvertreter:

Karl Heinz Liegert,
Kölner Str. 4, 6055 Hausen,

5. Winfried Trier,
Stephan-Heise-Str. 13, 6000 Frankfurt am Main 90,

Stellvertreter:

Ursula Limberger,
Börnestr. 37, 6000 Frankfurt am Main 1,

6. Dieter Schmidt,
Bernadottestr. 56, 6000 Frankfurt am Main 50,

Stellvertreter:

Manfred Laus,
Hammerskjöldring 59, 6000 Frankfurt am Main 50.

Ein Beisitzer kann nur durch den für ihn berufenen Stellvertreter vertreten werden.

6000 Frankfurt am Main, 2. 2. 1977

Alfred Schuber t, Beigeordneter

764

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs innerhalb Baunatal

Die dem Unternehmen Kleinbahn Kassel-Naumburg am 24. Juni 1976 erteilte Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG, Stadtlinienverkehr Baunatal, habe ich heute innerhalb des Stadtteils Großenritte und auf den Stadtteil Hertingshausen erweitert.

3500 Kassel, 3. 1. 1977

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02-07 B

765

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Espenau/Ortsteil Schäferberg nach Espenau/Ortsteil Auf der Heide

Der Gemeinde Espenau habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG von Espenau/Ortsteil Schäferberg nach Espenau/Ortsteil Auf der Heide über die Ortsteile von Espenau erteilt.

3500 Kassel, 3. 1. 1977

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02-07 B

766

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Ronshausen/Ortsteil Machtlos nach Bebra

Dem Unternehmen Reisedienst Hessenbub Georg Zilch GmbH & Co. KG, Rotenburg a. d. Fulda, habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG von Ronshausen/Ortsteil Machtlos nach Bebra (Kirchplatz) über Ronshausen—Bebra/Stadteil Weiterode erneut erteilt.

3500 Kassel, 3. 1. 1977

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02-07 B

767

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Fulda nach Eichenzell/Ortsteil Büchenberg

Der Oberpostdirektion Ffm. habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG von Fulda (ZOB) nach Eichenzell/Ortsteil Büchenberg über

Fulda — Stadtteil Kohlhaus — Stadtteil Bronnzell — Eichenzell/Ortsteil Löschenrod — Ortsteil Kerzell — Neuhof/Ortsteil Hattenhof — Eichenzell, Abzw. Gehringhof — E./Gershof

erneut erteilt.

3500 Kassel, 6. 1. 1977

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02-01 B

768

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs innerhalb der Stadt Allendorf

Dem Unternehmen Heinrich Nau, 3575 Kirchhain, habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG im Stadtgebiet der Stadt Allendorf (Zentralbau—Zentralbau) erneut erteilt.

3500 Kassel, 3. 1. 1977

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02-07 B

769

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Bebra nach Sontra

Der Oberpostdirektion Ffm. habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG von Bebra (Bf) nach Sontra (Bf) bzw. Nentershausen über

Bebra (Bahnhofstraße — Nürnberger Straße — Bismarckstraße — Gilfershäuser Straße) — Bebra/Stadteil Gilfershausen — Stadtteil Braunhausen — Stadtteil Imshausen — Stadtteil Solz — Nentershausen/Ortsteil Dens — N./Ortsteil Mönchhosbach — Ortsteil Weißenhasel — Nentershausen

Nentershausen — Ortsteil Weißenhasel — Abs. Ortsteil Mönchhosbach — Sontra (Hornel) — Sontra (Bf) erneut erteilt.

3500 Kassel, 5. 1. 1977

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02-01 B

770

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Frankenberg nach Kassel

Der Deutschen Bundesbahn habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG von Frankenberg (Bf) nach Kassel (HBf) über

Frankenberg (Bahnhofstraße — Neustädter Straße — Bremer Straße — Ederuferstraße) — Stadtteil Geismar — Frankenu/Stadteil Dainrode — Altenhaina, Abzw. — Frankenu, Abzw. — Haina/Ortsteil Löhlbach — Bad Wildungen/Stadteil Hundsdorf — Stadtteil Rheinhardshausen, Abzw. — Bad Wildungen/Langemarkstr. — Brunnenallee-Brunnenstraße — Bahnhofstraße — Berliner Str. — B 253 (Abzw. Gut „Elim“) — Stadtteil Wega — Stadtteil Mandern — Fritzlar/Stadteil Ungedanken — Fritzlar (Gießener Straße — Kasseler Straße) — Kassel (Frankfurter Straße — Fünffensterstraße — Ständeplatz — Kurfürstenstraße).

3500 Kassel, 3. 1. 1977

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02-03 B

771

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Eschwege nach Ringgau/Ortsteil Lüderbach

Der Deutschen Bundesbahn, Oberpostdirektion Ffm., habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG von Eschwege nach Ringgau/Ortsteil Lüderbach über

Eschwege (Niederhoner Straße — Bahnhofstraße — Friedrich-Wilhelm-Straße — Reichensächser Straße) — E./Abzw. Vogelsburg — Wehretal/Ortsteil Reichensachsen — Abzw. Ortsteil Oetmannshausen — Ortsteil Hoheneiche — Abzw. Sontra/Stadteil Wichmannshausen — Ringgau/Ortsteil Datterode — Ortsteil Röhrda — Ortsteil Netra — Ortsteil Rittmannshausen

erneut erteilt.

3500 Kassel, 6. 1. 1977

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02-01 B

**BHW: Wir sind die Bausparkasse für
Deutschlands öffentlichen Dienst.**

**Fragen Sie
nach den
BHW-Extras!**

Die BHW-Extras sind die Vorzugsleistungen des BHW für Deutschlands öffentlichen Dienst. So kommen auch die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen zu Haus- und Wohnungs-

eigentum. Weil BHW-Spar- und Tilgungsraten extra niedrig sind und weil die Zinskonditionen günstiger sind. Vorteile, die es sonst nirgendwo gibt. Fragen Sie uns!

BHW die Bausparkasse für
Deutschlands öffentlichen
Dienst · 325 Hameln

772

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs von Fulda nach Heringen

Der Deutschen Bundesbahn habe ich heute die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG von Fulda (ZOB) nach Heringen (Bf) über

Bahnhofsvorplatz — Nikolausstraße — Hch.-von-Fulda — Bibra-Platz — Kurfürstenstraße —

Bahnhofsvorplatz — Kurfürstenstraße

— Leipziger Straße — Fulda/Stadteil Lehnerz — Stadteil Dietershan, Abzw. — Stadteil Bernhards, Abzw. — Petersberg/Ortsteil Marbach — Hünfeld/Stadteil Rückers — Hünfeld, Brückenmühle — Hünfeld (Bf) — Burghaun/

Ortsteil Gruben — Burghaun, Ort — Burghaun/Ortsteil Steinbach —

Eiterfeld/Ortsteil Dittlofrod — Ortsteil Körnbach — Ortsteil Arzell —

Eiterfeld/Ortsteil Betzenrod — Ortsteil Leimbach

Eiterfeld, Ort — Eiterfeld/Ortsteil Leibolz — Ortsteil Grobentaft — Ortsteil Treischfeld — Ortsteil Soisdorf — Hohenroda/Ortsteil Mansbach — Ortsteil Oberbreitzbach — Ortsteil Ransbach — Philippsthal/Ortsteil Nippe — Ortsteil Heimboldshausen — Ortsteil Harnrode — Heringen/Ortsteil Lengens — Ortsteil Wölfershausen — Heringen (Bf)

erneut erteilt.

3500 Kassel, 4. 1. 1977

Der Regierungspräsident
III/4 b — 66 f 02-03 B

Öffentliche Ausschreibungen

773

Schotten: Die Bauleistungen für den Neubau der Wolfsbachunterführung in Kefenrod-Bindsachsen im Zuge der L 3183 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 250 cbm Baugrubenaushub
- ca. 200 cbm Bauwerkshinterfüllung
- ca. 150 cbm Beton- und Stahlbeton
- ca. 10 t Betonstahl
- ca. 100 qm Sohl- und Böschungspflaster.

Bauzeit: 80 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 17. Februar 1977 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 20,— DM, die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Frankfurt Nr. 39 312 mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 24. Februar 1977 um 11.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Schotten, Vogelsbergstraße 51.

Zuschlags- und Bindefrist: 4 Wochen.

6479 Schotten, 27. 1. 1977

Hessisches Straßenbauamt

774

Fulda: Die Bauleistungen — BW 2 — Neubau der Überführung der B 458 über die L 3068 im Zuge der Verlegung der B 458 zw. Grabenhöfchen und Brand Baustat. 2+724,848 — Fu 1723 — sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.

- ca. 1000 cbm Baugrubenaushub
- ca. 660 cbm Beton und Stahlbeton Bn 100 — Bn 350
- ca. 55 t Betonstahl IG u. IIIK
- ca. 7 t Spannstahl St 145/160
- ca. 680 qm Abdichtung gem. AIB

Bauzeit: 6 Monate.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen können seit 7. 2. 1977 beim Hess. Straßenbauamt Fulda, Schillerstraße 8, abgeholt werden. Sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 35,— DM, die in keinem Falle zurückerstattet werden, abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, PSch.-Kto. Ffm. Nr. 6753-609 mit obiger Angabe einzuzahlen und bei schriftlicher Anforderung der Ausschreibungsunterlagen durch Beifügung der Einzahlungsquittung zu belegen.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag, in der Zeit von 8.30 bis 12.00 Uhr.

Der Eröffnungstermin findet am Dienstag, dem 8. März 1977, 10.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstr. 8, statt.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** endet am 15. April 1977, 24.00 Uhr

6400 Fulda, 2. 2. 1977

Hessisches Straßenbauamt

775

Der **Magistrat der Stadt Hanau** schreibt hiermit Bauleistungen und Lieferungen öffentlich aus:

Bauvorhaben: Schullandheim Rückersbach, Neubau von zwei Bettenhäusern.

Standort: Gemeinde Johannesberg, Ortsteil Rückersbach, Kreis Aschaffenburg (25 km südlich Hanau).

Lieferungen und Leistungen:

1. Tischlerarbeiten — Einbauten
2. Möbel — bewegliche Einrichtung

Liefer- und Leistungsumfang:

1. Ca. 180 qm Einbauschränke
2. Betten, Stühle, Tische für 100 Personen.

Lieferzeit: ab 14. Woche 1977.

Ausschreibende Dienststelle: Hochbauamt der Stadt Hanau, Rathaus, Block C, III. Stockwerk, Zimmer 338, Tel. (0 61 81) 29 53 97
Ausschreibungsunterlagen: 1 Leistungsverzeichnis (2fach).

Unkostenbeitrag: DM 20,— je Gewerk.

Einzahlkonten: 1. Stadtparkasse und Landesleihbank Hanau, Kto. Nr. 50005, 2. Postscheckkonto Frankfurt/Main, Kto. Nr. 5104.
Einzahlvermerk: „Öffentliche Ausschreibung — VMH 2922 — 9401“.

Nach Vorlage der Einzahlquittung können die Ausschreibungsunterlagen bei der ausschreibenden Dienststelle abgeholt oder angefordert werden.

Ausgabeschluß: 10 Werkstage vor Eröffnungstermin.

Eröffnungstermin: 1. Tischlerarbeiten und 2. Möbel: 1. März 1977, 14.30 Uhr.

Eröffnungsort: Hanau, Rathaus, Block A, Kantine, IV. Stockwerk.

Äußere Form der Angebote: Undurchsichtiger, verschlossener Umschlag.

Beschriftung: Anschrift, Firma, Bauvorhaben, Gewerk, Eröffnungstermin.

Zuschlags- und Bindefrist: 6 Wochen.

6450 Hanau, 27. 1. 1977

Der Magistrat der Stadt Hanau
Hochbauamt
gez.: Goß, Stadtrat

776

Darmstadt: Die Bauleistungen zum Ausbau der Landesstraße 3065, Ortsumgehung Kleestadt, zwischen Klein-Umstadt und Kleestadt (km 0,115 bis km 0,522 und Stat. 21,33 bis Stat. 1325,41) sollen vergeben werden

Leistungen u. a.:

- 13 700 cbm Bodenbewegung
- 1 450 m Sicker- bzw. Mehrzweckrohrleitungsverlegung versch. Ø
- 400 m Betonrohrleitungsverlegung Ø 300 mm
- Durchläßerneuerung Ø 1100 mm
- ca. 8 000 cbm Frostschuttschicht
- 13 000 qm Verfestigung mit Zement
- 16 500 qm bit. Tragschicht 0/32 mm, 140 kg/qm
- 15 000 qm Binder 0/16 mm, 4 cm dick
- 16 500 qm Asphaltbeton 0/11 mm

und Nebenarbeiten.

Bauzeit: 260 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 18. Februar 1977 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 18,00 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 35599-602 beim Postscheckamt Frankfurt/M. mit Angabe: „Aus-schreibungsunterlagen L 3065 Ortsumgebung Kleestadt“.

Eröffnung: Freitag, den 11. März 1977, 10.00 Uhr.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werktage.

6100 Darmstadt, 26. 1. 1977

Hessisches Straßenbauamt

777

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für den Ausbau der L 3159 in Bad Hersfeld (Meisebacher Straße) Kreis Hersfeld-Rotenburg, zwischen km 1,769 und 1,069 einschl. Anschlüsse „Sommerseite“ und „Am Roten Graben“ sollen vergeben werden.

Auszuführen sind u. a.:

- ca. 5 200 cbm Mutterboden
 - ca. 64 500 cbm Erdarbeiten
 - ca. 3 700 cbm Frostschutzmaterial Körnung 0/45 mm
 - ca. 10 500 qm Asphalttragschicht, Körnung 0/32, 14 cm dick,
 - ca. 9 500 qm Teer-asphaltbeton, Körnung 0/11, 4 cm dick
- und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 233 Werktage (netto)

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 22. 2. 1977 unter Befügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 50,— DM für zwei Ausfertigungen schriftlich anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6753-609, BLZ 500 100 60 oder bei der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg in Bad Hersfeld, Kto. Nr. 1000 205, BLZ 532 500 40, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 8. März 1977, 10.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19, Zimmer Nr. 412.

Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur Bieter bzw. Bevollmächtigte zugelassen.

Zuschlags- und Bindefrist: 19. April 1977.

6430 Bad Hersfeld, 1. 2. 1977

Hessisches Straßenbauamt

778

Schotten: Die Bauleistungen für B 275, Ausbau nach Richtlinien zwischen Blitzenrod und Eisenbach nach RQ 11,5, von Str.-km 29+400 — 31+530 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 50 000 cbm Boden lösen
- 3 600 t Abraumschotter einbauen
- 3 000 t Steinerde einbauen
- 150 m PVC-Sickerleitung NW 100
- 800 m PVC-Sickerleitung NW 150
- 650 m PVC-Sickerleitung NW 250
- 10 000 cbm Frostschutzschicht
- 20 600 qm bit. Tragschicht d. K. 0/32
- 20 400 qm Asphaltbinder d. K. 0/16
- 20 500 qm splitr. Asphaltbeton d. K. 0/11
- 160 cbm Fundamentbeton Bn 150
- 55 cbm Beton Bn 150
- 180 qm Natursteinverblendung

Bauzeit: bis 14. Juli 1978.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 17. Februar 1977 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 25,— DM die nicht zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto Frankfurt Nr. 39 312 mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 24. Februar 1977, um 10.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Schotten, Vogelsbergstraße 51.

Zuschlags- und Bindefrist: 6. April 1977.

6479 Schotten, den 27. Januar 1977

Hessisches Straßenbauamt

779

Am Hessischen Institut für Lehrerfortbildung ist in der Hauptstelle Reinhardswaldschule, 3501 Fuldata 1, die Stelle eines

Oberinspektors

(A 10 HBesG)

zu besetzen.

Von den Bewerbern werden gute verwaltungsmäßige Grundkenntnisse, schnelle Auffassungsgabe, organisatorische Fähigkeiten sowie die Bereitschaft zu möglichst selbständiger Mitarbeit erwartet. Die Befähigung für die Laufbahn des gehobenen Dienstes in der allgemeinen Verwaltung ist erforderlich.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 28. 2. 1977 erbeten an das Hessische Institut für Lehrerfortbildung, Reinhardswaldschule, 3501 Fuldata 1.

780

In der Gemeindeverwaltung Ebsdorfergrund ist die Stelle des

büroleitenden Beamten

(A 10/A 11)

zu besetzen.

Ebsdorfergrund (Landkreis Marburg-Biedenkopf) ist eine Großgemeinde mit 11 Ortsteilen und über 8000 Einwohnern.

Für die o. a. Stelle sollen sich nur solche Bewerber melden, die die 2. Verwaltungsprüfung haben und über einschlägige Erfahrungen in der Kommunalverwaltung verfügen.

Die schriftlichen Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 20. März 1977 einzureichen unter Angabe des frühesten Antrittstermins.

Vorsprachen sind erst nach entsprechender Aufforderung erwünscht.

Bewerbungen bitte an den Gemeindevorstand der Gemeinde Ebsdorfergrund, 3557 Ebsdorfergrund 1 (OT Dreihäusen), Kennwort „büroleitender Beamter“.

781

An der

Fachhochschule Gießen

ist ab sofort die Stelle eines

Inspektors/Oberinspektors

(Bes.-Gr. A 9/A 10)

für das Prüfungsamt der Fachhochschule Gießen zu besetzen. Eine andere Aufgabenverteilung bleibt vorbehalten.

Qualifizierte Bewerber, die über die erforderlichen Voraussetzungen (II. Verwaltungsprüfung) verfügen und nach Möglichkeit Erfahrungen im Hochschulbereich haben, werden gebeten, die üblichen Bewerbungsunterlagen bis 1. März 1977 einzureichen an den

Rektor der Fachhochschule Gießen,

Wiesenstraße 14, 6300 Lahn-Gießen 1

Der „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 22,00 (einschließlich 5,5% Umsatzsteuer). Abonnementkündigung jeweils 12 Wochen zum Quartalsende möglich. Herausgeber Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz; für die technische Redaktion und den Öffentlichen Anzeiger Peter Chudoba. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, Postfach 2229, 6200 Wiesbaden. Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 143 60-603. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon Sa.-Nr. 3 96 71 (Telefonische Anfragen zu Anzeigen: Telefon 06122/60 71). Fernschreiber: 04 186 648. Der Preis von Einzelstücken beträgt DM 5,00. Im Preis sind die Versandkosten und 5,5 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60-603. Anzeigenschluß: 11 Tage vor Erscheinen (jeweils Donnerstag für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe; maßgebend ist der Posteingang). Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 13 vom 1. 7. 1976.

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 32 Seiten.